

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Geschäfts-Kalender außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benthj-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Samstag, den 28. September 1901.

Expedition: SW. 19, Benthj-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Enttäuschten.

Ein heftiges Schauspiel gewährt die bürgerliche Presse in ihren Betrachtungen über den Ausgang der Lübecker Vernsteindebatten. Abgesehen davon, daß sie sich alle durch eine intime Kenntniss der Parteiverhältnisse und der Persönlichkeiten auszeichnen, klingt aus ihnen in recht ergötzlicher Weise der Kerger heraus, daß der Friede zu stande kam. Sie müssen also wohl doch stark gehofft haben, es könnte in der deutschen Socialdemokratie bröckeln und abplittern. Selbst die Scharfmacher-Presse, die immer erklärt hatte, es läme doch nichts heraus aus den Gegensätzen in der Socialdemokratie und schließlich wären die Vernsteinianer noch gefährlicher als die andre Rotte, läßt jetzt deutlich erkennen, daß auch sie nicht ohne Hoffnung war.

Kreuzt sich der Schmerz der Enttäuschten in gleicher Weise und sind die Auslassungen ähnlich in Blässheit, Entstellung und Unwissenheit, so wenden sie doch verschiedene Schablonen an, um ihren Verdruß zu stillen. Die einen schimpfen auf Vernstein, der sich unterworfen habe, die andern auf das Rebergergericht, das jede Meinungsfreiheit und jede Kritik verwehre. Während diese Liberalen, die vor jeder Autorität und jedem Ministerien zusammenzucken, die eben noch in dem Berliner Kronkonflikt mit aufgehobenen Händen die Stadt anstehen, doch ja nicht ihrer Ueberzeugung und ihrem Recht dem Monarchen gegenüber Ausdruck zu verleihen, sondern demütig sich zu beugen — während diese Liberalen, die es jetzt als eine moralische Erniedrigung zu empfinden behaupten, daß ein Demokrat und guter Parteigenosse es als seine Pflicht bekennet, unbeschadet seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung, in der Art seiner Agitation den Empfindungen der Parteigenossen Rechnung zu tragen. Während auch diese Kritiker und Konserwativen, die von Rebergergerichten und geistiger Unterdrückung in der Partei der vollen Meinungsfreiheit schwagen, sie, die jede Unabhängigkeit der Meinung in Wissenschaft und Kunst ächten, die nicht dulden, daß irgend etwas auf dem Lehrstuhl oder auf der Bühne vorgetragen werde, was ihren engsten und niedrigsten Interessen widerspricht!

In bunten Widersprüchen bewegen sich auch die Urteile über die Wirkung des Anspruchs. Von einer Niederlage Vernsteins fassen die einen. Rein, betonen die andern: Vernstein verliert als Sieger die Wahlstatt, hat man es doch nicht einmal gewagt, ihn auszuscheiden; nun wird Vernstein innerhalb der Partei unterwühlend bleiben, und bald ist es vorbei mit Marginalismus, revolutionärer Umgestaltung der Gesellschaft, Internationalismus, Klassenkampf und Zukunftsstaat — die Socialdemokratie entwickelt sich zu einem Darwin-Loseneck für etwas mehr als freisinnig vereinigte Socialreformer und politischen Liberalismus. Die Ganz-Schlaunen quälen beide Meinungen in eine zusammen und erklären — wie die katholische „Bölnische Volkszeitung“ am Anfang: „Die Vernsteinerei ist vom socialdemokratischen Parteitag verurteilt worden“, um schließlich zu dem Resultat zu kommen: „Vernstein dürfte sich zunächst mehr zurückhalten, aber die Revisionsbewegung innerhalb der Socialdemokratie wird trotzdem weitergehen.“

Die Scharfmacher-Schablone findet sich in der „Post“, die also schreibt:

Charakteristisch an dem Ausgang des Parteistreits ist die große Majorität gegen Vernstein und den „Opportunismus“ der Seine, Luer und Genossen. Es beweist das den guten „Drill“ der socialdemokratischen Mannschaften. Durch unablässige Agitation hat man den Leuten gewisse Formeln wie auf mechanischen Wege ins Gehirn gedrückt und nun wollen sie ihre „Wissenschaft“ sich natürlich nicht so leicht nehmen lassen. Wir, die wir die gallertartige Masse der durch und durch zweideutigen Opportunisten immer für erheblich gefährlicher gehalten haben, schon weil die Herren wegen ihrer Beweglichkeit schwerer greifbar sind und in gewissen bürgerlichen Kreisen Verwirrung stiften können, heißen jeden Sieg der „strengen Marginalisten“ herzlich willkommen. Er kann nur zur Klärung der Sachlage beitragen. — Die Vernstein-Debatte bedeutet aber auch noch etwas andres, nämlich eine Niederlage der Socialreformer. Diese Leute haben allen Ernstes der Regierung den Vorschlag gemacht, für Vernstein eine socialwissenschaftliche Professur einzurichten! Und diese Leute — es war in der „Frankfurter Zeitung“ — haben, ohne mit der Wimper zu zucken, von der „historischen Mission“ Vernsteins gesprochen. Barten wir läßt lächelnd die weitere Thätigkeit dieses „Missionars“ ab.

Genau die entgegengesetzten Phrasen holt die „Freisinnige Zeitung“ aus ihrem Archiv. Als ob die Angelegenheit eine Budgetfrage, beweist sie es zahlenmäßig, daß der von Eugen Richter seit Beginn seiner politischen Thätigkeit wöchentlich einmal angeführte Zerfetzungsprozess innerhalb der Partei unaufhaltsam fortschreite:

In Hannover betrug bei der entscheidenden Abstimmung die Minorität für Vernstein 34 gegen 205. In Lübeck ist die Minorität von 34 auf 71 angewachsen und Bebels Mehrheit hat sich von 205 auf 161 vermindert. Daraus ist zu ersehen, daß Vernstein, seitdem ihm die Regierung die Rückkehr nach Deutschland und damit auch ein persönliches Auftreten in der Partei und auf dem Parteitag ermöglicht hat, an Freunden und Anhängern ganz erheblich zugenommen hat.

Die „Freisinnige Zeitung“ unterschlägt in dieser rechnerischen Beweisführung eine Kleinigkeit. Wenn es wirklich richtig wäre, daß es zwei Richtungen in der Partei gäbe, so wäre die Entwicklung dieser Richtungen gerade umgekehrt verlaufen, wie das Blatt annimmt. In Hannover stimmten noch 34 Parteigenossen gegen die Resolution Bebel, in Lübeck aber enthielt gerade die Resolution der Minorität das Bekenntnis zu jener Resolution Bebel aus dem Jahre 1899, so daß in Wahrheit jetzt die Gesamtpartei ohne Ausnahme auf dem Standpunkt des Hannoveraner Beschlusses steht.

Es ist in Deutschland stets zu beobachten gewesen, daß die politisch geschulten reaktionären Parteien viel klarer die Dinge beurteilen, als die liberale Bourgeoisie, die niemals aus ihren thörichten Illusionen herauskommt. So ist denn das Urteil der partei-offiziellen „Konserwativen-Korrespondenz“, wie niedrige und brutale Gesinnung es auch immer verdrät und wie hämisch es die Socialdemokratie verleumdet, erheblich zutreffender wie das liberal-freisinnige Geschwätz. Das amtliche Organ der konserwativen Partei meint:

„Mit Stolz werden nun die socialdemokratischen Blätter auf diesen Ausgang hinweisen und die über jeden Zweifel erhabene Einmütigkeit in der socialdemokratischen Partei rühmen. Daß die Reformkomödie Vernsteins auf eine solche Weise enden werde, haben aber die Kenner der Socialdemokratie niemals bezweifelt. Auf die Theorien Vernsteins, die die „Genossen“ recht kalt lassen, ist der Parteitag gar nicht besonders eingegangen, sondern er hat von vornherein den Schwerpunkt auf die agitatorische Ausbeutung der Vernsteinischen Kundgebungen durch „bürgerliche“ Blätter gelegt. So hat die Mauerungs-Presse den Erfolg davongetragen, den Zusammenschluß der Socialdemokratie zu fördern. Hat sie geglaubt, durch ihre wohlmeinenden Erörterungen und begeisternden Zustimmungen die „Reformideen“ Vernsteins zu unterstützen, so hat sie sich gründlich getäuscht. Es zeigt sich eben, daß die Socialdemokratie trotz mancher persönlicher und „wissenschaftlicher“ Zänkereien, sobald es darauf ankommt, einig ist. Darum ist es auch falsch, auf „gemäßigte“ Auslassungen dieses oder jenes hervortretenden „Genossen“ besonderen Wert zu legen. In den Zielen sind sie alle, von Bebel und Singer bis zu Vernstein, Heine und v. Bockmar, einmütig. Man wird nun darauf gespannt sein können, welche Haltung die Mauerungs-Presse zu dem Ende des Vernsteinstreites einnehmen wird. Es sollte uns gar nicht wundern, wenn dieser Ausgang als neues Mauerungssymptom ausgegeben und wenn behauptet würde, der socialdemokratische Parteitag habe sich zu Vernsteins „Reformideen“ bekant.“

Kein Zweifel, daß nur die lässliche, scharfmacherische Tendenz die Einsicht des konserwativen Organs besänftigt. Dennoch ist das Junkertum wenigstens frei von der lässlichen Illusionspolitik der betrogenen Betrüger, die im liberalen Bürgerthum öffentliche Meinung inscribieren.

In der That ist die Socialdemokratie durch alle ihre Meinungsverschiedenheiten und harten Kämpfe nur immer einiger, klarer, mächtiger und — revolutionärer geworden; denn je tiefer und schärfer das Verständnis des kapitalistischen Wesens in den Massen vorwärts, dies System von Grund aus zu beseitigen, um so einheitlicher und sicherer wurde die Partei auch in der Wahl der Mittel, die uns zur Beherrschung des Proletariats, zur Eroberung der politischen Macht und zum socialistischen Ziele führen.

London, 26. September. (Fig. Ver.) Wie die Vernstein-Debatte des Parteitag von der englischen Presse betrachtet wird, zeigen folgende Auszüge aus den Specialberichten der „Times“, „Daily Chronicle“ und „Daily News“ vom heutigen Datum. Der Berliner Korrespondent der „Times“, der sich durch eine klassische Unwissenheit in socialökonomischen Fragen auszeichnet, telegraphiert: „... Die Debatten in Lübeck haben nicht nur bestätigt, daß die jüngeren und aufgeschärfteren Elemente der Partei das doktrinaire Programm von Marx und Bebel ohne viel Aufhebens verkennen (rapidly desorting), sondern auch daß der Socialismus, wie er von den älteren deutschen Vorläufern erklärt wird, eine solche tyrannische Unterdrückung der Gedanken- und Redefreiheit in sich schließt, wie sie nur von den extremsten Systemen von Reaktion und Autokratie verhängt wird.“ ... Trotzdem sich Vernstein dem Mehrheitsbeschlusse unterwirft, so ist es nicht wahrscheinlich, daß er von seiner läßtrollen Kritik absehen werde, die einen so tiefen Eindruck auf die jüngere Schule des deutschen Socialismus gemacht und die Entwicklung der Socialdemokratie zu einer Partei der parlamentarischen Aktion und der Arbeiter beschleunigt hat.“

Der Korrespondent der „Daily News“ orakelt: „Die Vernstein-Affäre ist höchst bedeutsam für den Umbildungsprozess, in dem die deutsche Socialdemokratie sich gegenwärtig befindet. Vernstein wird allgemein als die größte wissenschaftliche Leuchte der Partei anerkannt. Nach langjährigem Aufenthalt in England sah er, daß die Arbeiter durch ihre praktische Politik ihren Interessen besser dienen als durch Nachlaufen nach utopischen Ideen.“ ... Nach und nach hat Vernstein Gedanken und Lehren entwickelt, die berechnet waren, die Parteiprinzipien und Parteidogmen zu stürzen. ... Vernsteins Erscheinen in Deutschland drohte, die Grundlagen der Partei zu erschüttern. Die Führer beschloßen deshalb, dieser Sachlage ein Ende zu machen. Wäre Vernstein nur ein gewöhnlicher Genosse, so würde der Prozess ein kurzer und scharfer gewesen sein. Da er sich aber einer großen Autorität erfreut, so wurde gegen ihn eine sehr zahme Resolution beantragt und angenommen.“

Mühtiger urteilt der Korrespondent des „Daily Chronicle“, der seine Drahtberichte aus Lübeck datiert. —

Politische Ueberfahrt.

Berlin, den 27. September.

Die Annexion der Mandchurie.

Die Mandchurie war bereits annektiert, doch fehlte noch die offizielle Annexionserklärung durch Rußland. Es schien nun nach verschiedenen russisch-offiziellen Auslassungen, als ob Rußland, nachdem es sich hauptsächlich in den Besitz der ämerikanischen Provinz gesetzt, auf die formale Besitzergreifung verzichten wolle. Rußland hat ja im Laufe des Chinafeldzuges so oft die Erklärung abgegeben, daß es der beste, aufrichtigste Freund Chinas sei, dem es nur auf die Wiederherstellung der Ruhe ankomme, dem es aber absolut fern liege, auch nur die kleinste Beute machen zu wollen, daß es nur im Charakter dieser selbst-

losen Freundschaftsrolle gelegen hatte, wenn Rußland einstweilen an der Fiktion einer bloßen Pacifizierung der Mandchurie festgehalten hätte.

Diese Fiktion hätte sich ja Jahre lang aufrecht erhalten lassen, schließlich durch künstliche Anzettelung gelegentlicher neuer Aufstände. Nun läßt aber plötzlich die sensationelle Meldung ein, daß der Friedensgarr es als lästigen Zwang empfindet, die heuchlerische Maske noch länger zu tragen, daß er deshalb beabsichtigt, demnächst in aller Form diesen politischen Reider zum Troz die Annexion der Mandchurie zu proklamieren.

Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich nämlich aus Kopenhagen melden:

„Die hiesige „Nationaltidende“ veröffentlicht heute abend einen Aufsehen erweckenden Artikel, worin angedeutet wird, daß der Hauptpunkt der Verhandlungen bei der Kaiserzusammenkunft in Danzig die bevorstehende Proklamation der Einverleibung der Mandchurie in den russischen Staatsverband gewesen ist. Das Resultat der Verhandlungen zwischen den beiden Kaisern sei die Gewissheit der Lösung der eventuellen Schwierigkeiten dieser Frage gewesen. Aus absolut zuverlässiger Quelle erfahre ich, daß die „Nationaltidende“ wohlunterrichtet ist, und daß man in nächster Zeit die amtliche Proklamation der Einverleibung der Mandchurie, über die auch Graf Lambedorff mit dem japanischen Minister des Auswärtigen, Delcassé, in Compiegne konferierte, erwarten kann.“

So hätte also die Jarenteife außer dem Milliardenpump doch noch eine politische Bedeutung gehabt! Der Zar hätte in Frankreich und in Danzig seine Absichten vorbereitet, und dadurch, daß er sich des Einverständnisses Frankreichs und Deutschlands versicherte, allen eventuellen diplomatischen Schwierigkeiten vorgebeugt. Freilich war es im Grunde genommen nicht nötig, daß der Zar sich der wohlwollenden Neutralität dieser beiden Mächte versicherte, da es ohnehin feststand, daß ihm von dieser Seite keine Schwierigkeiten gemacht werden würden. Der Hauptprotestler gegen die Annexion der Mandchurie war ja England, und daß Frankreich gegen eine Brückierung Englands durch Rußland nichts einzuwenden haben würde, stand außer Frage. Ebensovienig war zu befürchten, daß Deutschland zu Gunsten Englands intercedieren würde, nachdem es einmal der russischen Besetzung der Mandchurie trotz Englands Entzückungsgeheiß bis ins Herz zugeesehen hatte. Es stand also fest, daß Rußland Deutschlands Einsprache auf keinen Fall zu fürchten hatte. Wenn nun der Zar trotzdem von dem deutschen Kaiser gewissermaßen die Sanktion der Annexion der Mandchurie zu erlangen bemüht war, so kann das nur den Sinn gehabt haben, England damit einen besonderen Schabernack zu spielen.

England hat mit Deutschland das bekannte Abkommen getroffen, das Annexionen anderer Mächte verhindern sollte. Daß Deutschland trotz dieses Abkommens Rußlands Festsetzung in der Mandchurie so kaltblütig mitansah, erbitterte England nicht wenig. Wenn nun aber der deutsche Kaiser gar Rußland die formelle Annexion der Mandchurie durch besonderes Entgegenkommen erleichtert haben sollte, so müßte das in London zweifellos ganz besonders angenehm berühren. Das wäre das pikante an der ganzen Sache. —

Deutsches Reich.

Postwucherprotest des Vereins für Socialpolitik.

Die Diskussion über die drei Posttarif-Referate, die sich die Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik hatte halten lassen, gestaltete sich zu einem scharfen Protest gegen die Postwucherpläne der Regierung. Von weit aus der Reihezahl der Diskussionsredner wurde der Posttarifentwurf geradezu als eine Gefährdung der nationalen Wohlfahrt auf das entschiedenste bekämpft.

Der erste Redner freilich, Professor Sering, hieb nur in die Kerbe der beiden letzten Referenten. Er stellte es gerade so hin, als sei die Erhöhung der Getreidezölle das einzige Mittel, um den deutschen Bauernstand am Leben zu erhalten, während doch die übergroße Mehrzahl der deutschen Bauern an der Erhöhung der Getreidezölle deswegen nicht das geringste Interesse haben, weil sie kein Getreide verkaufen können. Doch geben wir Professor Sering selbst das Wort:

„Zwei Drittel der Bauern sind in Schulden, die neuerdings infolge des Sinkens der Preise sehr drückend geworden sind. Diese unsere Bauern, die drei Fünftel unfres deutschen Mittelstandes darstellen, sind ständig in Gefahr vor dem Zusammenbruch. Kann die deutsche Nation diesem Zusammenbruch vieler Bauern und der Posttarifizierung großer ländlicher Bezirke gegenüber ruhig bleiben? Die ganze Charakterbildung unfres Volkes würde ohne diese Bauern eine andere sein. Weil wir einen großen Bauernstand haben, daher haben wir auch einen hochstehenden Arbeiterstand, und wenn wir den ersteren verlieren, so bedeutet das einen Zusammenbruch des Fundaments unfres Volkes. Eine weitfichtige sociale Politik beginnt damit, den Bauernstand zu erhalten. Eine kleine Erhöhung der Getreidezölle kann nicht schädlich sein, daher bin ich für die Minimalzölle, wie sie vorge schlagen sind. Jedoch nur unter zwei Bedingungen: Der Industriearbeiter, der durch diese Erhöhung in seinem Wirtschaftsleben belastet wird, muß durch Aufhebung der reinen Finanzzölle auf Kaffee und Petroleum entlastet werden. Dadurch wird der Industrie jedes Bedenken genommen werden.“

Prof. Steniano fertigte später den originellen Vorschlag Prof. Serings, die Aufhebung der Zölle auf Kaffee und Petroleum den Arbeitern als Kompensation für die Erhöhung der Getreidezölle zu gewähren, humoristisch mit dem Hinweis darauf ab, daß Herr Sering Herr v. Riquel mit einem detartigen Vorschlag nicht habe kommen dürfen.

Doch lassen wir erst die weiteren Diskussionredner sprechen. Prof. Diegel, Bonn erklärte:

„Eine der ersten Folgen der Erhöhung der Kornzölle würde eine Erhöhung der Zahl der socialdemo-

kratischen Volksvertreter sein. (Sehr richtig!) Würden denn aber wenigstens die Landwirte durch die Getreidezölle zufriedengestellt werden? Nein! Wären die Bauern wirklich keine Spekulanten, würden sie nicht die Getreidezölle auszunutzen verstehen, dann wären sie nicht wert, zu existieren. (Widerpruch und Zustimmung.) Thun sie das aber, so muß der Wert des Grund und Bodens steigen. Und dann ist wieder alles beim alten. Die Bewegung der Getreideproduktion hängt gar nicht mit den Zöllen zusammen. Auf der andern Seite würde die Arbeiterklasse durch die Getreidezölle erheblich geschädigt werden. Der höhere Kornpreis hat die Tendenz, die Löhne zu drücken, denn der Lohn ist bedingt durch die Produktivität der Arbeit. Gleichzeitig würde der Arbeitsmarkt schwankender und unruhiger werden."

Prof. Helfferich-Berlin führte aus:
Vor allem müssen wir untersuchen, wie die vorgeschlagenen Zölle auf die Lage der arbeitenden Klassen wirken werden. Da steht nun zunächst fest, daß die Erhöhung der Getreidezölle die Lebenshaltung der Arbeiter wesentlich erschweren muß. Daß die Reichsregierung die von Professor Erwing vorgeschlagenen Reformen gleichzeitig mit der Erhöhung der Agrarzölle wird durchsetzen können, erscheint mir unter den gegebenen Verhältnissen völlig ausgeschlossen."

Prof. Schmoller erklärte zwar ein gewisses Maß von Schutzzöllen für Deutschland unentbehrlich, sprach sich jedoch im Folgenden dahin aus:

In den 80er Jahren bin ich wohl für einen Getreidezoll von 3,50 M. gewesen, für den 5 Mark-Zoll habe ich mich nie begeistern können. Ich würde es für ein namenloses Unglück für Deutschland halten, wenn wir ein Melinésches Schutzollsystem bekommen. Ich wünsche keinen Minimaltarif; die Regierung soll wie bisher freie Hand behalten. Wir können durch den neuen Entwurf entweder in eine neue Wera der Tarifverträge hineingeraten, oder zu einem Melinéschen Schutzollsystem. Ich habe die Entwicklung des Tarifs mit einer gewissen, stets steigenden Sorge betrachtet. Ich hatte die Empfindung, daß die Regierung viel zu viel auf die Interessen einzelner Großkapitalisten gehört hatte, daß sie zu heimlich verfahren ist, daß sie besser gehen hätte, manches durch eine öffentliche Enquete zu bestimmen, und vor allem hatte ich die Empfindung, daß ein großer Teil der eigentlich leitenden Beamten in eine blinde Verherrlichung des Schutzollsystems gekommen ist und der Notwendigkeit der Handelsverträge zu wenig Beachtung schenkt."

Sehr scharf äußerte sich Dr. Weber-Berlin:
Der vorliegende Tarifentwurf ist gar kein Negativentwurf, sondern ein Hochschutzzolltarif. (Sehr richtig!) Unsere Exportindustrie ist sehr wohl geeignet, die Grundlage unseres Wirtschaftslebens zu bilden. (Lebhafter Beifall.) Wir müssen notwendig eine liberale Zollpolitik treiben. Mit der Schutzollpolitik fahren Kanonen gegen uns selbst auf. (Sehr richtig!) Wir wollen nicht, weil sich Amerika auf dem Holzwege befindet, uns auch auf den Holzweg begeben. (Lebhafter Beifall.)

Zwischendurch kam dann wieder einmal ein Verfechter agrarischer Interessen zum Wort. So erklärte ein Freiherr v. Cetto, daß die notleidende Landwirtschaft der durch den Vrotwucher herbeizuführenden höheren Einnahmen bedürfte, um der Arbeitern entgegen zu treten. Er erklärte, daß die Landwirtschaft rentabler, so lege man sie in die Lage, ihren Arbeitern höhere Löhne zu geben und dadurch der Landflucht der ländlichen Arbeiter entgegen zu wirken. Und nur dadurch, daß der Landwirt die ländlichen Arbeitsträfte dergestalt an die Scholle fessele, sei ihm gedient. Der Zugang arbeitsloser Industriearbeiter auf das Land nütze ihm nichts, dadurch werde höchstens Unzufriedenheit verbreitet. Man weiß jetzt also wenigstens, wie aufrichtig die agrarischen Maßschläge sind, die arbeitslos gewordenen Industrieproletarier doch einfach auf das Land zu schicken!

Prof. v. Philippowich-Wien erklärte, daß Oesterreich von der deutschen Hochschutzzollerei nur Vorteil haben könne:

Sollte der deutsche Zolltarif-Entwurf zur Wirklichkeit werden, so würde Oesterreich vielleicht zunächst in seiner wirtschaftlichen Entwicklung ein wenig gehemmt werden, bald aber sich wirtschaftlich kräftigen und zwar auf Kosten des Deutschen Reiches, und in einer Reihe von Jahren konkurrenzfähiger auf dem Weltmarkt sein. Deutschland hat es in seiner Hand, die wirtschaftliche Annäherung der europäischen Staaten an einander zu fördern. Thut es dies nicht, sondern schließt es sich durch Schutzzölle ab, so wird ihm das zum Nachteil gereichen. (Beifall.)

Nachdem noch eine ganze Anzahl Redner, darunter die Professoren Brentano und Schulze-Gaeverniß ebenfalls den Vrotwucher energisch bekämpften, sah Herr v. Werleppich das Ergebnis der Debatte wie folgt zusammen:

Schließlich ist festgestellt worden, daß durch eine Erhöhung der Getreidezölle eine ungünstige Verschiebung, der Lebenshaltung der Arbeiter eintreten würde. Als die wichtigste Ueberwachungsmaßnahme in den Ansichten ist zu bezeichnen, daß von allen Seiten die Notwendigkeit langfristiger Handelsverträge anerkannt ist.

Vrotwucher und Anarchismus. Zur höheren Ehre des Vrotwuchers beweisen die agrarischen Organe seit der Ermordung des Königs standhaft, daß alles, was gegen die Agrarier und die Konservativen ist, in direkter Linie von dem Präsidentenmörder abstammt oder zu ihm zurückführt. Freihändler, Liberalen, Arbeiter, Darwinisten, Freimaurer, Freidenker, Professoren, die gegen Vrotwucher schreiben — sie alle sind nur schattierte Anarchisten, die sämtlich um einen Kopf länger zu machen, der "Donner" in unverschämter und die "Kreuz-Zeitung" in verblämter Weise forderte.

Wir sind also gar nicht mehr erstaunt, daß uns auch heute wieder einmal die "Kreuz-Zeitung" als Blutsverwandte der Anarchisten und Apostel der Gewaltpolitik schildert, als ob wir Anarchisten und Staatsverächter wären. Heute aber führt sie den Beweis so grundlegend und gründlich, daß wir daraus zweien, daß der neugeborene Professor v. Wendt oder Herr Max Lorenz, der immer noch nicht Professor ist, den Artikel geschrieben hat.

Da hören wir, daß Socialisten und Anarchisten ein durchaus ähnliches Endziel haben:
"Beide wollen eine von jeder Staats- und Rechtsordnung befreite Gesellschaft sich selbst bestimmender Individuen. Der sozialistische Zukunftsstaat ist im Marx'schen Sinne durchaus kein Zwangsstaat."

Eine von jeder Staats- und Rechtsordnung befreite Gesellschaft erstreben wir also — das wird den Schreibern vom Zukunftsstaat sehr interessant sein zu vernehmen.

Dann sind Anarchisten und Socialisten gleichermaßen blutige Gewaltmenschen, die aber doch wieder durch die blutkräftigen Mittel der Organisation und des Wahlzwecks ihr Ziel erreichen sollen.

Schließlich sind sowohl Anarchisten wie Socialisten Königsmörder; denn, so heißt es wörtlich, jede geschichtliche und wohl gar mit Big lancierte Majestätsbeleidigung sei als ein Mord am Königsprinzip, am Königsdenken zu betrachten. Danach sind die Konservativen und Agrarier insgesamt zehnmal teuflicher Königsmörder als die Socialdemokraten, die an Personen bei weitem nicht das Interesse nehmen, das die Konservativen haben. Wenn alle mündlichen und gedruckten, mehr oder minder geschickten "Majestätsbeleidigungen", die unsere Agrarier und Hochkonservativen in den letzten Jahren von sich gegeben haben, Königsmord darstellen, dann hätte die ganze hochfeudale Sippe längst das Schaffot bestiegen müssen. Wagt die "Kreuz-Zeitung" das etwa in Hammerstein'scher Unachtsamkeit zu bestreiten? Wie sagt doch Horach, Hammerstein's feintürkische Freundin: "Komödianten seid Ihr ja alle!" Und schäbige Demuncianten dazu!

Endlich befehrt der aus dem Kamarilla-Archiv, das aus den Tagen Friedrich Wilhelms IV. in der "Kreuz-Zeitung" aufbewahrt ist, getrannte Artikel die Welt, daß die Socialisten wie die Anarchisten auch Verschwörer seien: "Die bürgerliche Gesellschaft und unser nationaler Staat stehen nicht nur den offen gehängerten revolutionären Abhängen der Socialdemokratie gegenüber, sondern auch einer Art Komplott und geheimen Anweisungen, nach denen die socialdemokratischen Führer die ihnen ergebenden und in Unwissenheit gehaltenen Massen sicherlich leiten, die aber offen kundzutun sie wohl für zu gefährlich halten."

Wozu das lange Gerede, das doch nur auf Verleumdungen und Blöden Eindrücke machen soll? Wozu nicht gerade heraus sagen, was man will und meint: Jeder Gegner des Vrotwuchers ist ein Anarchist und Königsmörder, und wenn die Sache dieser Leute von oben gefördert wird, dann ist's eben aus mit der Monarchie. Das wollt Ihr doch sagen und weiß machen, Ihr edlen Erben des Mitters v. Hammerstein!

Chinathyphus. Das Kriegsministerium teilt mit: Da bei dem auf dem Dampfer "Batavia" heimgekehrten Transport ostasiatischer Truppen einzelne Typhusfälle vorgekommen sind und auch der Transport auf Dampfer "Nekar" nicht gänzlich frei von solchen ist, sollen diese Transporte von den später eintreffenden getrennt gehalten werden. Von den letzten werden daher die Transporte auf den Dampfern "Albia", "Silvia", "König Albert", "Bisa" und "Tuluman" auf dem Truppenübungsplatz Loo d e d i in Holstein, das über Wien zurückführende Bataillon Förster auf dem Übungsplatz La m e d o r f in Schlesien aufgestellt werden. Für die Ende Oktober zu erwartenden Transporte auf den Dampfern "Bahia", "Wittelsund" und "Krefeld" stehen die Aufstellungsorte noch nicht fest. Eine Verrückung der aus Ostasien heimgekehrten Truppen durch ihre Angehörigen ist jedoch auch auf den neu bestimmten Plätzen ebensowenig zulässig wie in Bremerhaven und Runkel.

und Werkstätten und Häusern der Uferstraße waren die Fenster mit Menschen besetzt, die mit Lächeln winkten, als wir kamen und bis wir ihren Augen wieder entzweunden waren. Auf den Schiffen, die im Hafen ankerter, standen die Arbeiter und Bedienungsmannschaften, mit begeisterten Zurufen uns bewillkommend. Ueberall rufte für kurze Frist die Arbeit; aus den Maschinenräumen, vom Ausladen und Einladen, von jeglicher Arbeit waren die ruhigen, vom erhabenen Schweiß der Arbeit bedeckten Männer im Arbeitsmittel herbeigezogen, hatten sich am Vordrand aufgestellt und begrüßten in endlosen Hochs die Vertretung der deutschen Socialdemokratie. Manche waren in die Wänter gekleidet und schwenkten rote Fähnchen, wie sie sie gerade bei der Hand hatten. Es war keine vorlaute Demonstration, kein Publikum von Gassern, das ein Schaugepränge lockt, es war ein Herzergreif der Arbeiter aus der Arbeitsmühsal heraus an die Vorkämpfer für die Befreiung der Arbeit. Es war ein Fest ohne Kunst, das schlichteste Fest, das je gefeiert, und das w a h r s t e Fest, das gefeiert werden mag.

Und der schliche Jubel, der vom Ufer aus an das Schiff herüberkam, wurde von den Parteitagdelegierten frohvoll erwidert. Hier mußte uns das Empfinden überkommen, wie einig doch unsere Partei ist, wie gering doch all das Gepulver und der menschliche Hader gelten kann, der in unserm Parteiloben sich zuträgt, und auch diesen Parteitag reichlich erfüllte, wie doch alle Seelen zusammenklingen in dem großen Gefühl der innerlichsten Zusammengehörigkeit, jener dort drüben hart um das Nötigste des Lebens ringenden Proletarier und dieser hier, die mit ihm und für sie am Aufbau einer neuen Welt sich mühen. "Das Schönste ist doch heute der Arbeiter!" — sagt mir eine Genossin, und sie gab so der großen Ergriffenheit Ausdruck, die uns alle gebannt hielt. Ja, nicht nur das sittlich Schönste, auch das ästhetisch Schönste ist der Arbeiter, die Arbeiterklasse, wie sie dort stand in den Arbeitsmitteln, in den arbeitgeschwängerten Gesichtern, in lächnem Trotz des Verunsensins zur Schöpfung einer höheren Zukunft.

Unser Schiff glitt hinaus aus dem Hafen, fuhr durch liebliche Wald- und Feldgebiete, passierte Fischerdörfer, in dem vorzüglichen Bad- und Bädergebiete geräucher und von Wohl zu Wohl mehr socialdemokratische Stimmen abgegeben werden. Landeis schließlich in Travemünde, dem freundlichen, sauberen Ort, der im 12. Jahrhundert zum Schutz gegen räuberische Ueberfälle nordischer und slavischer Seefahrer gegründet wurde, aber jetzt als ein sauberes Seebad erholungsuchende Binnenländer gastlich empfängt. In Travemünde wurde ein Rettungsapparat für Schiffbrüchige vorgeführt und zugleich konnten die, die überaus glücklich vor der Seelandschaft baugten, hier zurückbleiben; deren waren

Marine-Expedition an Bord? Dem "Berliner Tageblatt" zufolge haben an Bord des kleinen Kreuzers "Gazelle" angeblich wegen zu strammen Dienstes, Ausschreitungen der Mannschaft stattgefunden, die sogar zum Ueberbordwerfen von Geschützverschlüssen und Schiffsmaterial geführt haben sollen. Andere Blätter, u. a. auch die "Kieler Zeitung", behaupten, daß obige Meldung jedenfalls stark übertrieben sei, da es sich im wesentlichen um Exzesse einiger schlechter Elemente handeln dürfte.

Eine offizielle Darstellung wäre jedenfalls am Plage. —

Kunst und Morderei. Auf einen relativ vernünftigen Standpunkt stellte sich die Majorität der zweiten Hauptversammlung des 31. Kongresses für innere Mission, der zu Eisenach tagte. Trotzdem ein Professor Ringel in dem einleitenden Referat zwar über die "Freiheit der Kunst" gesprochen, aber eine gut vorbereitete und geübte Censurbehörde als notwendig bezeichnet hatte, sprach sich die Mehrheit der Diskussionsredner, darunter auch Herr Stöcker, dahin aus, daß eine Censurbehörde im großen und ganzen wirkungslos bleiben werde und deshalb auch nicht erstrebenswert sei. Im übrigen sagten alle Redner beweglich über die zunehmende Unfähigkeit und die Demoralisierung der Kunst. Herr Stöcker vertrat sich Beförderung der Pflege des evangelisch-protestantischen Geistes und stellte die Studentenschaft von Halle, die "Sodoms Erde" ausgepflanz habe, als beste Censurbehörde hin. Der Referent meinte freilich ziemlich bestimmt in seinem Schlußwort, daß, wenn es trotz aller Gewissenswacungserlässe bisher in moralischer Beziehung in Kunst und Leben nur immer schlimmer geworden sei, für die Zukunft nur von einer Verschärfung der Censur etwas zu hoffen sei. Ob nicht auch die übrigen Herren nur deshalb von der Censur nichts wissen wollten, weil ihnen die Trauben zu hoch zu hängen schienen? —

Unter verschlossenen Thüren. Vor dem Oberkriegsgericht zu Düsseldorf hatte sich der Unteroffizier Johann Rößig von der 6. Compagnie des westfälischen Infanterieregiments in Köln a. Rh. wegen vorwärtsdringender Behandlung und vorläufiger Mißhandlung Untergebener, ferner wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt und Nötigung zu verantworten. Rößig war wegen dieser Vergehen am 15. August cr. vom dortigen Kassenmengenamt zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und Degradation verurteilt worden, hatte aber gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Die unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführte Verhandlung scheint jedoch nochmals den Beweis für die schweren Verfehlungen des Unteroffiziers erbracht zu haben, denn das Gericht verwarf die Berufung des Angeklagten. — Vor demselben Gericht wurde auch gegen den Unteroffizier Rüst von der 8. Compagnie des 8. Westfälischen Infanterieregiments Nr. 16 wegen Mißhandlung Untergebener verhandelt. Rüst, der seine Untergebenen in roher Weise mißhandelt und gequält hatte, war am 19. August cr. vom Kriegsgericht zu der überaus gelinden Strafe von 14 Tagen Arrest verurteilt worden. Das geringe Strafmaß wurde damit begründet, daß der Angeklagte erst 23 Jahre alt sei. Auf die vom Gerichtsherrn gegen dieses Urteil erhobene Berufung wurde die Strafe nunmehr auf vier Wochen Arrest erhöht. —

Der abgebligte Stadtkommandant. Von den Kreuzfahrten des Prinzen Adalwin durch Deutschland werden allerhand lässliche Episoden erzählt. Eine dieser netten Geschichten spielt in Frankfurt a. M. Die Regierung hatte, als sie in Erfahrung gebracht hatte, daß der entsetzte Sühneprinz die gemüthliche Ratstadt besuchen wollte, sofort einen würdigen Empfang vorgesehen und zu diesem Zweck den Stadtkommandanten an den Bahnhof zu dem Zuge entsandt, mit dem Prinz Adalwin eintreffen sollte. Der Prinz war auch richtig eingetroffen, aber aus dem feierlichen Empfang wurde gleichwohl nichts. Als der Stadtkommandant Herr v. Stälpnagel seine Repräsentationspflichten ausüben wollte, wurde ihm mitgeteilt, daß der Prinz die ihm zugedachte Aufmerksamkeit nicht entgegennehmen könne, da Seine kaiserliche Hoheit sich im tiefsten Schlafe befinde. Ob Herr v. Stälpnagel gleich dem Herrn v. Höpfer den blüthenden Galabellum vom Haupte gerissen und sporenkürzend Recht gemacht hat, wird nicht gemeldet. —

Pensioniert wurden in der deutschen Armee seit dem 15. August cr.: 1 Generalleutnant, 7 Generalmajore, 6 Oberste, 1 Oberstleutnant, 15 Majore, 25 Hauptleute, 6 Oberleutnants, 9 Lieutenant. In Summa 70 Offiziere. Kosten pro Jahr circa 205 000 M.

Ohne Pension wurden verabschiedet 1 preussischer Oberleutnant und 3 preussische Lieutenant. Zur Reserve und Landwehr übergeführt, also ohne Pension aus der aktiven Armee ausgeschieden wurden 1 preussischer Oberleutnant und 11 preussische Lieutenant. Der Gesamtabgang an Offizieren beträgt somit im oben angegebenen Zeitraum 86.

Von den Pensionierten treffen auf Preußen ein Generalleutnant, 4 Generalmajore, 5 Oberste, 1 Oberstleutnant, 12 Majore, 23 Hauptleute, 4 Oberleutnants, 8 Lieutenant

jedoch nur sehr wenige. Unser Schiff ging dann hinaus auf die offene See, wo der Wind frischer wehte und die tausend Herrlichkeiten der Wasser- und Himmelsfarben uns beflügelte. Nur zu glatt war der Seepegel, die meisten wünschten stärkeren Wellengang, selbst auf die Gefahr hin, daß Rautschkauer und Versteinlauner sich in gemeinsamem Opfer für die Meerergötter finden sollten. Wir fuhren eine gute Stunde hinaus, dann kehrten wir um und erlebten einen löstlichen Sonnenuntergang; noch ehe aber die Sonne glühend rot entzweunden, hatte sich der Mond im Osten erhoben und ließ seine Silberstrahlen über die Wasser gleiten. Selbst unsre Berliner Freunde, die nicht an Sentimentalität leiden, erkannten den Jauber dieses Bildes an und einer sagte mir: "Für so 'ne Provinzstadt ist det jar nich so ohne!"

In Travemünde wurde nochmals gekostet; im netten Saal, der dort unseren Genossen für Versammlungen zur Verfügung ist, wurde ein Imbiß genommen und wieder einige Schoppen Bier getrunken. Die Stimmung wurde bewegter und unsre Süddeutschen, denen es bisher auf dem Schiffe etwas zu norddeutsch-läblich zugegangen war, brachten Leben und Lustigkeit in das Treiben. Unser französischer Genosse, der dem Parteitage die Größe des französischen Proletariats überbrachte hatte, wurde sanft genötigt, Carmagnole und Marseillaise vorzutragen, und diesen temperamentvollen Vorträgen folgten dann deutsche Arbeiterlieder. In guter Laune begam die Miltfahrt von Travemünde nach Lübeck, und die gute Laune steigerte sich zu heiterster Fröhlichkeit; auf dem Steven des Schiffes etablierte sich unter Führung bewährter Kräfte ein Ueberdrettel, auch Ueberbordel genannt, auf dem Volkslieder, Studentenlieder, Scharzweisen und allerlei Lustiges vor dankbarem Publikum vorgetragen wurde; der gute Mond, der die Scene beschien, hat sich nicht gering verunziert, da er die Theoretiker der Partei, die vor kurzem sich über Verlesendungs- und Werttheorien gezaust hatten, nunmehr das Lied vom freien Bürgermeister Gzech singen hörte, der seine Landesmutter durch das Unterfrieren geschossen.

Hier und da aber an den Ufern begrüßten uns wieder Männer und Frauen mit feurigem Zuruf und vielfachen und vielfarbigem bengalischen Lichtern. Und als wir der Landungsstelle nahen, brauste uns vom Ufer aus dichten Menschenmassen neuer Willkommensgruß entgegen, und die Delegierten sangen durch die Stille der mondhellten Nacht unsre Marseillaise und unsere Socialistenmarch, und mit dem gewaltig schwellenden Aufse, vom Schiff und von den Ufern zusammenklingend: Tod jeder Tyrannin, die Arbeit werde frei! — endete das schöne ausersichens Fest, das uns die waders Arbeiterchaft Lübeds bereitet hatte, und für das wir die den Paul bewahren werden.

Das Seefest des Parteitags.

Lübeck, 27. September 1901.

Am Donnerstag bereiteten die Genossen von Lübeck dem Parteitag ein freudiges Feiern eigener Art; sie rüsteten ein Dampfgeschiff, das uns hinausstrug vom Hafen der Stadt nach der Mündung der Trave und hinaus auf die weite See. Inmitten erster Debatten und heißen Streites gestaltete sich ein Festtag gehobener Stimmungen und edelster Vollständigkeit.

Als wir nach Lübeck kamen, hatten wir das wundervolle Wetter dieser klaren Herbsttage, die wohl die schönsten Tage des Jahres sind, doch wir fürchteten, daß ein Witterungsumschlag die geplante Seefahrt hindern könnte. Aber jeder Tag erneute dasselbe reine Himmelblau, dieselbe milde und doch frische Atmosphäre, in der sich die alten Bauten der Hansaherrschaft ununterbrochen zeigten. Und unsre Lübeder Genossen, die auch sonst alles für den Parteitag auf angenehme bereiteten, hatten einen guten Volk mit Petrus vollzogen, einzig schönes Wetter geleitete unseren Ausflug auf das Meer, dessen Wunder zu schauen wohl manchem von uns Binnenländern als eines der Endziele dieser Parteitagefahrt galt.

Am frühen Nachmittag bestiegen wir das Schiff, dessen Größe eben hinreichte, um alle Delegierten und die Frauen und Töchter, die manche von ihnen, aus geringeren Entfernungen kommend, mitgebracht hatten, zu fassen. Große Menschenmassen umlagerten den Trave-Pavillon, von wo die Abfahrt erfolgte, um die Delegierten zu begrüßen; als das Schiff, an dessen Bugspitze die rote Fahne der Lübeder Socialdemokratie wehte, sich in Bewegung setzte, erfüllten Curas und Hochs draussen die Luft. Die Musik intonierte und wir begannen eine Fahrt durch den Hafen von Lübeck, die allen Teilnehmern unergesüßlich bleiben wird, Vorbild an den allerfamlichsten Bauten, an den Häusern mit den Treppengeländern, hinter denen die Biegelsteinkirchen aus dem 12. und 13. Jahrhundert überrosten, vorbei an den großen Handelsschiffen, den Trägern des modernen Weltverkehrs, ging die Fahrt. Und dieses seltene Städtebild des Hafens von Lübeck, dieses wunderbare Durcheinander von mittelalterlicher Romantik und modernen Handelstreibern, ward erhöht und zu einem Außerordentlichen emporgehoben durch ein Element, das jetzt neu sich zugesellte und ein völlig Neues entstehen ließ. Das Proletariat des Hafens trat auf den Plan. Die Kunde vom nahenden Parteitag hatte sich schnell verbreitet und, wohin unser Schiff kam, überall empfing uns der Jubel der Männer der Arbeit und der Frauen und der Jugend. In Fabriken

(Summa 58); auf Wache 2 Generalmajore, 1 Oberst, 2 Majore, 2 Hauptleute, 2 Oberleutenants, 1 Lieutenant (Summa 10); auf Sachsen 1 Major; auf Württemberg 1 Generalmajor.

Im eben ablaufenden III. Quartal wurden im ganzen pensioniert 120 Offiziere (93 preussische, 22 bayerische, 3 sächsische, 2 württembergische). Ohne Pension wurden verabschiedet bezw. zur Reserve und Landwehr übergeführt 22 Offiziere (19 preussische, 2 bayerische und 1 württembergische).

Reicher Ordensregen. Anlässlich der letzten Kaisermandate wurden nicht weniger als 267 Angehörige des I. und XVII. Armeekorps befördert. Auch eilfzig Militärpfarrer und Divisionssäfer wurden mit Orden beglückt.

Der Direktor des kaiserl. Statistischen Amtes. Geh. Ober-Regierungsrat Prof. Scheel ist am Freitagmittag an einem Nierenleiden gestorben. Er hat ein Alter von 61 Jahren erreicht und würde am 1. April nächsten Jahres das 25 jährige Jubiläum als Mitglied des Statistischen Amtes begehen können.

So wertvolle Publikationen vom Statistischen Amte unter Scheels Leitung auch herausgegeben worden sind, so entsprechen doch im allgemeinen seine Leistungen keineswegs den an eine derartige Institution zu stellenden Anforderungen. Freilich, für Kulturaufgaben hat das statistisch-militärische Deutschland ja kein Geld übrig.

Insmerhin fiel die Beurteilung des statistischen Materials zuweilen derartig aus, daß sie den Unwillen der Agrarier gegen Prof. Scheel herauszuforschte, weil er die Zahlen nicht agrarisch korrigierte oder deutete.

Zum Fall Opificius wird und aus Baden geschrieben: Durch das Urteil der Strafkammer Karlsruhe, die gegen unseren Parteigenossen Opificius-Vorheim wegen einer in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Pforzheimer Konsumvereins begangenen Veruntreuung von Geldern auf drei Monate Gefängnis erkannte und ihm gleichzeitig auf Grund des § 35 Abs. 2 des Strafgesetzbuches die Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Aemter auf die Dauer von zwei Jahren absprach, wäre, falls es nicht gelingen sollte, das Urteil im Wege der Revision erfolgreich anzufechten, auch für den zweiten Pforzheimer Landtagswahl eine Rachwahl erforderlich geworden.

Die Stadt Pforzheim hat indessen zwei Landtagsmandate zu vergeben, von denen alle zwei Jahre je eines durch die gesamte Wählerchaft, die nur einen Wahlbezirk bildet, neu zu besetzen ist. Opificius ist der erste sozialistische Vertreter der Stadt; sein Mandat datiert vom November 1899, wäre also normalerweise bis dahin 1903 in Kraft geblieben. Der zweite Sitz, 1897 zum letztenmal erneuert, steht diesmal zur Wahl, nachdem das Mandat seines bisherigen Inhabers, des nationalliberalen Fabrikanten Wittum, mit dem Schluß der letzten Landtagsession abgelaufen war. Für ihn ist bei den allgemeinen Ergänzungswahlen zum Landtag am 4. Oktober d. J. ein neues Wahlmännerkollegium zu wählen, das am 16. Oktober dann zur Abgeordnetenwahl zusammentritt. Vorausgesetzt nun, daß das Urteil gegen Opificius die Rechtskraft behält, würde in Pforzheim der dort bisher noch nicht dagewesene Fall eintreten, daß die beiden Mandate gleichzeitig zu erneuern sind, und zwar das eine, diesmal normalerweise zur Wahl stehende durch ein neu zu wählendes Wahlmännerkollegium, das zweite, bisher von Opificius innegehabte dagegen durch die Wahlmänner vom Jahre 1899, da nach den Bestimmungen der badischen Landtagswahlordnung alle im Laufe der vierjährigen Mandatsdauer etwa nötig werdenden Abgeordneten-Ergänzwahlen durch das zum Zwecke der ursprünglichen Abgeordnetenwahl zusammengesetzte Wahlmännerkollegium zu erfolgen haben. In diesem war für Opificius im Jahre 1899 eine entschiedene Mehrheit vorhanden (171 sozialdemokratische gegen 96 nationalliberale Wahlmänner), so daß bei einer eventuellen Ergänzung der Sozialdemokratie von vornherein gesichert wäre. Inwiefern dies wohl nicht ohne Abstrich gerade auf die letzten Tage vor den allgemeinen Wahlmännerwahlen anbräunten Verhandlungen gegen Opificius den Ausschlag für den anderen Pforzheimer Sitz zu beeinflussen vermag, steht dahin. Nach Lage der Sache ist nicht anzunehmen, daß die guten Ansichten der Sozialdemokratie dadurch irgendwie verfinstert worden sind. Es dürfte vielmehr zum großen Leidwesen unserer Gegner nichts mehr daran zu ändern sein, daß die badische Goldstadt im nächsten Landtag durch zwei sozialistische Abgeordnete vertreten sein wird.

Rechtsgleichheit in Elsaß-Lothringen. Aus Straßburg schreibt man uns vom 20. September: Die sozialistische Arbeiterchaft des Reichslandes war es von jeher gewohnt, von den Polizeibehörden bei der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte anders behandelt zu werden, als dies den bürgerlichen Parteien gegenüber der Fall ist. Insbesondere trat dies zweierlei Recht auf dem Gebiete des Versammlungswesens stets deutlich in Erscheinung. Noch vor wenigen Wochen unterdrückte die hiesige Polizei mit Gewalt eine von sozialistischer Seite einberufene sogenannte Privatversammlung im Vorort Reudorf, zu der, wie das Gesetz es verlangt, eine Reihe schriftlicher persönlicher Einladungen ergangen waren. Selbst ein Teil der bürgerlichen Presse legte mit Entzückung Protest ein gegen diesen Akt polizeilicher Willkür, worauf es die Regierung unternahm, in einer offiziellen Note der „Süddeutschen Reichspressendenz“ das Vorgehen der Straßburger Polizei zu rechtfertigen. Sie setzte darin auseinander, daß nach ihrer Ansicht die Versendung von Einladungen an einen unbeschränkten Personenkreis aus der privaten Vereinigung im Sinn unserer Versammlungs-Gesetzgebung eine öffentliche Versammlung mache, was eine Umgehung des Gesetzes bedeute, und fuhr dann wörtlich fort:

„Diese Umgehung des Gesetzes hätte natürlich auch bei allen anderen Parteien dieselben Folgen. Würde daher z. B. ein Kandidat bei den Gemeinderats-Wahlen an sämtliche Wähler des Wahlbezirks persönliche Einladungen zu einer Wahlversammlung schicken, so wäre dies trotzdem unbedingt nicht eine private, sondern eine öffentliche Versammlung, die also, weil sie politischer Natur ist, der polizeilichen Erlaubnis bedürfte.“

Die demnach stiftenden Ergänzungswahlen zum Straßburger Gemeinderat gaben der Polizeibehörde Gelegenheit, diese ihre Auffassung von dem Wesen einer Privatversammlung in die Praxis umzusetzen. Gestern tagte nämlich hier eine wohl von 800 Personen besuchte Kommunalwähler-Versammlung, die von seiten der „vereinigten Ordnungsparteien“ gegen die Sozialdemokratie einkliefen war. Genau den Voraussetzungen der offiziellen Auslassung in der „Südd. Reichspress.“ entsprechend, waren zu derselben an sämtliche Wähler der innerstädtischen Bezirke Einladungen ergangen. Trotz alledem betrachtete die Polizei dieselbe nicht als eine öffentliche, die ihrer Genehmigung bedürfte, und nahm von den üblichen Heberwahrungsmassregeln Abstand. — Das nennt man dann im Lande der „wiedergewonnenen Brüder“ gleiches Recht für alle!

Sächsische Landtagswahlen. Leipzig, 26. September. Bei der heutigen Wahl der Wahlmänner der zweiten Wahlklasse wurden im 2. Leipziger Wahlkreis für die Sozialdemokratie 77, für das Ordnungspartei 809 Stimmen, im 4. Leipziger Kreis für die Sozialdemokratie 241, für das Kartell 882 Stimmen abgegeben. Sämtliche Wahlmänner des Kartells wurden gewählt; die Sozialdemokratie brachte keinen einzigen Kandidaten durch. Im 4. Kreis fehlten der Sozialdemokratie nur wenige Stimmen zur Gewinnung eines Bezirks — ein Beweis, daß auch hier Erfolge zu erzielen sind. Die Wahlbeteiligung war kaum stärker als in der dritten Wahlklasse.

Ausland.

Dänemark.

Minister und Socialdemokrat. Auf der Generalversammlung der „Händler-Akreditvereinigung“ Dänemarks wurde der Kultusminister J. C. Christensen zum ersten Vorsitzenden einstimmig wiedergewählt. Zum zweiten Vorsitzenden wurde der Socialdemokrat Weber M. A. Madjen wiedergewählt. Socialdemokrat und Minister sind also hier nun gemeinsam an der Leitung einer großen sozialen Institution beteiligt, deren Aufgabe es ist, denjenigen Landbewohnern in bedrängten Lagen Hilfe zu leisten, deren Stambesitz nicht zur Erhaltung ihrer Familie anreicht, und die deshalb genötigt sind, teilweise als Lohnarbeiter in Landwirtschaft oder Industrie ihren Lebensunterhalt zu suchen.

Schweden.

Der Kampf um das Wahlrecht. Seitdem der Stimmrechts-Kongress in Malmö sich für die Anwendung des Generalstimmrechts als des äußersten Mittels zur Erreichung des allgemeinen Wahlrechts ausgesprochen hat und der skandinavische Arbeiterkongress den schwedischen Wählern die kräftigste Unterstützung für diesen Kampf versprochen hat, haben die schwedischen Arbeiter in zahlreichen Versammlungen weiter über die Frage diskutiert und da hat es sich gezeigt, daß die Arbeiter sich bereits mit dem Gedanken des Generalstimmrechts vertraut gemacht haben und fest entschlossen sind, wenn die Regierung und die herrschenden Parteien nicht nachgeben, diese gefährliche aber eventuell wirksame Waffe zur Erreichung ihrer Staatsbürgerrechte zu gebrauchen. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß die maßgebenden Faktoren halbstarig und gewissenlos genug sind, um, zwecks Aufrechterhaltung des schreienden Wahlrechts, das Erwerbvolken Schwedens, das ganze Vaterland den größten Gefahren auszusetzen. Große Hindernisse sind es, die sich einer friedlichen Durchführung der Reform entgegenstellen. Da ist zunächst die erste Kammer, deren Mitglieder von den Landthings (Provinzial-Vertretungen) und von den Gemeindevertretungen der verschiedenen Städte, die ihrerseits bekanntlich aus einem Wahlrecht hervorgehen, bei dem eine Person ihrem Einkommen entsprechend bis zu 100 Stimmen abgeben kann, gewählt werden. Unser „Herrenhaus“ setzt selbstverständlich allen Reformen, die zu einer Erweiterung der Volkrechte führen könnten, den heftigsten Widerstand entgegen und hat bereits in früheren Jahren die Entwürfe zur Reform des Wahlrechts mit dem stereotypen Verlangen nach „näherer Untersuchung der Bevölkerungsverhältnisse“ in den Akten begraben. Die zweite Kammer, die die eigentliche Volksvertretung sein sollte, zu der aber nur diejenigen wahlberechtigt sind, die ein Einkommen von mindestens 800 Kr. besitzen, oder ein Grundstück im Werte von mindestens 1000 Kr. besitzen, bietet in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung auch keine Gewähr für eine friedliche Lösung der Frage. Die alte Bauernpartei, die früher in eckeliger Weise für die Wahlrechtsreform eingetreten ist, schirmt jetzt nur noch Interesse für die landwirtschaftlichen Schutzgölle zu haben. Der Führer der neueren liberalen Sammlungspartei Sixton von Friesen hat sich wohl dafür ausgesprochen, daß das Wahlrecht schon bei einem Einkommen von 500 Kr. gewährt werden soll, will aber dafür die Altersgrenze vom 21 auf das 25. Lebensjahr heraufsetzen, so daß die jungen Leute, denen durch die neue Verordnung schwerere Pflichten auferlegt wurden, des Wahlrechts beraubt würden. Die neueste Partei der „Linken“, von der man vielleicht ein konsequenteres Eintreten für das allgemeine Wahlrecht erwarten könnte, hat noch immer keine feste Form angenommen und ihr Einfluß in der Kammer ist kaum höher anzuschlagen, als der des einzigen sozialdemokratischen Vertreters. Bleibt man nun noch in Betracht, daß auch noch dem König das absolute Veto zu Gebote steht und daß dieser erklärt hat, daß man ja möglicherweise die Wahlrechts-grenze auf ein Einkommen von 700 Kr. herabsenken könnte, so erkennt man, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts fast ganz allein steht und daß es angebracht ist, wenn sich die Arbeiter auf eine außerordentliche Aktion vorbereiten, falls sie sich nicht mit einer Scheinreform abspähen lassen wollen. Daß letzteres nicht der Fall sein wird, dafür hat kürzlich wiederum eine große Versammlung der Arbeiter Göteborgs bereites Zeugnis abgelegt. Einstimmig wurde hier eine Resolution angenommen, worin sich die Versammelten bereit erklärten, wenn es zur Erreichung der vollen politischen Rechte erforderlich sein sollte, den politischen Generalstreik mit aller Kraft, die den organisierten Arbeitern zu Gebote steht, in Anwendung zu bringen.

England.

Die Nachwahl in Lanarkshire.

London, 23. September. Die parlamentarische Nachwahl in Lanarkshire, die durch den Tod des liberalen Abgeordneten Mr. Colville nötig wurde, findet am 26. d. M. statt. Um den Sitz kämpfen drei Kandidaten: Robert Smilie, Vertreter der organisierten Arbeiter; Cecil Garmsworth, liberaler Imperialist; Sir William Rattigan, konservativ. Wie die Sachen liegen, kann nur der kühnste Optimist einen Erfolg des Arbeiterkandidaten erwarten. Denn obwohl diesem die Unterstützung des Gewerkschaftskongresses, der Föderation und der Radikalen angefragt wurde, so daß doch der Beobachter des englischen Lebens nicht verfehlen, mit der Späthe der Arbeiter zu rechnen. Das Wahlresultat läßt sich aber folgendermaßen voraussagen: Infolge der Zersplitterung der liberalen Stimmen wird der Sitz von den Liberalen an die Konservativen übergehen. Rattigan, der von Chamberlain an Valfour empfohlen wurde, wird siegen. Smilie wird im besten Falle 2500—3000 Stimmen auf sich vereinigen, Garmsworth etwa 4000. Bei der letzten Wahl siegte Colville mit 7120 Stimmen gegen Rattigans 5567.

Es fragt sich nun, ob die Arbeiter richtig handeln, indem sie durch ihr Eintreten dem Konservativen zu einem Siege verhelfen. Die Frage muß bejaht werden, da es unwahrscheinlich ist, irgend einen Unterschied zwischen Garmsworth und Rattigan zu entdecken. Die Arbeiterkandidatur kann also eine Stärkung der Reaktion nicht bedeuten. Andererseits aber wird die Agitation, die Smilie, Rair Hardie, Glasier u. d. dort entfalten, sicherlich zur Aufrechterhaltung und Klärung der Massen beitragen haben.

Der Hungertode sind im Jahre 1900 in London 63 Personen erlegen. Der parlamentarische Bericht, dem diese Zahl entnommen ist, beruht auf den Urteilen der Leichenbeschauer und Geschworenen in den verschiedenen Distrikten der Metropole. Allerdings stand den Verdenden und Obdachlosen das Arbeitshaus offen, aber es scheint, daß sie es vorgezogen, lieber in den Tod zu gehen, als sich der Behandlung von seiten der Armenbehörden zu unterwerfen.

London, 27. September. Bei der Parlamentarischenwahl in Nordost-Lanarkshire für den verstorbenen Radikalen Colville wurde der liberale Unionist Sir William Rattigan mit 5673 Stimmen gewählt. Der liberale Garmsworth erhielt 4769 und der Arbeiterkandidat Smilie 2900 Stimmen. Die Regierungspartei gewinnt somit ein Mandat.

Heber Sibney Webbs Artikel in der „Nineteenth Century“ schreibt heute Genosse Walter Crane in den „Daily News“: Die Rabier geben einem Socialisten schwierige Rätsel zu lösen. Die Sozialdemokratische Föderation und die unabhängige Arbeiterpartei haben von Anfang an erkannt, welche dunkle reaktionäre und finanzielle Mächte hinter dem Imperialismus und dem skandinavischen Krieg stehen, während die Rabier, trotz ihrer großen Erziehungsarbeit, der Ueberzeugung sind, daß der Imperialismus und der Krieg gegen zwei freie Gouvernementspublikum dem Socialismus nützlich sein könnten. Die mittelbare Wirkung des Krieges ist der Stillstand in der Reformgesetzgebung, und die Folge des Imperialismus bedeutete immer und überall einen Verlust der Freiheit sowohl für die Besten wie für die Sieger. Durch ihre imperialistische Politik haben sich die Rabier von der großen sozialistischen Mehrheit des In- und Auslandes isoliert.

Amerika.

Neu York, 27. September. Einer Depesche aus Willemstad (Curaçao) zufolge ist dort die Meldung eingetroffen, daß in dem Gefecht auf der Halbinsel Guajira 300 Venezolaner mit 4 Gefangenen gefangen genommen, 600 getötet oder verwundet worden seien bezw. verwundet würden; unter den Verwundeten solle sich ein Bruder des Präsidenten Castro befinden.

Parteitag

der deutschen Socialdemokratie.

(Schluß aus der 1. Beilage)

Schwarz übernimmt den Vorsth.

Zur Verhandlung kommt Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.

Dazu liegen die Anträge 70—82; 90; 97; 105, 106, 110 und 118 vor.

Südekum beantragt, die Anträge 17 und 72 als zur Wohnungsfrage gestellt zu beantragen.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

70. Parteigenossen in Bonn: Die Fraktion zu ersuchen, einen Zusatzantrag zu den §§ 6 und 20 des Krankenversicherungs-Gesetzes einzubringen mit ungefähr folgendem Wortlaut:

§ 6. Ziffer 3. Freie ärztliche Behandlung, freie Arznei und sonstige Heilmittel sind den Familienangehörigen der verheirateten Rassenmitglieder, d. h. der Ehefrau und den Kindern bis zum 14. Lebensjahre, soweit dieselben nicht selbst dem Versicherungszwange unterliegen, allgemein zu gewähren.

§ 20. Ziffer 4. Freie ärztliche Behandlung, freie Arznei und sonstige Heilmittel sind den Familienangehörigen der verheirateten Rassenmitglieder, d. h. der Ehefrau und den Kindern bis zum 14. Lebensjahre, soweit diese nicht selbst dem Versicherungszwange unterliegen, zu gewähren. Den Ehefrauen der Mitglieder ist im Falle der Entbindung die Hälfte der Wöchnerinnen-Unterstützung zuzusprechen.

Die Ziffern 5 und 7 des § 21 sind zu streichen.

Gleichzeitig ist ein neuer Paragraph in das Gesetz aufzunehmen, welcher lautet: „Diese Bestimmungen erstrecken sich auch auf Waisen, Fabrik-, Knopfmacherei- und Innungs-Krankenkassen. Solche Kassen, welche durch Einführung obiger Bestimmungen nachweislich in ihrer Existenz gefährdet werden, sind vom Reiche oder aus den Klassen der Versicherungsanstalten zu subventionieren.“

71. Parteigenossen in Barmen: 1. Die Reichstagsfraktion wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf im Reichstage einzubringen, wonach der Maximalarbeitslohn für alle erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen auf 10 Stunden festzusetzen ist.

72. Parteigenossen in Elberfeld: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird beauftragt, einen Antrag auf Einführung eines gesetzlichen Maximalarbeitslohes für alle Arbeiter einzubringen.

73. Parteigenossen des 1. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird ersucht, absehnlich bis zur eventuellen Annahme, im Reichstags-Anträge auf Bestrafung derjenigen Arbeitgeber, welche ihre Arbeiter durch Androhung der Arbeitsentziehung resp. Nichtbeschäftigung zu bestimmen versuchen, auf das denselben gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht zu verzichten, einzubringen.

75. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Der Parteitag zu Lübeck wolle die Reichstagsfraktion beauftragen, energisch für den Schutz des Koalitionsrechtes einzutreten.

76. Parteigenossen in Breslau: Die sozialdemokratische Fraktion möge den eruchten Versuch machen, eine Abänderung des Militärgerichts-Verfahrens herbeizuführen, insbesondere in Beziehung auf öffentliche Verhandlung.

77. Parteigenossen in München: Es sei die Reichstagsfraktion zu beauftragen, sofort nach Zusammentritt des Reichstages Anträge auf Abänderung der Militär-Strafgerichts-Ordnung vom 1. Dezember 1898 zu stellen, durch die als Minimum dessen, was überhaupt von einer Prozeßordnung gefordert werden muß, die der Rechtspflege dienen will, dem Recht der Angeklagten wenigstens so weit Rechnung getragen wird, daß 1. der Allgemeinheit des Gerichtsherrn Schranken gesetzt, 2. die Funktionen des Untersuchungsleiters und des Anklagevertreters getrennt, und 3. die Gerichtshöfe (besonders in der Berufungsinstante) derart zusammengesetzt werden, daß die juristisch gebildeten Richter bei Entscheidung der Schuldfrage von den Offizieren nicht majorisiert werden können.

78. Parteigenossen in Mühlhausen i. Eif.: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, wie in früheren Jahren auch in der Zeit bis zum nächsten Parteitage bei jeder Gelegenheit auf die Aufhebung der außerordentlichen Gewalten des kaiserlichen Statthalters in Elsaß-Lothringen hinzuwirken, um die Verbesserung des Reichslandes endlich aus einer Lage zu befreien, die ebenso ungerechtfertigt als unwürdig und der gesunden Entwicklung hinderlich ist.

79. Dieselben: Die Reichstagsfraktion wird ferner beauftragt, für die vollständige Einführung des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 in Elsaß-Lothringen einzutreten.

80. Dieselben: desgleichen für die allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl des elsäß-lothringischen Landesauschusses durch das Volk.

81. Dieselben: desgleichen aufs neue für die Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes.

82. Jacob Meier und Schwarz, Mitglieder des fünften Berliner Wahlkreises: Der Parteitag wolle beschließen, daß die Genossen im Reichstage für Aufhebung des Inpflanzungs-eintretens.

90. Parteigenossen in Halberstadt und dem Kreise Calbe-Aschersleben: Der Parteitag erklärt, daß er das vom Oberstergericht in Gumbinnen gefällte Todesurteil wider den Unteroffizier Marten für einen der schwersten Justizverbrechen hält, welchen die Geschichte kennt. Der Parteitag sieht auch nicht unmaßgebend einen Beweis dafür erbracht, daß der Verurteilte sich dem ihm zur Last gelegten Mordes schuldig gemacht hat. Der Parteitag erwartet von der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion, daß dieselbe unter ausdrücklicher Regungnahme auf das Gumbinner Urteil in geeigneter Form im Reichstage für die Abschaffung der Todesstrafe und die Beseitigung der Militärjustiz — außer für Disziplinarfälle — eintreten wird.

105. Die Reichstags-Fraktion zu ersuchen, einen Gesetzentwurf im Reichstage einzubringen, wonach die landwirtschaftlichen und Forst-arbeiter einer Krankenversicherung unterliegen, auch alle Bestimmungen im Punkt 70 zu gewähren.

Der Vertrauensmann und Delegierte des Landbezirks Ramin, V. medlenb. Wahlkreis, Hugo Siebeneicher und 20 Genossen.

106. Der Parteitag möge einen Beschluß fassen, wonach die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Reichstage die Initiative ergreife und folgendes vom Reichstage und der Reichsregierung fordere: 1. Eine wirkliche Kranken-Versicherung. 2. Abschaffung der Gesandtenordnungen. 3. Freies Koalitions- und Versammlungsrecht. 4. Festsetzung eines 10stündigen Arbeitslohes für alle landwirtschaftlichen Arbeiter. 5. Verbot der Kinderarbeit und der Frauenarbeit 6 Wochen vor und nach der Entbindung. 6. An Sonn- und Feiertagen vor einem Fest um 5 Uhr Feierabend für die auswärts Arbeitenden.

Der Vertrauensmann und Delegierte des Landbezirks Ramin, V. medlenb. Wahlkreis, Hugo Siebeneicher und 20 Genossen.

118. (Abänderungsvorschlag zu 110.) Im dritten Absatz am Schluß anstatt der Worte: und insbesondere das Gesamtbudget normalerweise ablehnen, zu setzen: und dies bei Abstimmungen über das Gesamtbudget und die Finanzgesetze genau beobachten.

Gaudert.

Antrag 97 ist die Mannheimer Resolution zur Budgetfrage, mitgeteilt in Nr. 223. Antrag 110 ist die Resolution Webel zur Budgetfrage, mitgeteilt in Nr. 224.

Den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit erstattet

Wurm:

Kost ausschließlich ist die Tätigkeit der Reichstagsfraktion von keiner Seite beanstandet worden. Erst ist letzter Zeit ist ein Artikel von Vorbus durch die Presse gegangen, der einen Antrag, den wir im Reichstag gestellt, aber noch nicht verhandelt haben, als unthunlich, unpraktisch und einen Rückschritt gegen früher bezeichnet, den Antrag auf Einführung eines Neufünftages. Es ist ein Irrtum von Vorbus, wenn er glaubt, daß wir diesen Antrag eingebracht haben, um den bürgerlichen Parteien goldene Brücken zu bauen, sondern im Gegenteil, um die Forderung der bürgerlichen Sozialreformer zu entlarven. (Sehr richtig!) Vorbus irrt sich, wenn er meint, das Centrum habe bereits einen annähernd gleichen Antrag eingebracht, der einen Magistralarbeitstag von 63 Stunden einführt; dieser Antrag ist von der Minorität des Centrum eingebracht, Dr. Hise befindet sich mit seiner verwässerten Arbeiterfreundlichkeit in der Minderheit; der größte Teil des Centrum befindet sich unter der Führung des Herrn v. Hertling noch durchaus auf monarchistischem Standpunkt in der Arbeiterpolitik.

Der 63-Stunden-Antrag fiel, auch der größte Teil des Centrum stimmte dagegen.

Schluß der Nachmittags-Sitzung.

(Telegraphischer Vorbericht.)

Wurm (fortfahrend) hebt die prinzipielle Haltung der Fraktion gegenüber der Militär- und Chinapolitik hervor, er bespricht die neue Krankenlohn-Novelle, dabei die Verhältnisse in der Krupp'schen Pensionskasse. Redner wendet sich gegen die Budgetbewilligung in Baden, die Hendrich befürwortet hatte. Wohin es führt, wenn man vor der Regierung den Kolan macht, das haben wir ja zur Genüge an den bürgerlichen Parteien, vor allem an dem Centrum, beobachtet. Bezeichnend für die Kenntnis der Parteigeschichte, über die Hendrich verfügt, ist seine Behauptung, daß unsere Zustimmung zu dem Invalidenversicherungs-Gesetz eine Marierung der Partei bedeute. Das ist ein Unsinn. Wir haben bereits in den ersten Jahren unserer Tätigkeit im Reichstag für ein Gesetz über die Lohnbeschlagnahme gestimmt, weil es eben den Arbeitern verhältnismäßig mehr Vorteil als Schaden brachte. Hendrich meint, wir dürften nur dann das Budget nicht bewilligen, wenn Ausnahmefälle besäßen, also nur, wenn man uns mit der Hundesteuer kommt, sollen wir nicht bewilligen! Ich muß sagen, die badische Regierung hat da mehr Charakter gezeigt, als der budgetbewilligende Genosse. Im Jahre 1897 hat der Minister Eisenlocher gesagt, die Regierung bekämpfe die Socialdemokratie prinzipiell. Unter dem frischen Eindruck dieser Erklärung unterblieb die Budgetbewilligung; aber schon 1898 bewilligten die Genossen und 1899 kommt der Genosse Hendrich und macht ein System aus der Sache. Daß Ausnahmefälle vorkommen können, wo das Budget einmal bewilligt werden kann, geben wir zu. Solche Fälle hat auch Webel in seiner Resolution über die Budgetfrage berücksichtigt. Wohin es führt, wenn man sich mit dem Kapitalismus abzufinden sucht, das zeigt doch der Orden, der Millerand nun doch schließlich an den Hals geflohen ist, das zeigt uns die Entwicklung der englischen Fabrik, die jetzt für den Imperialismus sind. Das ist die Politik des Transvaalkrieges. Für das Finanzrecht kleiner Reformen können wir nicht das Erstgeburtrecht der Demokratie verkaufen. Wir wollen die Wähler nicht einsaugen, sondern mit offenem Rißer kämpfen.

Hendrich: Die badische Budgetbewilligung ist von der Fraktion einstimmig beschlossen worden. Liebnecht hat früher in Sachen für das Budget gestimmt. Früher war Webel gegen jede Ausnahme, jetzt ist er entgegengesommen. Wir können für seine Resolution mit dem Amendement Vaudert stimmen, es ist keine prinzipielle, sondern eine tatsächliche Frage. Wir müssen uns den eigentümlichen Verhältnissen in den Einzeländern anpassen und nicht zu viel Zeit mit akademischen Erörterungen verlieren.

Webel: Die beiden ersten Sätze meiner Resolution legen das Prinzip fest, aber ich kam zu der Ueberzeugung, daß es Ausnahmefälle geben könne. Erstens so, wie es in Hessen war, zweitens so, wie es in Gotha werden kann, wenn wir dort die Mehrheit haben, wir würden dann von unsren Genossen verlangen, daß sie das Budget nach ihrer Auffassung formulieren, und daß sie dann dafür stimmen müssen, ist selbstverständlich. (Weiterkeit.) Unsere Genossen sind übrigens dort in der glücklichen Lage, daß die Civilisten nicht im Budget enthalten ist. Gerade unsere badischen Genossen aber hatten die ausflagelgebendsten Gründe, gegen das Budget zu stimmen. Die badische Regierung bekämpft entschieden die Verbesserung des Wahlrechts. Sie verbietet Gedächtnisfeiern zum 18. März, mir wurde eine Versammlung auf badischem Boden nicht nur untersagt, sondern bei ausgefallenem Vajonett wurden die Kriegsarbeiten verlesen. (Hört! hört! Ruf: damals!) Ja, aber der Geist ist derselbe geblieben. Hendrich schreibt in seiner Broschüre, schon auf Grund des Verfassungsgesetzes müßte man für das Budget stimmen. Da hört doch wirklich alles auf. (Sehr richtig!) Wir haben früher stets erklärt: Wir sind Republikaner und werden uns durch den Verfassungseid nicht als gebunden erachten. Die Reichsverfassung kennt keinen Verfassungseid und er wird heute niemals mehr gefordert, weil man seine Zwecklosigkeit eingesehen hat. Nicht einmal gegen das Kulturbudget haben die badischen Genossen den Mut gehabt zu stimmen, sondern sie haben sich der Stimme enthalten. (Hört! hört!) Die badische Regierung hat offiziell erklärt, für die Flottenvorlage und für die Umsturzvorlage gestimmt zu haben, und trotzdem bewilligen ihr Socialdemokraten das Budget. Hendrich sagt sogar: Wer gegen das Budget stimmt, treibt Blanquismus. (Hört! hört!) Ueber die einfachsten Forderungen der Partei legen sich die badischen Genossen hinweg, hat doch das offizielle Organ der badischen Partei verlangt, man solle die Ständereien der Frau Rosa Luxemburg von oben herunter verhindern. Das ist die Pressefreiheit in Baden! Ueberhaupt werden von den badischen Genossen die eigentümlichsten Sprünge gemacht. Hendrich sagt, wir müssen die Ideale in den Hintergrund stellen. (Hört! hört!) nicht einmal das Wünschenwerte, sondern das Mögliche erstreben. Das ist der Possibilismus in schlauester Form. Genosse Kolb hat gesagt, wir müßten in den nächsten zehn Jahren noch ganz andere Programmpunkte über Bord werfen, z. B. das Wahlrecht für Frauen. In einem Lande, wo Großherzog und Regierung sich stets in der schärfsten Weise gegen die Socialdemokraten gewandt haben, war es einfache Anstandsspflicht der Genossen, gegen das Budget zu stimmen. (Sehr richtig!), man sagt, was soll denn da aus dem Staat werden? Verbrennt Ihr Euch doch nicht darüber den Kopf, Ihr sechs, sieben Männlein. (Weiterkeit.) Da haben die Liberalen Badens in den vierziger Jahren sich viel männlicher gezeigt. Wenn jemand, wie Vaudert, von seiner Regierung so viel Prügel bekommt und ihr dann noch das Budget bewilligt, so ist das eine Charaktereigenschaft, die ich einfach nicht verstehe. (Lebhafter Beifall.)

Vaudert: Ich halte die Stellungnahme bei den einzelnen Positionen für viel wichtiger, als bei der Gesamtstimmung.

Mein Antrag läßt etwas mehr Spielraum wie die Resolution Webel, deshalb bitte ich Sie um seine Annahme.

Singer: Die Frage der Budgetbewilligung ist eine Frage des Vertrauens. Vertrauen aber haben wir zu keiner Regierung in Deutschland. Den ersten Sätzen der Resolution Webel stimme ich zu, dem letzten Absatz nicht, er öffnet allem Thür und Thor. Was sind zwingende Gründe, was besondere Gründe? Ich beantrage den letzten Satz der Resolution Webel zu streichen.

Reil: Wir wünschen eine Einheitslichkeit des Vorgehens und nicht, daß uns die Badenjer Knippel in den Weg werfen. Wir können den Regierungen kein Vertrauen entgegenbringen. Es sind Klassenregierungen.

Stollen spricht für die Resolution Webel, desgleichen Reich, der den Berlinerinnen jurist: Deshalb bewilligt ihr den Etat der Stadt Berlin mit dem Gehalt des Polizeipräsidenten und dem der schönen Achtgroßen-Jungen? (Ruf: Berlin hat keine Gesamtstimmung.)

Singer tritt für den Antrag Singer ein, während Joos - Gotha dem Antrag Webel zustimmt, weil für Gotha die Zustimmung offen gelassen werden muß.

Geck spricht gegen die Revisionsbestrebungen, deren Folge die Zustimmung der Badenjer zum Budget war. Schon die Apanage-Erhöhung hätte zur Ablehnung führen müssen.

Daberkamp: Wie kann man einer Regierung, die den Hummerzug mitgemacht hat, vertrauen?

David polemisiert gegen Geck. Eine Entwicklung ist bei Webel seit Frankfurt in der Beurteilung der Budget-Abstimmung zu konstatieren. Hoffentlich wird sie sich in einigen Jahren auch bei Singer zeigen, dessen Abstimmung im Stadtparlament für die Gesamtsteuerumme auch eine Art Budgetbewilligung ist.

Frau Jettin hält es für einen Wortschritt, ob man die Budgetbewilligung als prinzipielle oder tatsächliche Frage betrachte. Die Taktik wird durch das Prinzip bedingt. Wir müssen das Budget ablehnen, denn es ist ein Spiegelbild der kapitalistischen Kultur, die die Unkultur, Knechtung und Fesselung der Massen bedeutet. (Lebhafter Beifall.)

Schwart protestiert gegen die Angriffe Webels auf die badischen Abgeordneten und polemisiert gegen Geck. In den Zuständen in Baden ist nicht die Versteinerei schuld, sondern der persönliche Straßfuß, an dem Geck mit Schuld trägt.

Nachdem noch der medienburgische Hofgänger Siebeneicher, erster Landarbeiterdelegierter auf einem Parteitage, den Antrag 106 befürwortet, wird nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen und dem Schlußwort des Referenten, worin Wurm konstatiert, daß die Tätigkeit der Fraktion von keiner Seite getadelt und daß Angriffe auf die socialdemokratischen Stadtverordneten Berlins auf Unkenntnis der Bestimmungen beruhen, die Resolution Webel unter Ablehnung des Antrages Singer unverändert angenommen.

Der Antrag Vaudert findet nicht genügende Unterstützung. Die Resolution Luxemburg ist zurückgezogen. Antrag 106 wird der Fraktion zur Verächtlichung überwiesen.

Alle übrigen Anträge zur parlamentarischen Tätigkeit fanden nicht genügende Unterstützung.

Schluß 8 1/4 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Van-Anschläger haben, wie wir bereits gestern berichtet, den Streik nach fast sechswöchentlicher Dauer aufgehoben. Die Geschäftskonjunktur ist gegenwärtig keine besonders günstige, und leider haben sich auch genügend „Arbeitswillige“ gefunden, die den in Betracht kommenden Unternehmern wenigstens die notwendigsten Arbeiten fertig stellen können. Trotzdem, daß schon 268 Anschläger zu den geforderten Bedingungen arbeiten, sind doch noch ca. 170 Arbeitslose vorhanden. Die Innung hat wieder die von der Lohnkommission angeregten Verhandlungen abgelehnt, doch wird erwartet, daß sie nunmehr zu Verhandlungen bereit ist, zumal die Unternehmer ja auch alle Ursache haben, einen dauernden Frieden mit den Anschlägern zu ermöglichen. Neben der Regulierung des Lohns wird es sich auch in Zukunft namentlich um den Arbeitsnachweis handeln. Während die Anschläger ihren bisher gut funktionierenden Nachweis aufrecht erhalten wollen, verlangt die Innung, daß nun der von ihr eingerichtete Nachweis maßgebend sein soll. Vom Kurator des Central-Arbeitsnachweises ist der Innung allerdings der Vorschlag gemacht worden, in die Verwaltung zwei Anschläger aufzunehmen und auch einen von den Anschlägern gewählten Arbeitsvermittler zuzulassen. Wahrscheinlich wird die Innung diesem Vorschlag zustimmen, und es kommt dann darauf an, wie sich die Anschläger, die sich bisher dem paritätischen Arbeitsnachweis gegenüber sehr ablehnend verhalten haben, dazu stellen.

Die Lohnkommission der Barbier in Nitzdorf giebt bekannt, daß folgende Barbiergeschäfte gesperrt sind: Pawelch, Herrmannsplatz 4; Ruchat, Berlinerstr. 79; Schäfer, Steinmühlstr. 119; Grodenwald, Wilmannsstr. 48; Knöfler, Hobrechtstr. 8; Trenner, Herfurthstr. 34; Schneider, Friedelstr. 2; Sowinski, Prinz Handjerystraße 6; Cielesch, Jägerstr. 2; Kaffka, Erstr. 5.

Deutsches Reich.

Achtung, Steinseher! In Langenfelde sind im Betriebe des Steiniege-meisters Bartel aus Gotha Differenzen ausgebrochen. Herr Bartel beabsichtigte eine Herabsetzung des Stundenlohnes von 60 auf 50 Pf. vorzunehmen. Zugig ist ferngehalten.

Zur Kennzeichnung der Arbeitswilligen. Als im Mai d. J. auf der Grube „Archibald“ bei Halberstadt ein Streik ausbrach, legte auch der Bergmann Jordan die Arbeit nieder, kehrte aber bald darauf als Streikbrecher zurück. Als ihn der Obersteiger fragte, weshalb er denn die Arbeit niedergelegt habe, sagte Jordan in Gegenwart eines Gendarmen, das sei nur deshalb geschehen, weil ihn drei Kameraden, die er mit Namen bezeichnete, mit Schlägen bedroht hätten. Der Angeber verlangte auch ausdrücklich, daß die von ihm bezeichneten drei Vergleute bestraft würden. Natürlich wurden diese denn auch angeklagt. Vor Gericht stellte sich aber heraus, daß die Behauptungen Jordans von A bis Z erlogen waren und er wurde deshalb zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Nicht immer sind die Angaben der für den Staat so „nützlichen Elemente“ so plump erfunden, wie in diesem Falle, und oft mühten streikende Arbeiter wegen an sich geringfügiger Ausschreitungen, die aber von Arbeitswilligen stark übertrieben wurden, ins Gefängnis zu wandern.

Ein Lehrlingsstreik, der vom Gewerbegericht als berechtigt anerkannt ist, gehört jedenfalls zu den seltensten Erscheinungen auf gewerkschaftlichem Gebiet. Der für die gerichtliche Beurteilung der Lehrlingsausbeutung sehr interessante Fall wurde kürzlich vor dem Breslauer Gewerbegericht verhandelt. Er liegt folgendermaßen: In der Maschinenfabrik von A. Schäfer sind 10 Lehrlinge beschäftigt, die auf Anordnung des Werkmeisters einige Wochen hindurch Ueberstunden zu machen hatten. Für 20 in einer Woche geleistete Ueberstunden wurden den jungen Leuten ganze 75 Pf. als Entschädigung gezahlt. Das war ihnen denn doch zu wenig, und sie verließen am nächsten Tage auf Verabredung zur regelmäßigen Feierabendstunde die Werkstatt. Als sie am folgenden Morgen wieder zur Arbeit erschienen, wies sie der Werkmeister zurück. Sieben Lehrlinge wurden später wieder eingestellt, bezüglich der übrigen drei, die die „Kadelführer“ gewesen sein sollen, blieb es bei der Entlassung. Der Vater des einen der Entlassenen klagte gegen die Erfüllung der aus dem Lehrvertrage resultierenden Pflichten.

Die Beklagte weigerte sich dessen, mit der Begründung, der Lehrling habe beharrlich die Arbeit verweigert und dadurch den Vertrag gebrochen. Das Gewerbegericht billigte die Handlungsweise der Lehrlinge, indem es sich auf den Standpunkt stellte: Junge Leute bis in die Nacht hinein arbeiten zu lassen, sei gar nicht zulässig; bei der jetzigen großen Arbeitslosigkeit sei es durchaus ungebührig, Lehrlinge in der geschilderten Weise auszunutzen. Von einer beharrlichen Weigerung kann nicht die Rede sein, denn die Lehrlinge sind andern Tages wieder zur Arbeit gekommen. Ihre Absicht war es nicht, damit aufzuhören, sondern nur der Ueberbeurteilung zu entgehen.

Die Verhandlung endete mit einem den Kläger befriedigenden Vergleich. Andersfalls wäre es wahrscheinlich zu einer Verurteilung der lehrlingsausbeutenden Firma gekommen.

„Glück auf“, das Organ des Centralvereins der deutschen Former und Berufsgenossen, stellt mit der heute erschienenen Nummer sein Erscheinen ein, da der Centralverein bekanntlich am 1. Oktober in den deutschen Metallarbeiter-Verband übertritt.

Ausland.

Bei dem Bergarbeiterstreik in Seraing (Belgien) ist es, wie wir bereits mitteilten, zu Ausschreitungen auf dem Bahnhof von Gemeppe gekommen. Diese Vorworte sucht die belgische Sozialistenpresse gegen die Streikenden, beziehungsweise die Socialisten auszunutzen. Auch die deutschen Unternehmerorgane werden sich voraussichtlich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, um in bekannter Manier gegen die Arbeiter zu hetzen. Es sei deshalb festgestellt, daß allerdings Streikende an den Waggons auf dem Bahnhof beteiligt waren. Es ist auch geschossen worden; nicht aber der Unternehmer, sondern zwei Arbeiter sind verwundet, davon der eine schwer. Diese beiden und verschiedene andre Arbeiter sind verhaftet; die Unternehmer, die ebenfalls geschossen, ohne sich direkt in der Kottwehr befunden zu haben, sind auf freiem Fuße. Das wichtigste aber ist, daß die Streikenden in einer Versammlung die Gewaltthätigkeiten einiger der ihren (nämlich verurteilt und beschossen haben, an die Teilnehmer der Ausschreitungen keine Streikunterstützung zu zahlen. Auch sind in der Umgegend von Marihage Plünderungen der Felder (Kartoffelfelder) usw. vorgekommen; ob daran Streikende beteiligt gewesen sind, ist noch nicht erwiesen. Die Streikenden jedoch haben auch hier beschossen, den Plünderern, falls es Streikende sind, Streikunterstützung nicht zu gewähren. — Nach dieser Haltung dürfte es schwer fallen, die Gesamtheit der Streikenden für die Ausschreitungen einzelner verantwortlich zu machen.

Ein „Herold-Telegramm“ meldet unter dem 27. September aus Herzel, daß die dortigen Grubenarbeiter beschlossen haben, sich dem Ausstand der Grubenarbeiter von Seraing anzuschließen, falls diese bis nächsten Dienstag ihre Forderungen nicht bewilligt erhalten hätten.

Der Streik der Fischer von Grimshy (England) dauert fort. Die Unternehmer lehnen die Forderung der Arbeiter, die Streitfrage einem Schiedsgericht zu überweisen, rundweg ab. Die Unternehmer drohen, falls die Fischer ihre Bedingungen nicht annehmen, ausländische Arbeitskräfte einzuführen. Unter den Arbeitern herrscht große Erbitterung. Sollten die Unternehmer ihre Drohung, fremde Arbeiter anzuwerben, wahr machen, so sind weitere Tumulte zu befürchten.

In Cerignola (Italien) ist es zu Bauernaufständen gekommen, weil die Unternehmer den unorganisierten Landarbeitern, welche Streikbruch verübt hatten, bei der Weimiese größere Vorteile gewährten. Es ist zu einem blutigen Zusammenstoß mit den Bauern gekommen, wobei 10 Arbeiter verwundet wurden.

Versammlungen.

Der Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend hielt am Sonntag, den 22. September, in der Brauerei Friedrichshain eine Auswahlsitzung ab. — Zur Aufnahme in den Bund hatten sich die Vereine „Geselligkeit“ (Hennigsdorf), „Liedelust“ (Berlin) und „Gummelndorf“ (Ludensweiler) gemeldet; sie wurden, da nichts gegen dieselben einzuwenden war, als dem Verbande zugehörig erklärt. — Der Sängerbund, welcher sich seit dem 22. Juli gebildet hat, um die Weimieserischen Lieder zum Stiftungsfest im Dezember aufzuführen, ist jetzt ein vollständig genügender Chor, und wird sich keine Mühe ersparen regelmäßig zu üben, um was ordentliches zu Gehör zu bringen. — Vom Liede „Empor zum Licht“, von Uthmann, die andre Komposition von Weimieser anzuschaffen, wurde abgelehnt, da es nicht angängig ist, von einem Liede zwei verschiedene Melodien zu erlernen. — Ein Antrag, den Glasarbeitern 200 Mark zu überweisen, wurde angenommen.

Der Boeren-Krieg.

Die Demission Kitcheners

wird wieder einmal als bevorstehend gemeldet. Der „Daily News“ zufolge geht das Gerücht, Lord Kitchener habe infolge von Meinungsverschiedenheiten mit dem Kriegsminister Brodrick den Oberbefehl in Südafrika niedergelegt und das Ersuchen der Regierung denselben beizubehalten, abgelehnt. Das Blatt bemerkt hierzu, es könne das Gerücht nicht bestätigen, doch sei es ziemlich sicher, daß zwischen Kitchener und der Regierung Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten.

London, 27. Septbr. (B. L. W.) Das „Reuter'sche Bureau“ erfährt, daß die heute von dem „Daily News“ verbreitete Meldung über die angebliche Demission Lord Kitcheners vollständig unbegründet ist.

Schwerer Bahnmisfall.

Ein Telegramm des „Standard“ aus Durban bestätigt die Meldung von dem am 23. d. M. bei Standerton erfolgten Bahnmisfall. Das Unglück war durch eine verdozene Schiene herbeigeführt worden. Der Zug führte Garde-Dragonen mit sich, von denen 6 getötet und 36 verwundet wurden.

Haag, 27. Sept. Die Voerengesandten Fisher, Bessels und Wolmarans begaben sich, wie verlautet, in den nächsten Tagen in besondrer Mission Krüger nach Washington zum Präsidenten Roosevelt.

London, 27. Sept. Nach einer Meldung aus Dordrecht fand gestern zwischen den Truppen des Obersten Dalgalin und den Boeren ein Gefecht statt. Die Boeren wurden nach Norden gedrängt.

Aus Standerton wird gemeldet, General Botha scheine sich von der Grenze Natal zurückzuziehen, um nach Ermelo zurückzulehren.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Großfeuer.

Breslau, 27. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Eine furchtbare Feuerbrunst zerbröckelte die galizische Grenzstadt Balin vollständig. 310 Gebäude sind niedergebrannt.

Slogon, 27. September. (B. L. W.) Die der Niederschlesische Anzeiger“ meldet, wäret auf den vor dem Freizeithaus am Bahnhof gelegenen Holzhöfen seit dem frühen Nachmittag eine große Feuerbrunst. Um 4 Uhr standen bereits drei große Holzhöfe sowie der Lagerhof einer Expeditionsfirma in Flammen. Das Feuer dröchte auf die übrigen Holzhöfe überzugreifen. Die außerordentliche Hitze, welche das brennende Holz verbreitet, macht ein Herankommen an die Brandstätte fast unmöglich. In den Löscharbeiten nehmen auch Truppen der hiesigen Garnison teil.

London, 27. September. (B. L. W.) „Daily Express“ meldet, ein Ausfluß, bestehend aus 17 Vertretern der russischen Landwirtschaft und Industrie, befindet sich augenblicklich in London, um Mittel und Wege ausfindig zu machen zur Erweiterung der russisch-englischen Handelsbeziehungen. Der russische Vorschlagskatalog ist dem Ausfluß bei seinen Arbeiten beifällig.

**Parteitag
der deutschen Socialdemokratie.**

Lübeck, den 27. September.

Vormittags-Sitzung.

9 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.
Vom Generalkrat der vereinigten revolutionären socialistischen Arbeiterparteien Frankreichs ist ein Begrüßungstelegramm eingelaufen.

Die Genossen aus Stollberg-Land teilen mit, daß bei den Landtagswahlen in der dritten Abteilung für uns 4475 Stimmen, für die Gegner 1525 Stimmen abgegeben worden sind. (Bravo!)

Aus Reuich j. L. wird telegraphisch gemeldet, daß wir bei den Landtagswahlen in 15 Wahlkreisen, in denen wir bisher zwei Mandate hatten, zwei Siege errungen haben und in drei ausfallenden Stichwahlen siegen. (Bravo!)

Vom Genossen Morawski in Berlin ist die Mitteilung eingegangen, wonach die Ansicht Pfannkuchs, daß man sich mit dem Genossen Dulon in deutscher Sprache vollkommen verständigen könne, irrtümlich sei. (Weiterkeit.)

Von dem Genossen Dreher in Kassel ist eine Beschwerde über Nichtaufnahme einer Gewerkschafts-Annonce eingelaufen. Die Beschwerde wird der Reuierkommission überwiesen.

Vom Genossen Parvus ist ein Telegramm eingelaufen, worin er mitteilt, daß es auf einer vollständig falschen Auffassung des Genossen David beruht, wenn er verlangt, Parvus habe einer Gewerkschaft den Rat gegeben, ihre Gelder flüssig zu machen für die bevorstehende Revolution.

Edmund Fischer erklärt im Anschluß an dieses Telegramm: Ich hatte neulich nicht gehört, daß David sich bei seiner Mitteilung über Parvus auf mich berufen hat. Thatsächlich hat David meine Worte falsch aufgefaßt und falsch wiedergegeben. Ich habe niemals gesagt, Parvus habe eine Gewerkschaft aufgefordert, Geld flüssig zu halten für die nahe bevorstehende Revolution. Das hat Parvus auch nie getan. Es handelte sich bei unserem Gespräch um einen Artikel von Parvus in der „Neuen Zeit“ aus dem Jahre 1895/96 und um das, was damals die bürgerliche Presse darüber geschrieben hatte, nämlich Parvus habe die Krankenkassen, Gewerkschaftskassen und Konsumvereinskassen als die Kriegskassen der sozialen Revolution bezeichnet und sie aufgefordert, recht viel Gelder zu sammeln, damit wir bei Ausbruch der sozialen Revolution eine Kriegskasse hätten. Das stand damals in der gesamten bürgerlichen Presse, und darüber haben wir uns unterhalten. David hat das irrtümlich aufgefaßt. Wahrscheinlich hat zu diesem Irrtum auch meine Äußerung beigetragen, Parvus habe noch 1895 geglaubt, daß der Kladderadatsch in 2 Jahren hereinbreche.

Dr. David-Mainz: Nach dem, was ich eben gehört habe, bin ich natürlich genötigt, meine Auffassung dementsprechend richtig zu stellen.

Singer: Es besteht der Wunsch, unsere Verhandlungen morgen abend zu schließen. Ich behalte mir mit Rücksicht darauf vor, Ihnen im Laufe der Debatte, je nach Lage der Dinge, den Vorschlag auf Abhaltung einer Abend Sitzung heute zu machen.

Der Parteitag tritt nunmehr in die Tagesordnung. Fortsetzung der Debatte über den

Hamburger Schiedsgericht.

Mit zur Debatte stehen die Anträge 27, 28, 29, 83 bis 89, 99, 102, 112, 113, 114, 116 und 117.

Die letztgenannte Resolution 117 lautet:
Der Parteitag erklärt: Der in Sachen der Hamburger Angelegenheit gefällte Schiedspruch wird aufgehoben und die Sache zu erneuter Verhandlung an die I. Instanz, die Hamburger Parteivereine, zurückverwiesen.

H. Kämpfer. E. Legien. C. Windhoff. Th. Bartels. A. v. Elm. S. Steinbach. S. Hüttmann. Adam Lang. S. Fischer-Lüdenscheid. R. Knierrum. Paul Müller. Bömelburg. Hoch. Emmel. Quard. A. Raith. Louise Hey. Max Hüttig. A. Walter. Louis Fiedler.

Ferner sind hierzu folgende beiden Resolutionen eingegangen:

1. Eine Resolution **Düvel-Offen**:
Der Parteitag verurteilt entschieden das Verhalten der Hamburger Accordmurer. Ferner bedauert der Parteitag, daß das Schiedsgericht unter Verächtlichung der gegebenen Verhältnisse nicht anders wie geschehen urteilen konnte. Den einzelnen Ortsorganisationen stellt es der Parteitag anheim, Genossen, welche durch ihr Verhalten das Interesse der Gesamtheit schädigen, auszuschließen.

2. Eine Resolution **Frau Jisch-Hamburg**:
Der Parteitag erkennt an, daß das Schiedsgericht und die Controleure in der Hamburger Streitfrage in der besten Absicht und Ueberzeugung gehandelt haben. Der Parteitag ist jedoch der Meinung, daß es besser gewesen wäre, wenn die Angelegenheit überhaupt nicht vor das Forum der Partei gebracht worden wäre, und hebt im Hinblick auf die schweren Gefahren, die der gesamten Arbeiterbewegung daraus erwachsen müßten, wenn Fälle wie der vorliegende sich zu Konfliktfällen innerhalb der Partei auswachsen würden, den Schiedspruch auf. Er überläßt die Antragung der Angelegenheit den Hamburger Lokalvereinen und spricht die Erwartung aus, daß die Sache damit von beiden Seiten als erledigt betrachtet wird.

Diese beiden Resolutionen finden nicht die geschäftsmäßig vorgeschriebene Unterstützung, kommen also nicht zu Verhandlung.

Schrader-Steinbach:

Wir alle verurteilen das Verhalten der Hamburger Accordmurer auf das entschiedenste, anders liegt die Frage des Ausschusses. Man ist mit zu viel Nervosität verfahren: es ist gewiß das gute Recht jedes Parteigenossen, das Urteil des Schiedsgerichts zu kritisieren, auch scharf zu kritisieren, es geht aber zu weit, den Mitgliedern desselben jedes Verständnis für die gewerkschaftliche Organisation, für den proletarischen Klassenkampf abzusprechen. Wir können uns als Partei unmöglich um Dummelap aller gewerkschaftlichen Differenzen hergeben. (Sehr richtig!) Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß konstatierte Legien, daß zwar die meisten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Socialdemokraten, aber die Gewerkschaften als solche nicht socialdemokratisch sind. Daher darf man die Gewerkschaften nicht als Werbeträger der Parteibewegung hinstellen und die Partei nicht zur Vollzieherin aller gewerkschaftlichen Wünsche machen. Es wird mit solchem Nachdruck der Organisationsbruch betont; ja, wie war es denn mit dem Austritt von Metallarbeitern aus dem Metallarbeiter-Verband, wie ist es mit den Buchdruckern, mit dem niederhessischen Arbeiterverband, der bei den letzten Gewerkschaftswahlen sogar mit den christlichen Gewerkschaften zusammenging gegen die vom Gewerkschaftsrat nominierten Kandidaten. Gewiß, wir bedauern diese Vorgänge, aber sollen wir alle diese Leute aus der Partei ausschließen? Elm sagt, wie anders war der Auer von vor 25 Jahren. Wer von Ihnen hat nicht in mandem seit 25 Jahren seine Ansicht geändert, wer hält noch jeden Ausschluß aufrecht, den er vor 25 Jahren gethan hat. In Auer ist wieder der Uebertrag, aber man darf ihm doch nicht das Verständnis für den proletarischen Klassenkampf absprechen; außerdem ist er doch auch sehr provokiert worden. Vor allem lehnen Sie die Bernsteinsche Resolution 102 ab; sonst würde geradezu eine Ausschließung erfolgen. (Zustimmung.)

Keil-Stuttgart begründet einen Schlußantrag.
Stößer-Hamburg spricht gegen den Schluß. Man hat gesagt, das in der Verhandlung vorgebrachte Material reiche nicht aus, um

zur Aufhebung des Schiedspruches zu führen. Wir Hamburger sind der Meinung, daß wir das Material beibringen werden.

Das Ergebnis der Abstimmung bleibt anfangs zweifelhaft; sie wird wiederholt und ergibt den Schluß der Debatte.

Das Schlußwort hat

Bömelburg:

Auer hat sich in seinem Korreferat mit der Sache selbst ja sehr wenig beschäftigt, in der Hauptsache die Personenfrage hervorgehoben; vorgestern abend hatte es ja den Anschein, als ob es ihm gelungen sei, den Parteitag von der Materie abzulenken und sein Interesse auf die Personen legen, Elm und Frau Steinbach zu konzentrieren. Der Eindruck seiner Rede war so stark, daß einige Parteigenossen ihre Unterschriften von der Resolution gegen den Schiedspruch zurückzogen. Diese Parteigenossen — ich glaube, es waren Körnerberger darunter — mache ich aufmerksam auf das Wort: „Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man muß sie hören alle beide (Zurufe: Sie hatten ja schon geredet!) — nein, über die Personenfrage nicht, und die persönlichen Bemerkungen ergaben ja auch sofort, daß Auer in einer Reihe von Punkten Sie falsch berichtet hat. Großes Gewicht führt er auf mit dem Brief Kobers. Ein Formfehler ist allerdings vorgekommen, aber — legen Sie das ja schon dargestellt — mit Entschiedenheit weise ich es zurück, daß wir als Organisation schon vorher den Ausschluß betrieben hätten.

Dann der Brief des Genossen Schnack. Ich bedaure, daß der Debattenabschluß Hüttmann verhindert hat, vor Ihnen nachzuweisen, daß die Angaben Schnacks der Wahrheit nicht entsprechen. Schnack hat die Unwahrheit angegeben, und damit fallen alle Schlußfolgerungen Auers. Die Schiedsrichter, die in Wandsbek wohnen, hätten nicht mit Schnack allein, sondern mit dem gesamten Vorstand der Zimmerorganisation verhandeln sollen, denn Schnack hatte ein Interesse daran, die Unwahrheit zu sagen. Die Thatsachen über den Baumgartener Bau stehen fest. Als unsere Mitglieder von dem Bau Baumgarten fort waren, ist dort in Accord gearbeitet worden und das haben die Accordmurer, deren Ausschluß wir beantragen, selbst in ihrer sogenannten Denkschrift dem Parteitag mitgeteilt. Unser Material, das wir dem Schiedsgericht unterbreitet haben, soll zu mangelhaft gewesen sein, und Auer hat damit eine große Wirkung auf dem Parteitag erzielt. Die Frage der Parteimitgliedschaft konnte zunächst unmöglich durch die Murer, sondern nur durch die Hamburger Parteigenossen erfolgen. (Sehr richtig!) Und seit wann ist es denn üblich, daß auf Grund schriftlichen Aktenmaterials verhandelt wird? Der Fall war dem Schiedsgericht mitgeteilt worden, und wenn die Aussagen der geladenen Personen nicht genügt, dann konnte das Schiedsgericht ja noch weitere Auskunftspersonen laden. Auf das allerentschiedenste aber weise ich es zurück, daß das Material ungenügend gewesen sei, denn wir haben einmündliches Verfahren. Die Stubbische Angelegenheit hat dieser ja schon klargelegt. Der Fall Dahl ist dem Schiedsgericht mündlich vorgebracht worden und es ist bezweifelnd, daß im Schiedsgericht nichts davon mitgeteilt worden ist. Auch Daase hat es gestern verkümmert, auf den Kern der Sache einzugehen: hatte der Maurerverband die Berechtigung und die Pflicht, die betroffenen Bauten zu sperren? Das kann niemand bestreiten. Wer soll es denn sonst thun. Dieser war es Tradition in der Arbeiterbewegung, die auf gesperrten Bauten arbeitenden Personen als Streikbrecher zu betrachten. Und so war es hier. Aber noch weiter; ich frage jetzt speziell den Genossen Auer: Wie hätte das Schiedsgericht entschieden, wenn es sich nicht um Accordarbeit, sondern um Ueberbreitung der Arbeitszeit gehandelt hätte? Wie kommt das Schiedsgericht dazu, die Frage der Accordarbeit einfach aus unserem gewerkschaftlichen Programm zu streichen? Für uns handelt es sich hierbei auch um eine Frage der Lohn- und Arbeitsbedingungen. So lange mir nicht der Beweis geliefert wird, daß wir kein Recht hatten, die Sperre zu verhängen, und daß das Schiedsgericht recht hatte, diese Korrektur in unserem Programm vorzunehmen, so lange behaupte ich, es liegt Streikbruch vor und uns ist Unrecht geschehen.

Kun muß ich aber auf eine Ausführung Auers kommen, die auf das allerhöchste zurückgewiesen werden muß, wenn die Arbeiterorganisation nicht für immer auf das äußerste geschädigt werden soll. Auer kam in seinen Ausführungen zuletzt zu einer glänzenden Verteidigung des Organisationsbruchs. (Sehr wahr!) Er sagte: Gewiß, ihr könnt sie ausschließen, aber beschwert euch nachher nicht, wenn sie eine Sonderorganisation gründen. Nun, das Vereinsrecht wollen wir niemandem nehmen. Die Agrarier können sich organisieren, um das Soll zu kröpfen, die Kohlenbarone können es, warum sollen sich nicht auch ausgeschlossene Streikbrecher organisieren dürfen? Aber eine andere Frage ist, ob wir solche Organisationen als Organisation in unserem Sinne anerkennen. Das thun wir nicht, und ich bitte Auer dringend, im Interesse der Arbeiterbewegung sein Wort zurückzunehmen; sonst könnten sich später Gegner darauf berufen. Das Beispiel von Schrader ist auch nicht zutreffend, die Arbeiterbewegung und auch die Gewerkschaftsbewegung ist aufgebaut auf demokratischem Princip, und Organisationen, die nicht auf dem demokratischen Princip gegründet sind, haben auch kein Recht, Sperren zu verhängen. Wer sich an Beschlüsse solcher Organisationen nicht kehrt, begeht in unren Augen keinen Organisationsbruch. Eine derartige Äußerung zeigt mir aber, auf welche Unerfahrenheit in Organisationsfragen man selbst bei führenden Genossen stoßen kann.

Die Auerische Rede machte auf mich den Eindruck, als wenn er, weil es an Gründen fehlt, die Sache auf das persönliche Gebiet bringen wollte. Ich habe das Persönliche ganz fortgelassen; und Auer war noch vorher zu mir gekommen und hatte mir gesagt: „nicht wahr, Bömelburg, wir machen es aber nicht so, wie es soeben in der Preß-Debatte gewesen ist?“ Und nachher hat er es doch so gemacht. Ich weiß nicht, was Auer mit Legien, Elm und Frau Steinbach abzurechnen hat; hatte er aber dieses Bedürfnis, sich auf dem Parteitage mit der Gewerkschaftsfrage zu befassen, dann hätte er fordern müssen, daß das als gesondeter Punkt auf die Tagesordnung gestellt wird, dann hätte er seinen Herzen Luft machen können. Hier aber war das nicht am Platz, und ich habe das Gefühl, daß man sich in Personenfragen von Vorurteilen leiten läßt. Mir ist es wenigstens nicht bekannt, daß bei uns Bestrebungen vorhanden sind, wie die, die Verhörer leider vertritt, Bestrebungen, die schließlich ein Zusammengehen der beiden Bewegungen nicht mehr möglich machen. (Beifall, Rollenbruch u. a. vertreten stark den Neutralitätsstandpunkt; ich glaube, daß diejenigen, die so sehr für Neutralität schwärmen, in den nächsten Jahren der Krise wohl eines andern belehrt werden. Aber die Frage lassen wir lieber heraus. Und es wäre gut, wenn wir uns daran gewöhnten, nicht aus jedem kleinen Vorkommnis eine Haupt- und Staatsaktion zu machen. (Sehr gut!) Gewerkschafts- und politische Bewegung müssen sich notwendig ergänzen. Die eine ist ohne die andre nichts. (Lebhafte Zustimmung.) Das beste ist, wenn wir uns verständigen. Leider aber ist es so gekommen, daß Auer ins Persönliche gegangen ist. Wenn wir ihn mit gleicher Münze hätten bezahlen wollen, so hätten wir mehrere Tage damit zubringen können. Kann man sich darüber wundern, wenn nach solchen Angriffen nun wieder die Gewerkschaftsblätter und Gewerkschaftskongresse kommen und darauf erwidern? (Sehr richtig!) Geschieht das aber, dann meint man wieder, sie wollen die Partei schädigen und untergraben. Ich kann Auer nicht verbieten, in seinem Schlußwort genau so zu operieren, wie im Korreferat. Im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung aber würde es liegen, wenn er von dieser Methode ablassen wollte! (Bravo!)

Es ist ein Amendement eingegangen, wonach der Antrag 116 (Starnig und Genossen) dem Antrag 117 als Absatz 1 vorangestellt werden soll.

Das Schlußwort zu seinem Korreferat erhält

Auer:

Den guten Rat Bömelburgs, den persönlichen Teil auszuschließen, werde ich befolgen, ich hatte mir das sowieso vorgenommen. Glauben

Sie doch nicht, daß mir solche Auseinandersetzungen ein Vergnügen machen! Wenn ich sie trotzdem herbeigeführt habe, so weil ich es im Interesse der Sache für nötig hielt. Ob ich vielleicht zu scharf gewesen bin, darüber kann man verschiedener Meinung sein, aber ich hielt es nötig, alle die Fragen, die ich angeschnitten habe, vorzubringen, und ich hoffe, die Debatte wird sich für die Zukunft als lehrreich erweisen. Die ganze Erörterung hat auf mich einen deprimierenden Eindruck gemacht, sie hat gezeigt, wie schwer es ist, sich über einmal vorhandene Vorurteile hinwegzusetzen.

Was ist denn schließlich die Quintessenz der ganzen Meinungsverschiedenheiten: Nicht über den Streikbruch, Organisationsbruch, Disziplinbruch geht der Streit; über diese Dinge sind wir alle vollständig einig, ebenso über die Frage der Accordarbeit. Der Streit, der nach meiner Ueberzeugung nicht zu beseitigen ist, ist, ob im gegebenen Fall Streikbruch, Organisationsbruch vorliegt. Waren wir der Meinung, daß wir es in diesem Falle mit Streikbrechern zu thun haben, dann hätten wir sie ausgeschlossen. Wir sind aber zu einer entgegengesetzten Meinung gekommen. Wir haben auf Grund sorgfältiger Prüfung des Materials die Ueberzeugung bekommen, daß bei aller Verurteilung des Verhaltens der Accordmurer, ein Streikbruch, eine ehrlöse Handlung nicht vorliegt. Ich verstehe den Standpunkt der Murer, aber der giebt doch nicht das Recht, den Schiedsrichtern, die nach bestem Wissen und Gewissen entschieden haben, mit allen Mitteln der Presse und der mündlichen Agitation, nicht etwa nachzuweisen, daß sie sich geirrt haben, sondern die politische und gewerkschaftliche Ehrenhaftigkeit der Betreffenden zu diskreditieren. Es war mir ungemein interessant, daß v. Elm, der sich so bitter über meine persönlichen Bemerkungen beschwerte, kurzer Hand mit der ihm eigenen Nonchalance erklärte, mir sei das Klassenbewußtsein abhanden gekommen. Beurteile ich von Elm richtig, so habe ich nie Klassenbewußtsein gehabt, und was man nicht gehabt hat, das kann einem auch nicht abhanden kommen. Genossen, giebt es wirklich einen schwereren Vorwurf gegen einen Mann, der seit 1874 in der Partei steht und stets auch unter dem Socialistengesetz — wo ich zwar nicht ins Ausland gegangen bin — seine volle Pflicht und Schuldigkeit gethan hat? Einen Mann, der so lange durch das Vertrauen der Parteigenossen nach mancher Mäßigung in eine Stellung gehoben wurde, wo es galt, hohe Interessen wahrzunehmen, einem solchen Mann schlanker Hand ins Gesicht zu sagen, ihm sei das Klassenbewußtsein abhanden gekommen — ja, Genossen, giebt es einen schwereren, einen verletzenderen Vorwurf, als wie ihn v. Elm erhoben hat, in demselben Atemzuge fast, möchte ich sagen, in dem er sich darüber beschwerte, daß ich ihm persönlich nahe getreten bin? Ich will mich auf dieses Kapitel weiter nicht einlassen; ich will nicht in der Rolle erscheinen, in der ich dem Genossen v. Elm erscheine, als der Hypocriten des Parteitage, ich möchte diese unendlich wiederholte Einschätzung des Parteitage durch Elm (Sehr richtig!) nicht unersetzlich; aber ich meine, wenn man sich so sehr über persönliche Angriffe und Kränkungen beschwert, dann soll man nicht in denselben Augenblick in denselben Fehler verfallen. Mag sein, daß, als das Klassenbewußtsein verteilt worden ist, ich in die Rolle des armen Poeten gekommen bin, der zu spät kam, es kann aber auch sein, daß Genosse v. Elm zweimal zugewinkt hat, daß für mich nichts übrig blieb. (Weiterkeit.) Damit will ich diese Sache verlassen.

Wir können uns nicht verständigen. Aber die Diskussion hat doch gezeigt, daß, wer ruhig, nüchtern, mit Gründen der Vernunft, der läßt sich nicht anders beurteilen bei der gegebenen Rechtslage; man muß es bedauern, daß kein Mittel vorhanden ist, den Gefühlen mehr Rechnung zu tragen, aber es läßt sich nicht anders machen. Wir können hier keine Gefühlspolitik treiben. Ich gebe zu, wenn ich der ichsane Auer wäre, für den man mich hinstellen beliebt, dann hätte ich ja sagen können: Die Accordmurer sind ein paar hundert, eine verschwindende Minorität gegen den großen Maurerverband. Ich möchte mir sagen, daß meine Person allein schon manche Gewerkschaften mit Vorurteil erfüllt. Ich hätte mir sagen können, hier sind nur ein paar hundert, warum löst Du dem großen Verband nicht dienwillig sein. Das wird Dir schon nügen. Ich hätte Recht Recht sein lassen und einstimmen können in das Geschrei von Streikbruch, Organisationsbruch usw. Schöne Redensarten kann ich auch anwenden. Und ich gebe zu, es giebt Momente, wo man begeistern, anregen muß, wo die großen Worte am Platze sind. Hier aber handelt es sich darum Recht zu sprechen (sehr gut!), nicht irgend einer populären Strömung Rechnung zu tragen (sehr gut!) und mit ihr zu schwimmen. Hier mußte man den Mut der Ueberzeugung haben und dem Rechte zur Seite stehen. Augenehm ist die Sache gewiß nicht, nach alledem, was vorausgegangen ist. Es ist aber eine andre Sache, eine Volksversammlung zu begeistern oder Recht zu sprechen.

Die Begeisterungsdränge, die Leidenschaften gehen darüber. Wenn jemand nach fünf Jahren den Schiedspruch liest, er wird Sie nicht verstehen! Er wird sich sagen: Ja, wenn man bellert, dann kann man nicht klar und nüchtern urteilen. Ungeheuerlich ist es, uns, die wir doch ausdrücklich gesagt haben, Streikbruch sei ein Grund zum Ausschluß, vorzumischen, wir hätten den Streikbruch verteidigt. Die vollendeten Ausführungen, die Haase gestern darüber gemacht hat, sollten Sie doch beherzigen. Wir haben auf entschiedenste getadelt, daß die Accordmurer sich nicht gebeugt haben, wir haben alle anliegenden Momente erwogen, aber wir mußten doch auch die entschuldigenden Gründe hören, wir mußten suchen, ob ehrlöse Motive vorliegen, die den Ausschluß begründen. Haben wir uns etwa die Motive der Accordmurer zu eigen gemacht? Nein, wohl aber haben wir die mildernden Umstände berücksichtigt und nach eingehender Untersuchung gesagt: Die Angeklagten befanden sich von ihrem Standpunkt aus — nicht von unserem Standpunkte aus — in der Rothweil. Bömelburg sagt: Wir machen unsere Befehle selbst. Gewiß Bömelburg, das bestreite ich nicht. Sie sind souverän in Ihrem Verband, Sie können für Ihre Mitglieder beschließen, was Sie wollen, und jeden Versuch, Ihre Aktionsfreiheit zu beeinträchtigen, werde ich mich jederzeit widersetzen, und wie ich glaube, mit Erfolg. Aber etwas ganz anderes ist es, wenn Sie verlangen, daß, weil Sie in Ihrem Verband beschließen können, was Sie wollen, wir nun das, was Sie uns präsentieren, einfach ohne jede weitere Prüfung, ohne jede Kritik zu acceptieren haben. Das müssen wir zurückweisen. Wir haben auch die Motive, die Stellung derer in Betracht zu ziehen, die von Ihrem Beschluß betroffen sind. Alle die Gründe, die Euch zu Eurem Beschluß geführt haben, prüfen wir nicht nach in Bezug auf Euch, sondern nur, wenn wir die Konsequenzen daraus für uns, für die Partei, zu ziehen haben.

Und dieses Recht der Nachprüfung, der selbständigen Beurteilung, kann sich die Partei nicht nehmen lassen für zu welchen ungeheuren Konsequenzen würde es führen, wenn die Partei das Recht der Nachprüfung aufgeben wollte! Zunächst ist doch die Partei eine selbständige Organisation. Nun sagt v. Elm, wenn eine Gewerkschaft Streikbruch konstatiert hat, so hat die Partei die Konsequenz daraus zu ziehen. Es ist ja bekannt, daß ich eine allein berechnete Organisationsform nicht anerkenne (dann, ich bin von jeder Centralist gewiesen, ich habe auch meiner Schwärme über die Leipziger Buchdrucker Angelegenheit das bekannte Dreckschwänzen angefügt: Fort mit allen Sonderbündeln!) Ich stehe nach wie vor auf dem Boden, daß die Zusammenfassung aller Angehörigen eines Berufs in eine einzige Organisation das geeignetste Mittel für die Gewerkschaften zur Erreichung ihres Zweckes ist. Ich bin ein alter Centralist, ich bin auch, um v. Elm zu beruhigen, ein alter Streikbrecher, ich habe gestreift zu einer Zeit, wo v. Elm, der ja jünger ist als ich, noch gar nicht in der Lage zu streiken war, weil er noch in keinem Arbeitsverhältnis stand. Inner und immer war ich Centralist. Aber mit dieser Ueberzeugung

find die tatsächlichen Verhältnisse doch nicht aus der Welt geschafft. Uebertragen Sie das Verhältnis, wie es in Hamburg herrscht, wo die Centralverbände so allmächtig sind, daß sie den Accordmauern die Presse sperren, einmal nach Berlin. Würden Sie das versuchen, nun, das würde die Partei in Berlin sprengen. (Sehr gut!) Konzeptionen in der Accordarbeit machen auch die Maurer. Ihre erste Abteilung in Berlin, die Payer, machen Accordarbeit. Wenn der Parteivorstand diese tatsächlichen Verhältnisse anerkennt, will er deshalb die Sonderorganisationsformen fördern? Wenn in einer Organisation zwei Alexander vorhanden sind, denen ihr Königreich zu eng ist, ja, das ist sehr unangenehm. Man sagt, der Parteivorstand sollte hineinsehen. Würde er das thun, nun, dann hätten Sie längst keinen Parteivorstand mehr. Dann wäre er längst abgesetzt, dann hätten Sie längst einen andern Parteivorstand gewählt — das wäre ja nicht das Schlimmste, aber Sie hätten eine solche Summe von Streiterei, Jänkerei, Differenzen, daß Sie die Partei, statt sie zu fördern, auf das allerentschiedenste schädigen würden. Mein Bestreben, auszugleichen, zu versöhnen, die Gegensätze zu überbrücken, daraus wird mir ein Hauptvorwurf in dem Centralblatt der General-Kommission gemacht. Da heißt es: in beiden Fällen zeigt sich eben dieselbe geistige Kraft — geistige Kraft bin ich — bemüht, Gegensätze in der Arbeiterbewegung zu überbrücken. Man kann nicht alle Gegensätze aus der Welt schaffen. Wer sich zwischen Streitereien von zwei andren mengt, bekommt Prügel, das weiß ich, und diese Prügel will ich gern auf mich nehmen. Und wenn Sie mir auf meinen Grabstein, den Sie mir doch zweifellos setzen werden, mit einer Inschrift (Heiterkeit!) — ich bitte da etwas freundlich zu sein (Heiterkeit!) — schreiben werden: „Auer's Bemühen und Bestreben ist es gewesen, Gegensätze, die in der Arbeiterbewegung sich geltend machten, auszugleichen, sie zu überbrücken“, so können sie mir ein schöneres Denkmal meiner Thätigkeit nicht setzen. (Sehr richtig!) Ja, wer auf dem Standpunkt steht, unter allen Umständen muß man seine Meinung durchsetzen, Terrorisieren und Diktatur üben, der wird anderer Meinung sein. Aber ich bin der Meinung, daß es eine der ersten Aufgaben des Parteivorstandes ist, eine Verständigung zu erzielen und die Gegensätze zu überbrücken. Die Lokalisierung der Gewerkschaftsbewegung in Berlin war eine Folge des Socialstengesezes. In demselben Berlin, das früher die Stätte der strengsten Centralisation war, bildeten sich zu der Zeit, wo Puttkamer in dem Glauben, damit dem fortschrittlichen Bürgertum einen Streich zu spielen, die Fäden des Socialstengesezes wieder etwas locker ließ und dadurch überhaupt wieder die Möglichkeit einer Gewerkschaftsbewegung bot, bildeten sich lokale Organisationen. Und später kamen dann auch die theoretischen Begründer der Notwendigkeit einer lokalen Form der Organisation. Ich erinnere mich noch sehr gut der Rederischen Thesen, daß nur die Lokalisation das einzig Richtige sei. Ich habe mich beim Lesen damals nur gewundert, daß das in Berlin möglich war, in Berlin, wo in den 70er Jahren ein Anhänger solcher Anschauungen beim Nachhausegehen in den Rinsstein gestochen wäre. (Heiterkeit!) Die Lokalistik waren unfeindlich in der großen Mehrheit, als wir, Weber, Fischer, Singer, Gerich, ich, alles stramme Centralisten, nach Berlin kamen. Was konnten wir thun? Wie vorsichtig hat der alte Schlanberger Gerich, der viel klüger ist, als manche von Ihnen vermuten, es unternommen, nach und nach, Schritt für Schritt die große Metallarbeiterbewegung mit dem Gedanken des Centralismus zu erfüllen und die Voreingenommenheit zu überwinden. Schon damals wurden wir von Hamburg aus angegriffen, weil wir nicht ein Nachwort sprachen, nachdem in Halle schon die Centralisation empfohlen worden sei. Mit seinem Sinnen und Trachten war der Vorstand bei der Centralisation. Aber es war ein Gebot der politischen Notwendigkeit, langsam und vorsichtig zu sein und die Dinge werden zu lassen. Und sind sie nicht geworden? Anfangs der 90er Jahre waren die Lokalistik in der Mehrheit. Durch verständige Einwirkung, durch die Presse und durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Grund- und Unterlage der Centralisationsbestrebungen, hat der Centralisationsgedanke auch in Berlin den Sieg davongetragen, nicht durch Gewaltthat und Unterdrückung, sondern durch die Idee, durch demokratische Einwirkung. Trotz dieser ganz gewaltigen Umwandlung, die doch auch Sie in Hamburg anerkennen sollten, bestehen heute noch lokale Organisationen und werden neue gegründet. Ich glaube, es gibt kaum einen Beruf, von dem sich nicht lokale Organisationen abgesplittert haben. So ist das bei den Tapezierern, bei den Metallarbeitern, bei den Maurern, ja die Zimmerer sollen sogar, wie mir berichtet wird, in ihrer Mehrheit Lokalistik sein. Es ist ja die Taktik der Lokalistik, um ihr Vorgehen auch moralisch zu rechtfertigen, sich als die besten Parteigenossen hinzustellen. Bei den Buchdruckern will das einem Verleger gegenüber natürlich nicht viel sagen. Aber können wir etwas dafür? Sollen wir etwa sagen: Ihre Lokalistik sind keine Parteigenossen? Sollen wir, weil sie nach Ihrer Auffassung Organisationsbruch begangen haben, etwa thöricht genug sein, daraus herzuleiten, die betreffenden Personen müssen aus der Partei ausgeschlossen werden? Wollten wir das thun, Parteigenossen, dann müßten wir befangen, kurzfristig sein, dann müßten wir nicht das große Ziel im Auge haben, die Zusammenfassung, die einheitliche Bewegung der gesamten Arbeiterklasse nach dem einen großen Ziele zu! Nicht bezwecken dürfen wir diese Sonderorganisationen, aber tolerieren müssen wir sie. Wer heute lokal organisiert ist, kann morgen Centralist sein. Vömelburg wird mir bekümmern, daß unter den besten Männern in seiner Organisation gar mancher ist, der seinen Durchgang über die Lokalorganisation genommen hat.

Wenn Sie selbst in Ihrer Centralorganisation die Schablonisierung nicht durchführen können, dann können Sie nicht von der Partei verlangen, daß sie die Leute nun auch ausschließt. Thun Sie in Ihrer Organisation, was Sie in Ihrem Interesse halten, die Partei als solche kann sich nicht hineinmischen. Im einzelnen Fall kann man ein Auge zudrücken. Dies ist der erste Fall, der zu unserer Entscheidung steht; aber wir haben nicht nur zu diesem einen Fall Stellung zu nehmen, nein, es stehen auch die Konsequenzen in Frage. Ich frage die Berliner, ob nicht auch in Berlin schon eine solche Strömung besteht; auch in Berlin war ich schon Teilnehmer einer Konferenz von Vertrauensmännern der Maurer in einer solchen Angelegenheit. Diese Strömung geht jetzt durch ganz Deutschland, sie wird Rode. Wir haben uns sehr wohl gefragt, welche Konsequenzen ein etwaiger Mißgriff nach sich ziehen würde. Heute sind es die Maurer, morgen eine andre Organisation. Wenn in der Weise verfahren werden soll, dann kommen wir, wie ganz richtig gesagt ist, zu einer Epidemie des Ausschusses aus der Partei, zu Streit, Jan und Birtwar, aus dem wir uns nicht mehr herausfinden. (Sehr richtig!) Hier darf nicht bloß das Gefühl, hier muß der nächste Verstand reden, wir müssen uns nach den Folgen fragen.

Und nun zum Schluß! Ich bin nicht der Streikführer, ich stelle im Kampf meinen Mann, aber mir ist es lieber, wenn ich in Ruhe leben kann. Ich will nicht in Ihren Augen als der Stärkerste dastehen, der vermöge seiner Begabung alle andern zu unterdrücken und zu terrorisieren strebt. Nichts liegt mir fernier.

Wir müssen zu einer Verständigung kommen. Eine Lösung der Frage finden wir nicht, denn jeder Fall liegt anders, und zu jedem Fall müssen wir besonders Stellung nehmen. Für den gegebenen Fall aber gibt es einen Ausweg, indem wir den lokalen Interessen Hamburgs so weit als möglich entgegenkommen und die Hamburger selbst mit der Aufgabe betrauen, Frieden und Ordnung unter sich herzustellen. Ich schlage Ihnen deshalb vor, die ersten drei Absätze der Resolution 114 anzunehmen, den vierten Absatz aber durch das vom Führer der Maurer eingebrachte Amendement 116 zu ersetzen und dann natürlich auch den fünften Absatz der Resolution 114 anzunehmen. Wenn Sie diesem Vorschlag folgen, so ist meiner inneren festen Ueberzeugung nach alles erreicht, was wir jetzt erreichen können. Wir lokalisieren den Streit, wir übertragen die Lösung und Weiterführung den Hamburgern und sprechen andererseits auch aus, daß nach Lage der Sache das Schiedsgericht nach seiner besten Ueberzeugung gehandelt hat und daß dasselbe kein Vorwurf trifft. Folgen Sie meinem Vorschlag und wir werden uns, wenn wir uns einander ergeben, sagen können: Wir haben uns wieder mal als vernünftige Männer ausgesprochen und verständigt. (Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Rudolph Körner erklärt persönlich gegenüber Vömelburg: Das Wort „eines Mannes Rede ist seines Mannes Rede“, trifft in Bezug auf die Zurückziehung meiner Unterschrift unter dem Antrag 118 nicht zu. Wir haben die Notifizierung gegeben. Nachdem Auer in seinem Korreferat Material bekannt gegeben hat, das uns bisher unbekannt war. Wir hatten nicht nur Auer, sondern auch Vömelburg gehört.

Dittweiß schließt sich dieser Erklärung an.

v. Elm erklärt persönlich gegenüber Auer: Ich habe Auer nicht die persönliche Ehrenhaftigkeit oder das Klassenbewußtsein abgesprochen. Ich habe gesagt, es sei lange her, daß er gestreift habe, er habe nicht mehr persönlich das Gefühl der Erbitterung dessen, der durch einen Streikführer herausgedrängt werde. Das heißt doch nicht das Klassenbewußtsein, die Lauterkeit der Gesinnung absprechen, ebensowenig liegt das in dem Dimens, daß der Auer von heute ein anderer ist, als der Auer von vor 25 Jahren. Auer fragt, ob es einen größeren Vorwurf geben könne, als den, den ich ihm gemacht habe. Nun, er hat mir vorgeworfen, ich verführe die Partei zu zerplättern; ich frage, kann es einen stärkeren Vorwurf geben? Auer hat dann behauptet, ich hätte den Satz aufgestellt, daß, wenn eine Gewerkschaft etwas beschlossen hat, dann die Partei unter allen Umständen das auszuführen müsse. Dafür ist er den Beweis schuldig geblieben; ich habe nur erklärt, daß von Fall zu Fall geurteilt werden müsse. Ich habe auch nicht verlangt, daß man ohne weiteres auch von seiten der Partei gegen jede Lokal- und Sonderorganisation vorgehen solle, sondern nur gegen solche Sonderorganisationen, welche gegründet sind, Tarife zu durchbrechen und Streikbruch zu begehen. Was Auer über Lokalisationen gesagt hat, hätte er sich vollkommen sparen können. Durch diese unrichtigen Darstellungen hat Auer wieder den Beweis geliefert, daß er den Parteitag hypnotisieren will.

Vömelburg (in persönlicher Bemerkung gegen Auer): Genosse Rudolph war nicht in der Lage, den Nachweis zu führen, daß Auer neues Material beigebracht habe. Alles neue bezog sich auf Punkte, die ich nicht berührt habe. Auer hat in seinem Schlusswort behauptet, daß es sich um Organisationsfragen im allgemeinen handle und daß meinerseits verlangt worden sei, daß die betreffenden Personen wegen Verletzung von Organisationsregeln ausgeschlossen werden sollen. Das habe ich nie gesagt. Von mir ist immer nur verlangt worden, sie wegen Streikbruchs auszuschließen. Was Auer über die Lage in Berlin gesagt hat, hat mit der Sache nichts zu thun. Es ist richtig, daß die Berliner Payer im Accord arbeiten, aber in unserm Organisationsstatut steht, daß die Verschlußfassung darüber den einzelnen Lokalarbeitern überlassen bleibt. Es wäre richtiger gewesen, wenn Auer das Referat gehabt hätte.

Singer: Das ist nicht mehr persönlich.

Frau Jekin bedauert im Namen der Controleure, daß sie durch den Schluß der Debatte verhindert worden sind, die Gründe zu entwickeln, die sie zu dem so heftig angegriffenen Urteilspruch geführt haben. — Wir hätten gern gesprochen, um dadurch zur Verständigung beizutragen.

Hiltmann-Hamburg bedauert in einer schriftlichen Erklärung, durch den Schluß der Debatte verhindert worden zu sein, den Fall Baumgarten aufzuklären.

Die beiden Münchener Delegierten **Rath** und **Kuterlem** bedauern schriftlich gleichfalls, verhindert worden zu sein, die Stimmung und die Gründe der süddeutschen Genossen für die Aufhebung des Schiedspruchs darzulegen.

Es folgt die **Abstimmung**.

Zunächst wird der Antrag 85, der die Aufhebung des Schiedspruchs und den Ausschluß der Accordmauer fordert, gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Der Abstimmung über den Antrag 117, die eine namentliche ist, geht eine Eventualabstimmung über den Antrag 118 voraus, der auch als Amendement zu 117 beantragt ist. Dieses Amendement wird angenommen.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf der so veränderte Antrag 117 mit 159 gegen 72 Stimmen abgelehnt.

Für den Antrag stimmen: Amend. Partels-Lübeck, Waerer, Bender, Bernstein, Blumhof, Vömelburg, Wann-Königsberg, Weccour, Deder, Deutsch, Eberle, Ebert, Efftinge, v. Elm, Emmel, Fischer-Lübemünde, Fiedler, Frank, Friedrich-Darmstadt, Freitag, Gemoll, Gogowski, Grömp, Grohe, Harz, Heer, Hoch, Hiltmann, Hurlig, Jakobson, Jule, Jäger, Joss, Jürs, Kähler, Mierim, Mohr, Rörten, Krause, Krohn, Kurze, Lang, Lehmann, Reihner, Willner-Hamburg, Müller-Stensburg, Reulder, Risch, Viktorius, Quard, Rath, Roedle, Rohkopf, Rudolph, Sachs, Seifert, Silberstein, Schmidt-Frankfurt a. M., Abweid sind die bei der vorigen Abstimmung als fehlend Genannten außer Gradnauer und Grünwald.

Der Beschluß des Parteitages lautet demnach folgendermaßen:

Der Parteitag als Vertreter der in der Socialdemokratie organisierten Klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft stimmt mit dem auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften, als den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, überein in der rückhaltlosen Verurteilung des Streikbruchs.

Der Parteitag erkennt auch an, daß die Gewerkschaften im Interesse ihrer Selbsterhaltung und der Erfüllung ihrer Aufgaben den Streikbruch mit aller Energie bekämpfen und abnden müssen, daß aber die Führung dieses Kampfes und die Wahl der Kampfmittel in erster Linie den Gewerkschaften überlassen bleiben muß.

Dagegen lehnt der Parteitag es ab, in jedem Streitfall zu den Beschläffen der Gewerkschaften über ihre Organisation und Taktik Stellung zu nehmen oder von solchen Beschläffen oder dem Verhalten der gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen dazu die Zugehörigkeit zur Gesamtpartei abhängig zu machen.

Der Parteitag spricht die Ueberzeugung aus, daß die schiedsrichterlichen Instanzen bei ihrem Votum sich von der ethischen Absicht leiten lassen, Recht zu finden und Recht zu sprechen. Es wird rückfichtlich der Reue des Falles anerkannt, daß diesen Instanzen aus ihrem Votum ein Vorwurf nicht zu machen ist.

Der Parteitag muß es den örtlichen Partei-Organisationen überlassen, zu entscheiden, mit welchen Mitteln sie den Centralverband der Maurer in seinem Vorgehen gegen die Hamburger Accordmauer unterstützen können, und namentlich in wie weit sie ein Zusammenarbeiten mit ihnen in ihren Partei-Organisationen für möglich halten.

Damit sind alle übrigen Anträge erledigt mit Ausnahme des Antrages 102 (Bernstein u. Gen.). Die Abstimmung über diesen Antrag bleibt zweifelhaft, die Auszählung ergibt keine Annahme mit 110 gegen 107 Stimmen. Das Resultat wird mit Beifall der Mehrheit angenommen. Dieser Beschluß lautet:

Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Respektierung der Beschläffe der Mehrheit durch die Minderheit gemäß den Grundgesetzen der Demokratie.

Wer der Partei oder seiner Berufsorganisation in einem von ihnen geführten Kampf durch Thaten entgegenwirkt oder Sonderbündel zur Führung solcher Gegenaktion betreibt, verstößt wider das vorerwähnte Lebensprincip der Arbeiterbewegung. Es sind

daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschließen, als sie in diesem Verhalten beharren.

Ueber die Wauter Angelegenheit berichtet

Wöhle-Strasbourg:

Die Wauter Partei-Organisation, deren Ausschluß einer Gruppe von Heinen Bauunternehmern ein Parteischiedsgericht aufgehoben hatte, hat gegen diesen Schiedspruch das Urteil des Parteitages angegriffen. Nach eingehender Untersuchung ist die Reimer-Kommission mit 8 gegen 1 Stimme zu der Ansicht gekommen, daß der Schiedspruch völlig gerecht war. Die Ansicht, daß socialdemokratische Unternehmer die Forderungen ihrer Arbeiter ohne weiteres zu bewilligen haben, kann nicht maßgebend sein. Nach Lage der Sache und nach objektiver Prüfung der Verhältnisse können wir nur beantragen, das Urteil des Schiedsgerichts zu bestätigen.

Frau Steinbach-Hamburg:

Als dasjenige Mitglied der Kommission, welches mit dem Beschluß nicht völlig einverstanden ist, habe ich zu erklären, daß ich das Verhalten der sich zu unserer Partei zählenden Unternehmergruppe ihren Arbeitern gegenüber unter keinen Umständen als gerechtfertigt anerkennen kann, wie wohl ich zugeben muß, daß das Vorgehen der Arbeiter in diesem Falle auch nach meiner Ueberzeugung taktisch nicht ganz richtig gewesen ist. Ausgeschlossen aber muß auch der Beurteilung die Auffassung, als ob die Arbeiter von der Idee ausgegangen wären, daß socialdemokratische Unternehmer unter allen Umständen ihre Forderungen bewilligen müßten. Das glaube ich im Interesse der Arbeiterbewegung, die derartigen Unfug überhaupt nicht aufkommen lassen darf, hier betonen zu müssen.

Gemoll-Want:

Der Fall liegt in Want anders als in Hamburg, es kommen hier Arbeiter und Unternehmer in Betracht. Reimer meint naulich, es seien keine eigentlichen Unternehmer, sondern Charwerker und kleine Krauer. Das stimmt nicht, es sind Unternehmer genau wie andre Unternehmer, vielleicht noch einen Deut schlechter. Das haben sie ja beim Streik bewiesen. Es ist auch nicht gesagt, die Unternehmer hätten unter allen Umständen die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Wie lag denn die Sache? Die Maurer forderten in diesem Frühjahr 8 Pf. mehr, reduzierten dann aber ihre Forderung auf 2 1/2 Pf. Das Schiedsgericht und die Controleure sind von solchen Voraussetzungen ausgegangen. In Want verdienen die Maurer durchschnittlich 8 Pf. täglich. Ist das etwa zu viel? Die Unternehmer konnten die Forderung bewilligen. Es ist auch nur gesagt worden, sie können sie bewilligen und wenn sie es nicht können, dann ist es schlecht, daß sie in der Partei sind.

Singer: Ich bitte zum Schluß zu kommen.

Gemoll: Ich kann das nicht. Wir wollen doch die Wauter Angelegenheit ausführlich behandeln, der Schiedspruch hat sie oberflächlich behandelt.

Singer: Sie können sich noch einmal zum Wort melden.

Gerich:

Es handelt sich einzig und allein um die Frage: Ist ein socialdemokratischer Unternehmer verpflichtet, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen? Der Sachverhalt ist folgender: Die Maurer haben im Frühjahr den Antrag gestellt, den Lohn von 50 Pf. durchschnittlich auf 55 Pf. zu erhöhen. Ich bemerke, daß die Unternehmer socialdemokratischer Gesinnung bis dahin durchschnittlich 52 1/2 Pf. bezahlt hatten, während die größeren Baugesellschaften durchschnittlich nur 50 Pf. bezahlten. Mitte April — es wird behauptet, am 14. wurden erst die Zirkulare gedruckt, keinesfalls aber vor dem 10. — haben die Maurer zum erstenmal ihre Forderungen unterbreitet und Entscheidung bis zum 10. April verlangt. Die socialdemokratischen Unternehmer erklärten, das bis dahin nicht zu können, und auf dieses ablehnende Verhalten hin wurde 8 Tage vor Ausbruch des Streiks eine Liste der Unternehmer angefertigt, deren Ausschluß aus der Partei beantragt wurde.

Es ist gesagt worden, die Unternehmer seien sehr wohl in der Lage, die Forderung zu erfüllen; insbesondere wurde den socialdemokratischen gestimmt erklärt, sie sollten damit anfangen, die andern würden dann schon nachfolgen. Diese erklärten aber: Daran können wir uns nicht einlassen; wir zahlen schon die ganze Zeit 2 1/2 Pf. mehr, ohne daß die andern uns nachgefolgt sind. Sie haben aber durchgesetzt, daß sämtliche Baugesellschaften von Want-Wilhelmsdöven und Umgebung sich durch Unterschrift verpflichteten, vom 1. Januar 1902 an 52 1/2 Pf. mindestens zu bezahlen; dies Angebot wurde von den Maurern mit Hohn zurückgewiesen. (Zuruf.) Gerich, das sind Dinge, über die wir nicht urteilen können; ich statuiere nur Thatsachen. Die socialdemokratischen Unternehmer glaubten, 52 1/2 + 5 Pf. nicht bewilligen zu können. Das Schiedsgericht hat gemeint, auf diese Frage können wir uns von Partei wegen nicht einlassen, sonst müßten wir von Partei wegen das Existenzminimum der Unternehmer feststellen.

Die Debatte wird fortgesetzt.

Dr. David giebt folgende Erklärung zu Protokoll: „Nachdem mir von dem Genossen Grünwald weiteres Material aus seiner Polemik mit dem „Vorwärts“ in Sachen Russland unterbreitet worden ist, aus dem hervorgeht, daß hinsichtlich der von mir citierten Stelle aus der „Erfurter Tribüne“ die Möglichkeit einer irrigen Interpretation meinerseits vorliegt, und nachdem Genosse Grünwald mir in der bestmöglichen Form die Versicherung gegeben hat, daß ihm die Absicht durchaus ferngelegen habe, der Russlandschen Infamiation den Schein der Ausföhrbarkeit geben zu wollen, siehe ich nicht an, den gegen Genossen Grünwald in Bezug auf diesen Punkt erhobenen Vorwurf zurückzunehmen.“

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

3 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Diskussion über den Bericht der Reimer-Kommission, den **Wauter Schiedspruch** betreffend, wird fortgesetzt.

Reimer-Apolda:

Die Kommission hat durchaus eingehend und unparteiisch entschieden. Im wirtschaftlichen Streite haben die socialdemokratischen Unternehmer das gleiche Recht wie die Arbeiter; zu untersuchen war nur, ob sie dieses Recht illegal ausgenutzt haben, und dafür hat sich, wenigstens aus den Akten, kein Anhalt ergeben. Das Realisationsrecht haben sie unangefastet gelassen, sie haben darauf hingewirkt, die Anfertigung schwarzer Listen zu unterlassen, und nach Beendigung des Streites ist bei ihnen auch keine Maßregelung erfolgt. Ich ersuche Sie, den Schiedspruch anzuerkennen.

Vömelburg:

Dieser Fall zeigt so recht klar, daß der Parteitag nicht die Stelle ist, wo solche Angelegenheiten ihre Erledigung finden müssen. Dafür sind nur die Genossen am Orte selbst zuständig. Der Schiedspruch konnte gar nicht anders ausfallen, wenn wir uns nicht auf den Standpunkt stellen wollen, daß der socialdemokratische Unternehmer jede Forderung seiner Arbeiter zu erfüllen habe. Aber die socialdemokratischen Unternehmer in Want haben durchaus nicht recht gehandelt. Als es nachher die Niederwerfung der Maurer galt, da haben sich unsere Genossen unter den Unternehmern nicht weit benommen, sie haben italienische Streikbrecher heranzohlen lassen und sich vollkommen mit der Handlungsweise ihrer anderen Berufsgenossen identifiziert. Sie hätten sich passiv verhalten sollen. Wenn die Arbeiter das örtliche Schiedsgericht hätten, würden sie mit den socialdemokratischen Unternehmern schon fertig werden. So aber bleibt uns nichts weiter übrig, als dem Urteil der Reimerkommission zuzustimmen.

Dug-Want:

Ich will kein Öl ins Feuer gießen. Die Ausführungen Gemoll's zwingen mich, etwas mehr zu sagen als sich beabsichtigte. Gerich hat schon mitgeteilt, daß drei Tage vor Ausbruch des Streiks eine Proskriptionsliste gegen die Unternehmer angefertigt wurde. Ich habe mich entschieden dagegen erklärt, ich verlange, daß man dem einzelnen sein Vergehen nachweisen müsse. Mit Rücksicht bekamen wir eine Reimerkommission zusammen, und da wurde nun eine principielle Entscheidung dahin verlangt: 1. daß ein socialdemo-

feindlicher Unternehmer Forderungen der Arbeiter von vornherein zu bewilligen habe, 2. daß ein Unternehmer überhaupt nicht Parteigenosse sein dürfe und 3. daß ein Streikbruch unter allen Umständen, ganz gleich aus welchen Ursachen, ehelos sei. Ich schrieb an Auer und sprach meine gegenteilige Meinung aus, und Auer bestätigte mit feiner Meinung. Diesen Briefwechsel brachte ich in der Arbeiter-Kommission vor mit einem Winderheitsantrag mit fünf Mitgliedern. Hier ist es ebenso, wie es Auer von der Damburger Angelegenheit gesagt hat: man urteilt mit dem Gefühl, statt mit der kalten Vernunft und nach dem Recht. Mir ist es, als ich diesen Standpunkt vertrat, noch schlimmer gegangen als Auer: ihm spricht man das Klassenbewußtsein ab, mich aber wollte man gleich auf die Proskriptionsliste setzen. Gewiß wäre es in Bant besser im Interesse des Friedens, die betreffenden Unternehmer blieben nicht mehr Parteigenossen; wir können aber nur nach dem Gesetz urteilen. Die Partei kann nicht der Mittel und Helfer der Gewerkschaften sein. Besser, ich gehe zu Grunde, als daß das Recht gebeugt wird.

Gemoll-Bant:

Gemoll hat selbst erklärt, daß seine Informationen von den Unternehmern stammen, meine stammen von den Arbeitern. Nach den Thesen des Vorredners und nach dem Urteil des Schiedsgerichts ist es wunderbar, daß nicht die Unternehmer den Ausschluß der Arbeiter aus der Partei beantragt haben. Die Unternehmer konnten die Forderungen bewilligen, sie haben doch auch den Italienern, den bedürftigsten Paccaroni-Männern, denselben Lohn gezahlt, die deutschen Maurer aber haben sie sogar aus den Arbeitsstätten vertrieben. Dieselben Unternehmer, die als Genossen für den Achtstundentag eintraten, haben die Italiener 14 Stunden arbeiten lassen. Sollen wir das in unseren Reihen dulden? Dann nehmen Sie doch lieber gleich die Stühnemänner und Krupps in die Partei auf! Lehnen Sie den Schiedspruch ab und gehen Sie nicht Wasser auf die Mühle einiger Leute, die heute schon die Partei schädigen!

Gemoll:

Ich vertrete mich entschieden gegen die Information, als ob ich meine Information von den Unternehmern hätte. Ich habe meine Information von den Unternehmern bekommen, die ich sorgfältig ermittelte, gewissenhafter Verhandlung. Gemoll kann mir das Zeugnis nicht versagen, daß niemand den Vorstoß objektiver, loyaler und gewissenhafter hätte machen können, als ich in dieser Verhandlung. Wie schwierig die Verhältnisse sind, sehen Sie aus den verschiedenen Darstellungen. Wir können Ihnen nur das vortragen, was wir sorgfältig ermittelt haben, und dies Resultat der Ermittlungen hat auch Gemoll mituntergezeichnet. In einer neuen Differenz hatte es gefehlt, daß die Arbeiter nach Beendigung des Streiks noch einen Anlauf erleiden: Zugung ist fernzuhalten! Das brauchen sich die Unternehmer eben so wenig gefallen zu lassen, wie die Arbeiter sich schwarze Listen gefallen lassen. Es wurde dieser Anlauf dem auch geändert und der Friede wieder hergestellt. Ich wiederhole: die ganze Streikfrage dreht sich darum, sind die Unternehmer verpflichtet, von vornherein alles zu bewilligen, was die Arbeiter fordern. Stellen wir uns auf diesen Standpunkt nicht, dann haben wir nur zu unterzücken, ob illoyale Mittel angewandt sind.

Windhoff, Düsseldorf wiederholt einen vorher abgelehnten Schlußantrag. Wir haben erst einen Gegenstand der Tagesordnung erledigt. Wohin soll das führen, wenn das nächste Jahr statt zweier Beschlüssen fünf oder zehn vorliegen sollten und wir ebenso gründlich verfahren!

Veyer-Weipzig spricht gegen den Schluß. Es ist eine ganz neue Frage, die gründlich erörtert werden muß, damit wir wissen, wie wir uns für die Zukunft verhalten sollen.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Das Schlußwort erhält

Wohle - Straßburg:

Ich hätte aufs Wort versichert, aber ich bin genötigt, eine kurze Erklärung abzugeben. Der Beschluß der Kommission, so kurz wie möglich zu berichten, scheint ein Fehler gewesen zu sein. Uns hat aber nur die eine Frage vorgelegen, ob Gründe vorhanden sind, die der Ausschluß aus der Partei auf Grund des Organisationsstatuts rechtfertigen. Diese Frage haben wir mit 8 gegen 1 Stimme verneint. Weiter hatten wir nichts zu prüfen. Namens der Reiner-Kommission stelle ich folgenden Antrag:

In Sachen Tepler und Genossen, Bant-Wilhelmshäuser Baumunternehmer, lag der Kommission die Frage vor, ob der Ausschluß Tepler und Genossen aus der Partei gerechtfertigt ist. Die Kommission kommt zu der Auffassung, daß sich ein Ausschluß aus der Partei nicht rechtfertigen läßt. Obwohl das Verhalten dieser Genossen Unternehmer nicht einwandfrei ist, sind nun doch die Gründe nicht hinreichend, um sie aus der Partei auszuschließen.

In die Prüfung der Frage, inwieweit die Forderungen der Arbeiter berechtigt waren, ist die Kommission nicht eingetreten. Festgestellt wurde, daß, nachdem die sozialdemokratischen Unternehmer die Forderung der Arbeiter ablehnten, sofort der Antrag auf Ausschluß aus der Partei von dem sozialdemokratischen Verein in Bant gestellt wurde. Die Kommission beantragt deshalb, der Parteitag wolle dem Antrag der Genossen in Bant, den Schiedspruch aufzuheben, nicht beitreten.

Dieser Antrag wird angenommen.

Stinger: Damit ist Punkt 1 und 2 unserer Tagesordnung vollständig erledigt. (Weiterkeit.)

Statt die Abend Sitzung abzuhalten, schlage ich vor, heute bis acht zu arbeiten.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

(Schluß im Hauptblatt.)

lokales.

Schulenkassung.

Das Wort „Schulenkassung“ erhält zu Michaels und zu Ostern für eine große Zahl von Schülern eine besondere Bedeutung. Der letzte Schultag ist für sie auch der allerletzte, der Schultag bringt ihnen auch den Abschluß ihrer ganzen Schulzeit. Aus den Berliner Gemeindefschulen werden in jedem Halbjahre rund 10 000 Kinder nach vollendeter Schulpflicht entlassen. Was wird aus ihnen?

In 10 000 Berliner Familien ist in den letzten Monaten und Wochen diese erste Frage in mancher sorgenvollen Stunde erörtert worden. Sie ist gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen ernster als je.

Wohl strecken sich nach jeder dieser Kinder, zumal nach den Jungen, zehn Hände zugleich aus. „Gebt her, wir werden ihn euch zu einem tüchtigen Handwerker ausbilden!“ Aber wenn die „Lehrzeit“ um ist, dann zeigt sich mir zu oft, daß der brave „Lehrherr“ nur die Arbeitskraft des Jungen in der schamlosten Weise ausgebeutet hat. Nun siehe du zu, wie du fortkommst!

In einer Zeit zunehmender Arbeitslosigkeit, wie wir sie jetzt wieder haben, ist es selbst für einen vorwärtsdrängend ausgebildeten Handwerkergehilfen schwer genug, Arbeit zu bekommen, um wie viel mehr für jene andern, die ihre Lehrjahre im Dienste eines gewissenlosen Ausbeuters nutzlos haben verstreuen müssen. Nach dem die Schule verlassenden Jungen haben sich verlangend zehn Hände zugleich ausgestreckt, um ihn als Lehrling einzufangen — der aus der „Lehre“ entlassene Bursche begehrt hundert abwehrenden Händen, wenn er sich als Gehilfe anbietet. Wozu denn einen Lehrling einstellen? Lehrlinge sind doch viel billiger! Die Schulenkassung steht ja wieder vor der Thür, vielleicht kann man da wieder ein paar stramme Junge ergattern.

Solche Erfahrungen sind schmerzhaft für den jungen Handwerkergehilfen, aber sie reifen den Jüngling rasch zum Mann. Sie lassen ihn bereits in einem Alter, in dem der zu einer höheren Bildung bestimmte Sohn der Wohlhabenden noch auf der Schulbank seine Stunden verträumt, das Wesen der heutigen Gesellschaftsordnung erkennen, sie werden in ihm das Klassenbewußtsein und erziehen ihn zu einem Mitstreiter in dem großen Kampfe um die Befreiung der Arbeiterklasse.

Der Königstreue Kommunalreform.

Unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Baurat Kuhlmann und im Beisein des Stadtbaurats Krause tagte am Freitagabend der Stadtverordneten-Ausschuß für die Neugestaltung der Straße „Unter den Linden“. Zur Beratung standen mehrere vom Stadtbaurat Krause ausgearbeitete Entwürfe. Der Ausschuß hat nach längerer Erörterung beschlossen, auf den Entwurf I zurückzukommen und unter Ablehnung des letzten Entwurfs II der Stadtverordneten-Versammlung die Annahme des ersten Entwurfs zu empfehlen. Dieser Entwurf sieht zwei Fahrdämme von je 10 Meter Breite vor. Auf der südlichen Seite würde der Bürgersteig eine Breite von 8 bis 7 1/2 Meter erhalten und der nördliche eine solche von 4,11 bis 5,54 Meter. Der jetzige Fußweg kommt nach dem Entwurf I in Wegfall, dafür erhält der südliche Gartenstreifen eine Breite von 8 Meter, die Mittelpromenade von 11 1/2 Meter und der nördliche Gartenstreifen die Breite von 2,75 Meter, während der Reitweg 4 Meter breit werden soll. Die jetzigen vier Baumreihen würden danach erhalten bleiben und der historische Anblick der Linden nur ganz wenig verändert werden. Der Entwurf II war wesentlich anders. Nach diesem sollten den Bürgersteigen je eine Baumreihe verbleiben.

Es wird immer schöner in Berlin. Am Ende wird Berlin wirklich noch einmal die „schönste Stadt der Welt“, ganz nach dem Wunsche des Kaisers. Der Kaiser hat den Berlinern nicht nur die Denkmäler in der Siegesallee geschenkt, er will nicht nur, wie ein Gewähr sagt, das Brandenburger Thor freilegen, sondern er beudet gleichzeitig auch das lebhafteste Interesse für das Bestreben der städtischen Behörden, auch ihrerseits durch Bauten, Denkmäler usw. zur Verschönerung der Reichshauptstadt beizutragen, ja er greift sogar selber thätig ein, wenn hierbei irgend etwas seinem Geschmack nicht entspricht. Vor kurzem wurde gemeldet, daß die Arbeiten an dem Feuerwehrendenkmal, das die Stadt auf dem Mariannenplatz errichten läßt, auf „Befehl“ des Kaisers eingestellt worden seien. Der Kaiser habe gefordert, daß ihm der Denkmals-Entwurf erst vorgelegt werde. Jetzt bringt die „Voss. Zig.“ die Nachricht, der Kaiser habe seine Genehmigung zur Aufstellung der drei Brunnen verweigert, die für den Friedrichshain geplant sind. Die Gründe seien in einem von ihm entworfenen Schreiben dargelegt, das künstlerische Gesichtspunkte entwickle. Die „Voss. Zig.“ ist mit diesem persönlichen Eingreifen des Kaisers unzufrieden. Sie meint, daß ein geistlicher Anspruch der Krone, über die Aufstellung von Denkmälern und Sammlungen in städtischen Parks entscheiden zu dürfen, mindestens zweifelhaft sei. Gewiß; aber zu dem „neuen Konflikt“ zwischen der Krone und der Stadtverwaltung“, den die „Voss. Zig.“ befürchtet, dürfte es deshalb kaum kommen! Unter reichshauptstädtischer Kommunalreform wird sich doch nicht einem Stadtbaurat zuliebe die Hofgunst, um die er so oft gebührt hat, vollends verzehren!

Neuregelung des Drogenverkaufs und Apothekenbott.

Die Vorsitzenden des deutschen Drogenhändlerverbandes, die Herren Wachseiter und Stadtrat Weigner aus Leipzig, sind in das Reichs-Gesundheitsamt zu Besprechungen eingeladen worden über die Umgestaltung resp. Erweiterung der Verordnung des Bundesrates über die dem freien Verkehr überlassenen Arzneimittel. Auf die Drogenverkaufsregeln sollen namentlich die Beschlässe des Stuttgarter Krankenanstalten-Kongresses nicht ohne Einfluß geblieben sein, welche eine Erweiterung der Liste der freigegebenen Mittel sowie die Freigabe von Mischungen der freigegebenen Mittel verlangen. In diesen Kreisen nimmt man doch einen etwas anderen Standpunkt ein als Herr von Studenrauch. — Auch in den Kreisen der Apothekensbesitzer meidet sich die Zahl derer, welche die Lage nicht als rosig für sich ansehen, wenn auch die „Apotheker-Zeitung“ in fast jeder Nummer den Unfall der Kassen infolge Eingreifens der Behörde prophezeit. Der stellvertretende Vorsitzende des Vereins Berliner Apothekensbesitzer, Herr Apotheker Mothe in Charlottenburg fragte neulich einen Beamten der Charlottenburger Allgemeinen Orts-Krankenkasse, wie lange er meine, daß der gegenwärtige unbillige Zustand noch dauern solle? Den Kassen verwarf die noch der jetzige Zustand aus viel Unkosten und Angelegenheiten, und sie müßten auch wünschen, daß derselbe ein Ende nehme. Die Apotheker würden ja schließlich auch zu einem Rezepturrabatt, vielleicht von 10 Prozent, bereit sein. Auf den Einwurf, daß sie doch auch ebenbürtig wie die Kölner 15 Prozent Rabatt geben könnten, meinte Herr Mothe, die würden sie schließlich auch geben, aber die Kassen müßten sich durch einen mehrjährigen Kontrakt zur Innehaltung der zutreffenden Vereinbarungen verpflichten und zunächst den Vorschlag ausgeben.

Nun, mit letzterem Punkte sind die Kassen wohl nicht einverstanden, sie werden sich vielmehr erst in neue Unterhandlungen einlassen, wenn die Apotheker die Kreditverweigerung werden aufgehoben haben, und je länger dies dauert, werden die Kassen nur Veranlassung nehmen, ihre Rabattansprüche zu erhöhen.

In der gestrigen Magistratsitzung, die mehrere Stunden dauerte, theilte der Oberbürgermeister Kirchner dem Kollegium an der Hand des Altematerials alle die Schritte mit, die von ihm und der Verkehrsdeputation in Sachen der Ueberführung der ehemaligen Siemensschen Straßenbahnen über die Straße Unter den Linden gethan sind und welches Ergebnis sie gehabt haben. Der Magistrat beschloß, der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zur Kenntnisnahme zugehen zu lassen, worin sämtliche Vorgänge und Schriftstücke über die Ueberführung der Straße Unter den Linden bei der Kanonierstraße mitgeteilt werden. — Das hätte ruhig schon viel früher geschehen können!

Hebrigens soll auch der Minister v. Tzielen in dieser Angelegenheit eine Audienz beim Kaiser nachgesucht haben, aber gleichfalls abschlägig beschieden worden sein.

Zum Milchriege. Herr Ring-Düppel veröffentlichte am Mittwoch in der „Deutschen Tageszeitung“ folgende, von uns schon Donnerstag kurz erwähnte Erklärung:

„Aus verschiedenen Berliner Blättern entnehme ich, daß Herr Reichstagsabgeordneter Wolfgang Heine, dem ich bei einer kürzlich stattgehabten Unterredung versicherte, die Milchzentrale werde bessere Milch liefern, als der Handel den Berlinern zumeist bisher veranfaßt, behauptet haben soll, daß ich beim Polizei-Präsidenten beantragt hätte, den heute als Mindestgehalt polizeilich geltenden Fettgehalt von 2,7 Fett herabzusetzen.“

Herr Heine soll nun an mich die Frage öffentlich stellen (mitgeteilt hat er mir nichts davon):

„Warum haben Sie in Ihrer Unterredung mit mir dieses Ihr Vorhaben mir gegenüber verschwiegen?“

Hieraus antworte ich folgendes:

1. Es ist nicht wahr, daß ich oder die Milchzentrale jemals einen solchen oder auch nur ähnlichen Antrag an das Polizei-Präsidenten stellte, und damit fallen alle geplanten Verdächtigungen und Schlußfolgerungen zusammen. Ich halte den Fettgehalt von 2,7 Fett als ein Mindeste, was man von Vollmilch fordern soll.

2. Ich habe im Juni 1900 an das Landwirtschaftliche Ministerium den Antrag gestellt, durch das Reichs-Gesundheitsamt festzustellen, welche Pasteurierungs-Verfahren einwandfreie Milch herstellen

Diese Untersuchungen, die mit bekannter Gründlichkeit im Reichs-Gesundheitsamt geführt wurden, sind abgeschlossen und die Vorkeller der Milchzentrale in der Schillingstraße 12 wird bereits im Laufe des Monats postentwertete und gefälschte Vollmilch täglich bis 150 000 Liter abzugeben.

Ich lade Herrn Wolfgang Heine zu einer Kostprobe nach dem 4. Oktober freundlichst ein. Die Milchzentrale wird den Berliner Hausfrauen nur das Beste liefern und will Milch und Sahne nach vollendeter Organisation nach Fettgehalt verkaufen.

Düppel bei Giesendorf-Berlin, 24. 9. 01.

Ernst Ring.

Wie uns Genosse Heine dazu mitteilt, hat nicht er, sondern ein Milchhändler in der Versammlung am 20. September in der Rooditer Kronenbrauerei berichtet, daß Herr Ring in einer Versammlung der Milchzentrale den Plan entwickelt habe, beim Polizei-Präsidenten das Verbot des Verkaufs von Vollmilch zu erwirken unter gleichzeitiger Herabsetzung des polizeilich gebotenen Mindestfettgehalts der Milch auf 2,7 pCt. Genosse Heine hat darauf in der Versammlung betont, daß eine solche Absicht schlecht zu Rings Zufriedenheit, er wolle die Milch verbessern, passen würde, hat aber die Verantwortung für die Mäßigkeit der Mitteilung ihrem Urheber überlassen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß Herr Ring eigentümlicherweise nur erklärt, er oder die Milchzentrale hätte einen solchen Antrag nicht gestellt. Will Herr Ring nicht versichern, daß ein solcher Antrag auch für die Zukunft nicht geplant ist? — Herr Ring schreibt, er halte den Fettgehalt von 2,7 Proz. für das mindeste, das „man“ von Vollmilch fordern sollte. Ist man bei der Milchzentrale nicht vielleicht der Meinung, daß trotzdem die Polizei eine geringere Grenze festsetzen könnte? — Wir wollen die Milchzentrale nicht „verdächtigen“, sondern ihr und Herrn Ring neue Gelegenheiten geben, durch eine bestimmte Aufklärung allen Verdacht zu zerstreuen.

Zur Erhöhung der Kassenarzthonorare. Der Verein der freigewählten Kassenärzte, der, wie bereits mitgeteilt, den von ihm vorgeschlagenen Krankenkassen angegliedert hat, daß er zum 1. Januar 1902 eine Erhöhung des ärztlichen Honorars fordern werde, hielt am Donnerstag im Rechtsanwaltsamt eine Mitgliederversammlung ab, die sich mit dieser Frage beschäftigte. In der Diskussion wurden die Gründe entwickelt, welche die Ärzte zur Stellung dieser Forderung veranlassen, und dabei u. a. hervorgehoben, daß eine Erhöhung des ärztlichen Honorars nicht allein vom Standpunkte der Ärzte, sondern auch im Interesse der besseren ärztlichen Versorgung der Kassenmitglieder angebracht erscheine, und daher in letzter Linie selbst für die Kassenfinanzen vorteilhaft sein werde. Der Verein der freigewählten Kassenärzte steht mit seiner Forderung nicht allein, sondern der „Verein Berliner Kassenärzte“ und der „Verein der Gewerkschaften“ sind zu ähnlichem Vorgehen entschlossen, nachdem bereits die „Allgemeine Ortskrankenkasse Charlottenburg“ und die „Neue Maschinenbauerschaft“ ihren Ärzten aus eigenem Antriebe eine Honorar-erhöhung gewährt haben. Bei der Verfolgung der ärztlichen Forderung soll jede billige Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse der Krankenkassen genommen werden; so wird z. B. der Ortskrankenkasse der Schneider, die wegen der ungenügenden sozialen Verhältnisse der Mitglieder auch ihrerseits finanziell schwer zu kämpfen hat, der Vertrag nicht gelündigt werden, sondern die ärztliche Behandlung zum alten Honorar — 3 M. pro Kopf und Jahr — weiter gewährt. Trotzdem die Kassen sich bisher gegenüber den neuen Forderungen ablehnend verhalten, hofft man in ärztlichen Kreisen, daß die „Lohnbewegung“ nicht zum „Lohnkampf“ zu werden brauche, sondern daß eine friedliche Einigung, nötigenfalls durch Konstituierung eines „Einigungsamtes“ zu Stande kommen werde. Sollte wider Erwarten aber der „Lohnkampf“ unvermeidlich werden, dann werden, wie ein sozialdemokratischer Arzt betonte, hoffentlich die Berliner Ärzte zeigen, daß auch nach ihrer Ansicht „Streikbruch eine ehrlose Handlung“ ist.

Ein wackerer Parteigenosse, der Schmied Martin Behner, ist am 24. September, 33 Jahre alt, an der Proletarierkrankheit gestorben. Behner war sowohl in der politischen wie in der Gewerkschaftsbewegung wacker auf dem Posten und wußte sich das Vertrauen und die Verehrung aller zu erwerben, die im vierten Reichstags-Wahlkreise mit ihm verkehrten. Ihm wird ein gutes Andenken bewahrt bleiben. Die Beerdigung erfolgt von der Leichenhalle in Wilhelmshagen am Sonntagmorgen 30. 9. 01.

Das hiesige Anarchistenorgan „Neues Leben“ ist heute zur gewöhnlichen Stunde wieder erschienen. Der Redacteur des Anarchistenorgans, Panzer, welcher vorige Woche auf seiner Arbeitsstätte verhaftet wurde, ist aus der Haft entlassen und zeichnet die heutige Nummer des Blattes wieder. Panzer wurde auf dem Präsidium photographiert und nach dem Bertillon'schen System gemessen. Es heißt wirklich die hiesigen Anarchisten überführen, wenn man sie in ihrer Panlosigkeit für Verbrecher hält.

Arbeitslos! Der 29 Jahre alte Garmacher Theodor Kaufhold aus der Tharstr. 56 war infolge der schlechten Arbeitsverhältnisse seit langer Zeit ohne Beschäftigung. Da er außerdem an einem Herzfehler litt, so wurde er lebensüberdrüssig und stürzte sich gestern Nachmittag, nachdem er wieder einmal vergeblich Arbeit gesucht hatte, am Alexanderufer in die Spree. Schiffer retteten ihn und ein Schynmann brachte ihn nach der Charité. — Den gekündeten Tod fand dagegen der 24 Jahre alte Hausdiener Friedrich Schmalzer, der bei seiner Schwester in der Krudisstraße wohnte und seit sechs Wochen keine Arbeit mehr hatte, nachdem er zuletzt bei einem Gastwirt in der Köpckestraße beschäftigt gewesen war.

Die Versorgung der städtischen Anstalten mit Brennmaterial, soweit dieses durch die städtische Brennmaterialien-Deputation beschafft wurde, veranschlagt im Etatsjahre 1900 (vom 1. April 1900 bis 31. März 1901) einen Gesamt-Kostenanhang von 1 654 568,61 M. Davon entfielen auf die Materialien 1 496 167,16 M., auf die Betriebs-, Verwaltungs- und Nebenkosten 158 399,45 M.

An die städtischen Anstalten wurde an Brennmaterial geliefert: 5657 1/2 Kubikmeter Holz, 106 050 Stück Kohlenangabber, 184 081 Centner Klein-Steinkohle, 106 600 Centner Stütz-Steinkohle, 298 627 Centner Klein-Förderkohle, 404 688 Centner Kalkkohle, 115 074 Centner Braunkohle, 35 593 Centner Weichkohle, 505 Centner Anthracit und 200 645 Hektoliter Coaks.

Um den auf dem städtischen Kohlenplatz mit dem Auf- und Abladen der Kohlen beschäftigten Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich nach beendeter Arbeit zu reinigen und durch ein Brausebad zu erfrischen, wurde im Berichtsjahre auf Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 14. Dezember 1899 auf dem Kohlenplatz eine Brausebadanlage mit 3 Brausegeßen und ein Waschraum mit 6 Klippwaschbänken errichtet. Diese Anlage ist am 19. Januar 1901 zur Benutzung übergeben worden. Die Baukosten für dieselbe stellten sich auf 7000 Mark.

Ein dreifacher Hoteldieb ist von der Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen worden. Kurz hinter einander wurden hier in zwei Hotels der Friedrichstraße Diebstähle unter Umständen ausgeführt, die den Gedanken nahelegten, daß sie erdichtet sein könnten. In dem einen Fall hatten Hotelgäste abends ihr Zimmer sorgfältig verschlossen, als sie sich zur Ruhe legten, waren die ganze Nacht ungestört geblieben, fanden am Morgens zunächst nichts Auffallendes und mühten dann doch die unliebsame Entdeckung machen, daß ihre Kleiderkasten durchnagt und der Wäsche mit dem Geld beraubt worden waren. In dem zweiten Fall hatten zwar die Hotelgäste die Thür unverschlossen gelassen. Dafür hatten sie aber die Nacht schlecht geschlafen und wunderte sich am nächsten Morgen daher doch, wie es möglich gewesen war, sie zu bestehlen. Die Kriminalpolizei hatte jetzt endlich den Erfolg, den dreifachen Spitzbuben in der Person eines 20-jährigen Kaufmanns Ernst Schaitzner aus Ostpreußen

ernehmen zu können. Schattner hatte hier in einem Hotel in der Mittelstraße Wohnung genommen, blieb aber mitunter mehrere Tage weg. In dieser Zeit wohnte er unter einem anderen Namen in anderen Hotels. Hier studierte er nun zunächst die übrigen Gäste in Bezug auf ihre Mittel und ihre Gewohnheiten. Als er ein für seine Pläne geeignetes Paar entdeckt zu haben glaubte, schlich er sich, nachdem die Leute abends ausgegangen waren, in ihr Zimmer ein, verließ sich unter dem Bett und blieb hier 10 Tage lang, bis die Zimmerbewohner zurückgekehrt waren und im tiefsten Schlafe lagen. Dann plünderte er die Taschen und verschwand unentdeckt. In dem zweiten Falle suchte er das Zimmer erst auf, als die Bewohner schon zurückgekehrt waren und sich hingelegt hatten; denn er wollte nach seinen Studien, daß sie die Tür nicht verschlossen. Dann wartete er wieder bis gegen 3 Uhr morgens, bevor er den Diebstahl ausführte. In diesem Fall erbrach er sogar einen Koffer, ohne daß man ihn hörte, obwohl die Bestohlenen nicht gut schliefen. Es scheint aber, daß er hierbei ein Betäubungsmittel angewandt hat, denn die Leute fühlten sich am nächsten Morgen nicht nur müde, sondern auch sehr unwohl.

Die Eröffnung des Hochbahn-Betriebes auf der Strecke Warschauerstraße—Kollendorsplatz mit der Abzweigung nach dem Potsdamer Bahnhof am 1. Dezember d. J. erscheint nunmehr gefahrlos. Auf der ganzen Linie ist die Geleiselegung beendet und die Bahnhöfe sind bis auf den Auszug fertiggestellt. Die Bauzäune um dieselben sind allenthalben gefallen, nachdem die Zugänge zu dem Bahnkörper durch schwere Eisentüren geschlossen sind. Gegenwärtig werden die Beläge der Vorhallen fertiggestellt, eine Arbeit, die nur kurze Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Am Potsdamer Platz fehlen allerdings noch die Eingangs-Pavillons und Treppen zu dem unterirdischen Bahnhof, doch werden diese, ebenso wie die Beleuchtungs- und Signalvorrichtungen, bereits montiert und dürfen, da die Arbeiten außerordentlich gefördert, bestimmt rechtzeitig beendet werden. Bestimmte Zeit werden aber noch die Arbeiten auf der Unterpflasterbahnstrecke Kollendorsplatz—Zoologischer Garten in Anspruch nehmen, obwohl an der Ueberführungsstrecke in der Kleiststraße die Geleise schon gelegt sind und die kunstvoll geschmiedeten Eisengitter gegenwärtig zur Aufstellung gelangen. Zwischen Eisenacher- und Lutherstraße, sowie auf der Endstrecke hinter der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche konnten zum Teil die Betonierungsarbeiten noch nicht in Angriff genommen werden.

Bei der Arbeit tödlich verunglückt ist gestern nachmittags der 70 Jahre alte Schmelz Albert Schulz aus der Linienstr. 140 in der Maschinenfabrik von Hillig u. Westphal auf dem eisenbahnschienenförmigen Gelände an der Haidestr. 2-30. Schulz hatte mit vier anderen Arbeitern einen Eisenbahnwagen, der ausgebessert werden sollte, in die Werkstatt gebracht. Als der Wagen umherfahren wurde, konnte der alte Mann, der an seiner rechten Seite ging, nicht schnell genug ausweichen und geriet dabei zwischen den Wagen und den Schienen. Hierbei wurden ihm der Brustkasten und mehrere Rippen eingedrückt und gebrochen, so daß er auf der Stelle starb. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Ein angeblich Ermordeter, der Kellner Engel, dessen Verschwinden Anfang vorigen Monats großes Aufsehen hervorrief, ist in Zürich ermittelt worden. Engel war als Lohnkellner in dem zu Waldmannsplatz belegenen Verpflegung-Restaurant angestellt und geriet dort eines Tages mit Gästen in Streit. Engel, der sich in stark angetrunkenem Zustande befand, wurde auch dem Gastwirth gegenüber rabiat und sollte entlassen werden. Am folgenden Tage war er spurlos verschwunden, und hieran knüpften sich allerhand Gerüchte. Es fanden sich Personen, die wissen wollten, daß es zwischen dem Gastwirth und dem Kellner zu einer Schlägerei gekommen, daß der Kellner geflohen, verfolgt und getödtet, und daß die Leiche des Erschlagenen schließlich beseitigt worden sei. Engel hatte sich nach vor Schluss des Geschäftes unter Mitnahme der Tageskasse entfernt.

Wegen Ueberschreitung des Zuchtwortrechts ist der Volks-Zeitung zufolge in Charlottenburg gegen den Lehrer Kurras I von der fünften Gemeindefschule Strafantrag durch den Vater des gegenwärtigen Schülers Mag. Senke gestellt worden. Die städtische Schuldeputation wird sich mit der Angelegenheit befassen. Lehrer Kurras, der als ein leicht erregbarer Herr geschildert wird, hat schon eine 21tägige Dienzeit hinter sich und ist seit 16 Jahren in Charlottenburg thätig.

Wegen großer Betrügereien sind zwei Buchhalter eines hiesigen Warenhauses verhaftet worden. Das Treiben der Ungetreuen kam auf eine eigene Art aus Tageslicht. Vor einiger Zeit erließen auf einer Revierwache ein Dienstmann und teilte mit, daß ihm ein Auftrag, den ihm ein dem Namen nach unbekannter Mann erteilt habe, verdächtig vorkomme. Er habe für ihn schon verschiedentlich kleinere Sachen zum Pfandleiher getragen. Jetzt handle es sich aber um eine Duzig-Mark im Werte von 300 M. Den Erlös solle er dem Manne in die Wohnung bringen. Da nichts er doch erst lieber einmal anfragen, ob die Uhr nicht irgendwo gestohlen sei. Der Verdacht des Dienstmannes beschäftigte sich; die Duzig-Mark war in einem hiesigen Warenhaus gestohlen worden. Als Auftragsgeber des Dienstmannes aber wurde ein Buchhalter eines andern Warenhauses festgestellt. Dieser hatte, wie der Mann jetzt weiter mitteilte, ihn nicht bloß mit den Gängen zum Pfandleiher, sondern auch mit dem Einschleusen von Rechnungen beauftragt. Hierbei mußte der Dienstmann gewöhnliche bürgerliche Kleidung anziehen, weil das besser aussehe. So kam er mit Rechnungen von Geschäftleuten und Fabrikanten, die für das Warenhaus liefern, und erhielt auch das Geld. Die Art des Kontrologanges aber ließ es nach Aufdeckung des Schwindels ausgeschloffen erscheinen, daß ein Angestellter ihn allein ausgeführt haben könnte. Die weiteren Nachforschungen zeigten denn auch bald, daß sich zwei ungetreue Angestellte, die Buchhalter Hirschfeld und Kranz, zu dem unheimlichen Treiben verbunden hatten. Sie hatten sich alle, schon bezahlte Rechnungen angeeignet, hiernach neue angestellt und mit gefälschten Unterschriften versehen und den Lieferanten in den Büchern entsprechende neue Konten angelegt. So so die Rechnungen immer mit den Büchern übereinstimmten, so fand der Auszahlung nichts im Wege. Nach den bisherigen Ermittlungen haben die beiden Betrüger und Räuber das Warenhaus um mindestens 20 000 M. geschädigt. Hirschfeld und Kranz, die gestern nachmittags verhaftet wurden, sind beide verheiratet und leben auf großem Fuße. Der Diebstahl in dem andern Warenhaus, der zur Aufdeckung ihrer Betrügereien führte, ist noch nicht aufgeklärt.

Entschuldig verunglückt ist gestern Freitagmittag der Schlosser Adolf Kirstein aus der Panstraße Nr. 21, der in einer Eisenbahnsignalanstalt und Eisengießerei in der Uferstraße beschäftigt war. Kirstein bräute eine Walze, in der starke Bleche gezogen und geschnitten werden. Er geriet mit beiden Händen in das Getriebe, das ihm, bevor man auf sein Hilfeschrei die Maschinen zum Stehen bringen konnte, die Hände und die Arme vollständig zermalmte. Der Verunglückte, ein Mann in den fünfziger Jahren, wurde auf der Unfallstation 17 verbunden und dann mit einem Ländlichen Rettungswagen nach der Unfallstation in der Mendelburgerstraße gebracht.

Nach Schluß der Großen Kunstausstellung (am 29. d. M.) bleibt die Städtische Architektur-Ausstellung in der Westhalle des Landesausstellungsparkes dem Publikum für weitere 3 Wochen unentgeltlich geöffnet. Diese Ausstellung wird in der angegebenen Zeit an Sonn- und Wochentagen von 10 Uhr vormittags an bis zum Beginn der Dunkelheit besichtigt werden können. Der Eintritt zum Ausstellungsgebäude kann nur von der Invalidenstraße (östlicher Eingang neben der Westhalle) erfolgen. Kataloge können in der Westhalle gegen eine Spandgebühr von 50 Pfg. bei dem Auffichtspersonal entliehen werden.

Der Unterricht zur städtischen Fortbildungsanstalt am Dortheimstädtischen Realgymnasium beginnt am 9. Oktober. Er erstreckt sich auf Deutsch, Französisch, Englisch, kaufmännische Rechnen, Buchführung, Handelskunde, kaufmännische Korrespondenz, Stenographie und Maschinen-

schreiben. Anmeldungen werden vom 1. Oktober ab täglich von 9-1 Uhr und von 6-7 Uhr abends, und beim Beginn der Kurse von 7-8 Uhr abends sowie vor den betreffenden Unterrichtsstunden in dem Auditorium der Anstalt entgegengenommen. Auch wird daselbst Kunst und Pat in Betreff der Fortbildungsanstalt erteilt.

Im Hörsaal des königlichen Kunstgewerbe-Museums, Prinz-Albrechtstr. 7, finden in den Monaten Oktober bis Dezember folgende drei Vortragszyklen statt: Dr. Hermann Lier über: „Die Kunst in der Tischlerei“. 10 Vorträge, Dienstag abends 8^{1/2}-9^{1/2} Uhr, Beginn am 8. Oktober. Professor Dr. Alfred Gotthold Meier über: „Die neulassischen Stilarien bis zum Tode Schinkels“. 10 Vorträge, Donnerstag abends 8^{1/2}-9^{1/2} Uhr, Beginn am 10. Oktober. Der Zutritt ist unentgeltlich. Die Vorträge werden durch ausgestellte Gegenstände, Abbildungen und Projektions-Bildbilder erläutert. Inhaltsangaben über die Vorträge im Januar bis März 1902 werden im Museum vom Dezember an ausgegeben.

Das Komitee zur Errichtung eines Vorking-Denkmals in Berlin hielt gestern eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, darauf hinzuwirken, daß anlässlich des bevorstehenden hundertjährigen Geburtsstages des vollstimmigen Komponisten (23. Oktober) möglichst alle Bühnen eine Vorking-Feier veranstalten, deren Ertrag dem Fonds für Errichtung eines Vorking-Denkmal in Berlin überwiesen wird.

Feuerbericht. Am Freitag hatten sich auf dem Anhalter Güterbahnhof Presholten entzündet. — Schlegelstraße 23 war durch überglühendes Fett Feuer entstanden, während gleichzeitig in der Reichenbergerstraße 82 Gummischläuche am Gasmotor brannten. — Bei einem Küchenbrande in der Mendelsohnstraße 16 wurden Möbel und der Fuhrboden eingeschmort.

Treptow-Baumschulweg. Montagabend 8^{1/2} Uhr findet in der Draubenburg vor dem Schlesiens Thor eine öffentliche Gemeindevorstand-Versammlung statt. Tagesordnung: Welche Vorteile erwachsen der Gemeinde durch die Wahl von Socialdemokraten, Referent Stadtrath Dr. H. Silberstein. Die Wähler aus Treptow und Baumschulweg, insbesondere die aus der Lohmühlen- und Kieholzstraße sind hierzu besonders eingeladen. Morgen, Sonntag früh 8 Uhr, erfolgt eine Flugblattverbreitung; die Genossen werden ersucht, sich in folgenden Lokalen zahlreich einzufinden: Restaurant Staffelt, Baumschulwegstraße und Restaurant zur Wiener Brücke, Wienerstraße (Berlin).

Partei-Nachrichten.

Der politische Verein in Schöningen im Herzogtum Braunschweig beschloß im März d. J. eine Versammlung von Socialdemokraten einen Arbeiterbildungsverein zu gründen, der unter Ausschluß der Politik (politische und gewerkschaftliche Organisationen bestehen schon am Orte) nur Bildungs- und Gesellschaftszwecke pflegen sollte. Der Verein wollte seine Eintragung ins Vereinsregister bewirken, um Eigentum erwerben zu können. Seine Absicht war, ein Vereinshaus zu errichten, dessen Räume auch politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen offen stehen sollten.

Gegen die Eintragung des Vereins erhob die Polizeibehörde Einspruch mit der Begründung, daß die im Vereinsstatut angegebenen Zwecke nur der Deckmantel für politische Zwecke seien, da es nicht ausgeschlossen sei, daß die Mitglieder des Vereins bei ihrem ausgesprochenen socialdemokratischen Charakter den Verein sehr bald zu einem politischen machen würden, und würde dann der Verein unzulässig den umstürzlerischen Bestrebungen der Socialdemokratie dienen.

Der Vereinsvorstand erhob dagegen die Klage beim Verwaltungsgericht in Braunschweig und dieses stellte sich unglücklichweise auf den Standpunkt der Polizeibehörde; es wies die Klage ab.

In der Verhandlung wurde gar nichts weiter festgestellt wie die Thatsache, daß die Mitglieder Socialdemokraten seien, und auf Grund dieser Feststellung wird der Verein, der noch gar keine Thätigkeit entfaltet hat, dessen Statut ihm lediglich Bildungszwecke zuzwies, als ein politischer bezeichnet. Nach dieser Logik können Socialdemokraten überhaupt niemals einen unpolitischen Verein bilden. Der Vorgang zeigt, wie wertlos das Eintragsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches für die Arbeiterorganisationen ist.

Politisches, Gerichtliches u. s. w.

Das nackte Weib mit dem Hahnenschweif, das in der letzten Kammer des „Wahren Jakob“ den Kolan vor Wästerchen vollaugt, hat die Gefühle eines Saugmannes in Stettin verletzt. Er ließ sich zwar nicht darüber aus, ob seine sittlichen, politischen, künstlerischen oder naturwissenschaftlichen Anschauungen irritiert seien, aber das hat er auch nicht nötig; es genügt, daß überhaupt irgend etwas bei ihm irritiert ist. Er verlangt also die Entfernung des Wildes aus dem Schaufenster einer Galanteriewerkstatt, und als ihm nicht gleich willfahrt wurde, konfiszirte er es kurzer Hand.

Offenkundig heizt man dem armen nackten Weibe im Stettiner Polizeihause ordentlich ein.

Polizei beleidigt. Wegen angeblicher Beleidigung eines Kriminalbeamten wurde vom Schöffengericht in Dresden der Genosse A. a. H. zu 30 M. Geldstrafe oder 6 Tagen Gefängnis verurteilt. A. hat in einer Versammlung, welche der genannte Beamte überwachte, heftigst ganz allgemein bemerkt, daß es vorkomme, daß die Polizei mit dem Unternehmertum in Verbindung trete, um diesem Ausfluß über das Verhalten der Arbeiter in Versammlungen u. s. zu geben. Wie aus dieser ganz allgemein gehaltenen Bemerkung eine Beleidigung eines bestimmten, des überwachenden Beamten, herzuleiten ist, ist nicht recht einzusehen.

Einen sogenannten „Schwabenverein für Handel und Gewerbe“ soll der Genosse Schmid in München als verantwortlicher Redacteur der „Münchener Post“ beleidigt haben, indem er ihn einen Demagogentempel nannte. Deshalb vom Vorstand dieses Vereins verklagt, wurde er zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. In der Verhandlung wies er zwar nach, daß alle Klagen dieses Vereins gegen Gewerbetreibende wegen unläuterer Wettbewerbs abgewiesen worden waren, und das Gericht erkannte an, daß das Verhalten des Vereins in bestimmten Fällen den Schein erwecken konnte, als bediene er sich eines Spionier- und Demagogensystems; trotzdem wurde der Redacteur bestraft.

Gerichts-Beitrag.

Der beleidigte Minister des Geistes.

Posen, 27. September.
Der Beleidigung des Kultusministers Dr. Studt waren die Genossen Dr. Rosa Luxemburg-Friedemann und Kasprzak-Posen angeklagt. Eine im Dezember vorigen Jahres erschienene Broschüre, „W obronie narodowosci“ (in Verteidigung der Rationalität), war Gegenstand der Anklage. Die Schrift, welche unter der polnischen Bevölkerung Posens verbreitet werden sollte, behandelte den Spracherlaß des Kultusministers Studt, der als ein Strentat auf das polnische Volk bezeichnet wurde. Außerdem enthielt die Broschüre einige scharfe Ausdrücke gegen die Regierung, die aber tagtäglich in der Presse zu finden sind, ohne daß deswegen Anklage erfolgt. Die Broschüre wurde erst im Februar d. J. beschlagnahmt, nachdem die Staatsanwaltschaft auf das Ersuchen der Polizeibehörde zunächst abgelehnt hatte, die Konfiskation zu beantragen. Im Mai stellte der Minister des Geistes Strafantrag und die Staatsanwaltschaft erhob Anklage.

Bald nach Eintritt in die Verhandlung stellte der Verteidiger, Rechtsanwalt Ryschner, den Antrag, den Eröffnungsbeschuß zu ergänzen; es sei aus ihm nicht ersichtlich, welche Stellen inkriminirt wären. Der Gerichtshof gab dem Antrag statt und der Vorigende verlas nach zweistündiger Beratung die inkriminirten Stellen.

Die Angeklagte Dr. Luxemburg erklärt sich bereit, den Beweis der Wahrheit für die in der Broschüre enthaltenen Behauptungen anzutreten. Kasprzak sagt aus, nur 10-15 Exemplare der Broschüre, deren Inhalt er kannte, verteilt zu haben.

Der erste Staatsanwalt Stahmer, der zur höheren Ehre des hohen Klägers die Anklage vertrat, bezeichnete es als eine schwere Beleidigung für einen Kultusminister, der die geistige Ausbildung der Jugend zu überwachen hat, wenn ihm der Vorwurf gemacht wird, daß er die Jugend zu geistigen Krüppeln machen wolle. Er beantragte gegen Rosa Luxemburg drei Monate und gegen Kasprzak einen Monat Gefängnis.

Der Verteidiger machte zur Kennzeichnung des vom Staatsanwalt beantragten Strafmaßes in treffender Weise darauf aufmerksam, daß die Broschüre dem Staatsanwalt bereits seit dem 11. Dezember v. J. bekannt sei und daß es erst den eifrigsten Bemühungen des Polizeipräsidenten gelungen sei, den Staatsanwalt überhaupt zum Einschreiten zu veranlassen.

Genossin Luxemburg wies in ihrer Verteidigungsrede darauf hin, daß man nicht einmal in der Lage gewesen sei, in der Anklageschrift bestimmte Stellen zu inkriminieren, sondern sich in der Hauptsache in allgemeinen Redensarten bewege. Sie kennzeichnete dann das preussische Germanisierungssystem, wie es seit Bismarcks Zeiten im Schwange war. Eine persönliche Beleidigung des Ministers habe ihr ferngelegen, zumal sie wisse, daß Herr Studt in der preussischen Politik eine vollständig untergeordnete Stellung einnehme und in dem Betriebe der Regierung eines der kleinsten Rädchen sei.

Das Urteil des Gerichts lautete trotzdem auf Verurteilung. Rosa Luxemburg muß 100 Mark und Kasprzak 30 Mark Geldstrafe bezahlen. Außerdem wurde dem Minister das Recht zugesprochen, das Urteil im „Reichsanzeiger“, „Posener Tageblatt“, „Posener Zeitung“, „Dziennik Poznański“ und „Kurjer Poznański“ zu veröffentlichen.

Zu einem Jahr Gefängnis ist gestern der Schlosser Carl Sachl verurteilt worden, der seinen Kassen, den 21 Jahre alten Hüfler Otto Sachl, auf offener Straße durch zwei Revolverkugeln verunndet hatte. Der Soldat hatte zu der Frau seines Onkels unläutere Beziehungen unterhalten.

Vermishtes.

Ueber die Typhus-Epidemie wird aus Gelsenkirchen berichtet: Hier wurden weitere 30 Typhuserkrankungen konstatiert. Es wurde festgestellt, daß die Wasserleitung verunreinigt ist. Die Epidemie nimmt eine immer größere Ausdehnung an und hat auch Kiessenen ergriffen. Alle Luftarbeiten und Verammlungen wurden verboten. In den industriellen Werken wird den Arbeitern Kaffee verabfolgt. Gestern wurde in mehrfachen Konferenzen der Behörden mit den Vertretern der Industrie die Frage einer zeitweiligen Absperrung des Leitungswassers erwogen. Diesem Vorzuschlage wurde jedoch seitens der Vertreter der Eisenbahn wegen der Sperrung der Lokomotiven widersprochen. Nunmehr soll die Wasserleitung mit Schwefelsäure desinfiziert werden. Vergart Müller wies hierbei auf die unglückliche Einwirkung der Schwefelsäure auf die Dampfessel hin, da hierdurch Explosionen zu befürchten seien.

Katastrophe bei einer Gasexplosion. Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus New York gemeldet wird, hat in Newark (New Jersey) eine Explosion in den Gaswerken stattgefunden, bei welcher 11 Personen getödtet wurden.

Marktpreise von Berlin am 26. September 1901

nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums.

Ware	Einheit	Preis	Ware	Einheit	Preis
Weizen, gut	D. Str.	—, —	Rostfleisch, neue D. Str.	5 —	5 —
„ mittel	„	—, —	Wurstfleisch, Reite 1 kg	1,70	1,10
„ gering	„	—, —	„ „ „	1,20	1 —
„	„	—, —	„	1,60	1,30
„	„	—, —	„	1,70	1,10
„	„	—, —	„	1,60	1,20
„	„	—, —	„	2,80	2 —
„	„	—, —	„	4,40	2,40
„	„	—, —	„	2,20	1,30
„	„	—, —	„	2,60	1,20
„	„	—, —	„	2,60	1,20
„	„	—, —	„	2 —	1 —
„	„	—, —	„	1,80	0,80
„	„	—, —	„	2,40	1,20
„	„	—, —	„	1,40	0,70
„	„	—, —	„	16 —	2,50

* frei Wagen und ob Bahn.

Produktenmarkt vom 27. September. Der Getreidemarkt zeigte wiederum matte Haltung. Amerika sandte schwach behauptete Preise, Oesterreich-Ungarn kam unverändert und auch aus Paris wurden niedrigere Notierungen gemeldet. Diese Ursachen und Verluste für nahe Schichten drückten namentlich auf den hiesigen Weizenverehr, weswegen diese Getreidearten für Oktober und Dezemberlieferung 1/4-1/2 M. nachgab. Offerten in amerikanischen Weizen sind aus erster Hand noch immer unrentabel, williger ist die zweite Hand. Roggen war für Oktoberlieferung gegen offiziellen Gehriges Schluß etwa 1/4 M. niedriger, für Dezember unverändert und für Mai 1/4 M. besser. Das Getreide war klein und die Kaufkraft gering. Weizen lag unverändert. Hafer war etwas matter, Mais wenig geändert. Weizen auf Realisationen und mangelnde Kaufkraft durchweg nachgebend. — Schluß für Getreide unverändert.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

H. S. Bielefeldt läßt sich ihr Karger über die erhöhten Barbierpreise ab, wenn wir Ihnen mitteilen — was Sie übrigens wissen würden, wenn Sie Leser des „Vorwärts“ wären —, daß die Preisänderung erfolgt ist, damit die Geschäftsinhaber die Vorkaufsteuer, welche die Weizen — leider noch nicht überall — in Berlin und einigen Orten durchgesetzt haben, zahlen können. Wenn Sie also, um sich für 10 Pf. röhren zu lassen, jedesmal die Reihe nach einem Barbier antreten wollen, so läßt das darauf schließen, daß Sie sich sehr schlecht auf die Wahrnehmung ihrer eigenen finanziellen Verhältnisse verstehen, denn vorausgesetzt, daß Sie in einem Barbier einen 10 Pf. Barbier finden, so würden Sie für den Barbier von 5 Pf. den Nachteil haben, 20 Pf. Barbiergeld zu zahlen und außerdem viel Zeit verstreuen. Ob das ein vortheilhaftes Geschäft ist, mögen Sie selber beurteilen. Wie Sie dazu kommen, von uns den Nachweis von 10 Pf. Barbieren zu verlangen, das ist uns unverständlich. Wir haben keine bezügliche Nachweise.

H. S. Wenden Sie sich an die Vorsitzende des Offenbacher Frauen-Krankenkasse, Frau A. Obergrenze, Altdorf, Völsingstr. 35 III.

H. S. Altdorf. Wir glauben, daß Sie in der Oeffentlichen Anstalt von C. S. Götz in Friedenau, Altdorfstr. 45, einem der ersten Justizärzte dieser Art, auf Ihre Frage Antwort erhalten.

S. S. Erfreue Vorländer des Arbeiter-Sängerbundes H. Herr Adolf Reumann, Berlin N. Brunnenstr. 150.
Gründerberg, H. S. C. 150: Rein. — J. S. 7. Wenden Sie sich persönlich an das Patentamt, Lenkenstraße. — 946. 1. Das Ablesungsgesuch wäre zwecklos. Sie mühten es schriftlich vor der Verhandlung einreichen. 2. Schriftlichkeit genügt. 3. Rein. — Schumann, Preis. Es muß Ihnen erst eine Impostforderung ausgeben. — J. S. A. Tanderhose. 1. Der Erb hat dieselbe Form für Dividenden wie für andre. 2. Beides sind bürgerliche Beamte, für die aber die Stadt zahlen muß. — H. S. A. Salkeser. Nicht an die Staatsanwaltschaft, sondern an das Gericht mühten Sie den Antrag richten. Eventuell nehmen Sie einen Stellvertreter.

Witterungsübersicht vom 27. September 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C.
Zwinnende	768,8	2 wolklos	14	Saparanda	763,8	—	bedeckt	11			
Damburg	768,8	1 Nebel	14	Deersburg	768,8	—	bedeckt	12			
Berlin	768,8	1 wolklos	14	Bois	764,8	—	5 Regen	16			
Frankf./M.	769,8	2 wolklos	15	Aberdeen	—	—	—	—			
München	768,8	2 Nebel	13	Paris	771,8	—	2 bedeckt	14			
Wien	769,8	—	12	—	—	—	—	—			

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 28. September 1901. Gewas wärmer, vorwiegend heiter und trocken bei mäßigen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Aus Industrie und Handel.

Die Kohlenpreise.

In der Presse wird vielfach berichtet, das Kohlenyndikat habe die Absicht, für das nächste Jahr die Preise zu ermäßigen. Die Nachricht ist nur mit großer Vorsicht aufzunehmen. Aus einem Artikel, der vor einigen Tagen im Organ der Reichsbesitzer, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ erschien, ist zwar nach der Richtung eine Abschwächung gemacht, aber es ist anzunehmen, daß nur für Industriekohle eine unbedeutende Preisherabsetzung eintreten wird, denn das Syndikat verteidigt seine Politik der Preistreibererei uneingeschränkt. Gegenüber der Meinung, daß niedere Preise den Absatz auf dem Inlandsmarkt heben, hält das Syndikat daran fest, auf Kosten des Inlandsmarkts die Ausfuhr zu heben, sei es durch niedere Preise für den Auslandsmarkt oder durch Exportsubventionen an die Eisenindustrie. Die Forderung, den Inlandsmarkt durch niedere Preise aufnahmefähig zu machen, wird als erfolglos bezeichnet. Das Kohlenyndikat setzt sich damit in schroffen Gegensatz zu den Interessen der Eisenindustrie, die wiederholt über die exorbitanten Preise für Hochofenschlacken geklagt haben. Besonders von demjenigen geschah es, die schulplos der Konkurrenz der Werke gegenüberstehen, die ihre Kohle und Hochofenschlacken selbst fabrizieren, und damit der Herrschaft des Syndikats entrückt sind. Das Kohlenyndikat vertritt seine Maßnahmen damit, daß es den Interessenten empfiehlt, man möge sich auch in Syndikaten zusammenschließen, um die Preisunterbietungen aufzuhalten. Wir haben selbst vor kurzem, als wir die Preisfestsetzung kritisierten, das als die nichtausgesprochene Absicht des Kohlenyndikats bezeichnet. Es ist deshalb nur zu begrüßen, wenn das Kohlenyndikat jetzt so offen darlegt, welche Zwecke es verfolgt.

Der Kampf wird also gegen die Abnehmer in ganz rücksichtsloser Weise weiter geführt werden, und zwar nicht nur zum Schaden der Eisenindustrie, sondern auch der Konsumenten.

Jede Syndikatsbildung treibt die Preise in die Höhe, ohne daß damit zugleich auch eine Lohnerhöhung für die Arbeiterklasse verbunden wäre. Im Gegenteil, solche starken wirtschaftlichen Organisationen, wie wir sie in den Syndikatsbildungen haben, sind auch den Gewerkschaften gegenüber gefährliche Gegner. Dem Arbeiter entsteht durch solche Organisationen der Organisationen der Unternehmer von zwei Seiten ein gefährlicher Angriff auf seine Lebenshaltung. Nicht nur der Lohn wird stark beeinflusst von diesen Trustbildungen, sondern auch als Konsument werden dem Arbeiter hohe Preise für seine Bedarfsartikel abgefordert.

Ein Standpunkt der Volkswirtschaft ist die Auffassung des Kohlenyndikats, daß niedere Preise die Nachfrage nicht heben können, ganz unhalbar. Jede Preisermäßigung schränkt den Bedarf der großen Masse der Konsumenten, der Arbeiterklasse, ein, wenn nicht in der Lohnerhöhung der Ausgleich eintritt. Auch für den Kohlenmarkt kommen diese Konsumenten in Betracht. Die Arbeitslosigkeit, der geringe Verdienst, wird laufende in diesem Winter zwingen, bei den hohen Kohlenpreisen ihren Bedarf einzuschränken, die Arbeiter werden mit der Familie in kalter Wohnung zubringen, um zunächst den unangenehmsten Gast, den Hunger, fernzuhalten. Diese Oekonomie muß in der Haushaltung auch da gebieterischer auftreten, wo niedere Löhne zur Einschränkung drängen.

Kohle ist für unseren Wirtschaftsbedarf ein so wichtiger Artikel, daß in zahlreichen Industrien mehr oder weniger die Preise der Fabrikate von der Anwendung für Kohle abhängig sind. Auch hier bedeutet besonders in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges eine hohe Preislage der Produkte die Erschwerung des Ablasses und damit die Verschärfung der Krise. Der erhöhte Absatz der Kohle nach dem Ausland kann die schlimmste Wirkung im Inland nicht ausheben, noch wird das Defizit des Inlandes dadurch gedeckt. Die Kohlenbarone haben in den letzten Jahren so bedeutende Gewinne eingesammelt, daß eine Preisherabsetzung für sie kein großer Verlust ist. Unter den gegenwärtigen Umständen hat die Preistreibererei eine schwere Schädigung des gesamten Erwerbslebens zur Folge.

Im Sinn des Gründerkrachs. In den letzten Jahren ist ohne Ausnahme eine überaus lebhafteste Preissteigerung für alle Metalle zu verzeichnen gewesen. Kupfer nahm dabei den Vorrang ein, denn der Preis stieg von 90,3 M. pro Doppelcentner im Jahre 1894 auf 160,2 M. im Jahre 1900. Die Anregung zu dieser Aufwärtsbewegung lag in dem großen Bedarf, den die Elektrizitätsindustrie beanspruchte. Mit dem gewaltigen Niedergang dieses Industriezweiges mußte natürlich auch auf dem Kupfermarkt ein verminderter Absatz und damit ein Preisdruck eintreten. Der amerikanische Kupferbergbau, von Rockefeller geleitet, widersteht sich bisher einer Preisherabsetzung und vermochte dies auch durchzuführen, da er einen großen Teil der Kupferproduktion beherrscht. Da tauchte auf einmal die Mitteilung auf, daß die Kupfervorräte in Amerika auf 60.000 Tonnen angewachsen seien — ein Vorrat, der für den Bedarf innerhalb zweier Monate genügt. Die Angabe soll von einem entlassenen Angestellten der Amalgamated Copper Company in Umlauf gesetzt sein.

Mit einem Schlage sanken in New York die Preise um 3/4 bis 3/8 Pfund pro Tonne. Noch größere Panik trat an der Börse ein. Die Direktion des schon erwähnten Werks, die Amalgamated Copper Company, erklärte, daß keine Superdividende verteilt werde und daß von den assoziierten Kupfergesellschaften in Boston und Montana keine Dividenden eingegangen seien. Der Kurs dieser Aktie ist an der New Yorker Börse in den letzten 14 Tagen um 21 Pfund gefallen und in Paris führten die Rio-Aktien um 105 Frank; auf die letzten zwei Monate zurückgegangen ein Rückwärts von 400 Frank. Dasselbe vollzog sich in London; in Wien und Berlin riefen die Vorgänge allgemein eine gedrückte Stimmung für Industriewerte hervor. Man behauptet, die Manipulation soll wohl vorbereitet gewesen sein und bestimmten Zwecken der Rockefeller Gruppe, die bereits die Petroleumproduktion beherrscht und zahlreiche andere Gründungen betrieben hat, gedient haben. Der plötzliche Preissturz muß die schwächeren Werke stark erschüttern, wenn nicht zum Ruin treiben und sie damit der Abhängigkeit gefügiger machen. Einige Werke, die außerhalb des Ringes standen, haben den Gründerkrach durch Preisunterbietungen fortgesetzt in der Weiterbildung des Trustes geführt. Gegen diese richtet sich der wachertuogene Kampf; diese Duldung müssen merke gemacht werden. Von anderer Seite wird sogar die Vermutung ausgesprochen, daß Rockefeller den Krach deshalb ausführt, weil ihm die Gründung eines Welttrustes für Kupfer nicht gelungen ist und er versucht nun durch diese starke Erschütterung des Marktes der Widerständigen Fällung. Wie dem auch sei, das Vorkommnis giebt uns einen interessanten Einblick in die Diktaturgelüste mächtiger Trustbildungen.

Vom Bankrott. Die aus der Spielhagen-Gruppe her bekannte Grundverwerbank, eine der bekanntesten Schwefelergänzungen dieses Bankkonzerns, hat gescheitert. Die Unterbilanz beträgt eine halbe Million.

Wie festgestellt wurde, beträgt der Verlust der Heilbronner Gewerbank 2.880.000 M., vom Aktienkapital und den Reserven bleiben nur 600.000 M. übrig.

Die Generalversammlung der Breslauer Diskontobank hat die Herabsetzung des Aktienkapitals von 50 auf 40 Millionen beschlossen und sollen die 10 Millionen zum Kurse von 74 angekauft werden. In Pforzheim ist für das Bankhaus Bloch ein Garantiefonds von 800.000 M. aufgebracht, der die Weiterführung des Geschäftes ermöglicht, damit dürfte auch das Fortbestehen der Stuttgarter Bank S. Schweizer gesichert sein.

Die Staatsaufsicht über die Hypothekendarlehen, wie sie von der preussischen Regierung gelebt wird, ist bei dem Zusammenbruch

der Hypothekendarlehen vielfach Gegenstand des Angriffs gewesen. Von sachkundiger Seite wurde bemerkt, daß an die Bankinspektoren viel zu große Anforderungen gestellt würden, so daß die notwendige strenge Kontrolle der Banken darunter leiden müßte. Es scheint aber auch, daß für diesen Posten ein Mann bestellt war, der der Aufgabe nicht gewachsen war. Die Gutachten, die der königliche Bankinspektor Hartmann über die finanzielle Lage der Preussischen und später der Pommerischen Hypothekendarlehen gab, lauteten viel zu günstig und führten die Pfandbriefbesitzer zur irrigen Beurteilung des vorliegenden Bestandes der zusammengeführten Banken. Die lebhafteste Entrüstung, die hierüber in der Presse laut geworden ist, hängt wohl mit der Meldung zusammen, daß Herr Bankinspektor Hartmann aus seinem Amt scheidet. Im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung des Hypothekendarlehenwesens läge es, wenn die Regierung endlich sich bemühte die Aufsicht mit größerer Strenge und Gewissenhaftigkeit zu üben. Denn die schlechte Bankkonjunktur hängt sehr innig mit der Unsicherheit dieses Bankbetriebes zusammen.

Neue Verträge. In Schwerte wurde der frühere Generaldirektor des Eisen- und Stanzwerkes in Gradwebe, Vogt, wegen größerer Unterschlagungen verhaftet. Er hatte sich stark bei den zahlreichen familiär unglücklich verlaufenen Unternehmungen des nach Amerika geschickten R. Keisenburg-Essen beteiligt, war auch bei mehreren Gewerkschaften Aufsichtsratsmitglied, wurde aber vor etwa zwei Monaten seiner Ämter entsetzt. Gleichzeitig erfolgte seine Entlassung als Generaldirektor des genannten Werkes. Seitdem lebte Vogt in Schwerte wo die Verhaftung erfolgte.

Betriebsbeschränkung im Bergbau. Aus Bochum wird gemeldet: Die Zeche „Hoffnungsthal“ stellt am 1. Oktober den Betrieb ein. Die ganze Belegschaft (350 Mann) ist gefündigt. Nur das Pumpwerk wird im Betriebe bleiben. Die Zeche, eine Gründung Leo Hanau's, befindet sich gegenwärtig im Besitz einer belgischen Gesellschaft.

Einschränkung der Brillenfabrikation. Infolge des Absatzmangels für Feinbrillen gehen die Zechen zur vermehrten Produktion der Brillen über. Da nun aber auch hier ein überaus großer Bestand, besonders im Zwischenhandel, lagert, kommen die Interessenten auch dort ins Gedränge, und hat nunmehr der Brillenverkaufsverein in Dortmund beschlossene, eine Erzeugungseinschränkung von 15 Proz. für den 1. Oktober festzusetzen. Die Vereinigung räumt sich, bisher die Preise gehalten zu haben.

Sociales.

Aufgehobenes Gewerbegericht. Das in der Stadt Elzen im Großherzogtum Hessen auf Grund des Ortsstatuts vom 12. Juli 1899 bestehende Gewerbegericht ist durch Beschluß der städtischen Behörden aufgehoben worden. Ueber die Gründe erfährt man nichts Näheres. Einer Abordnung des Gewerkschaftsrates, die beim Bürgermeister vorstellig wurde, sagte man, sie solle einen juristischen Vorkandidaten vorschlagen, was nach dem Gesetz gar nicht nötig ist.

Kennzeichnung von Arbeitszeugnissen. Die Unternehmer erweisen sich außerordentlich erfindungsreich in dem Streben, das Verbot der Kennzeichnung von Arbeitszeugnissen zu umgehen und beweisen damit, wie ungenügend ihnen jenes Verbot ist. Einen besonders ingeniösen Einfall hat die Schmiedemeister in Harburg gehabt. Die von ihr ausgegebenen Arbeitszeugnisse haben folgenden Aussehen:

Harburg (Elbe), den
Entlassungsschein
der Schmiedemeister Harburgs.
Der Schmiedegeselle
Der Schmiedegeselle
Der Schmiedegeselle
Der Schmiedegeselle
Der Schmiedegeselle (Name) hat vom (Datum) bis zum (Datum) bei mir in Arbeit gestanden und ist hiermit entlassen.
Es ist, wie unser Harburger Parteiblatt berichtet, festgestellt worden, daß Arbeiter, die mit einem derartig ausgefüllten Entlassungsschein entlassen wurden, worin der Name erst der fünften Reihe angefügt ist, bei keinem Harburger Innungsmeister Arbeit belamen.

Das Gesetz hat mit Recht für solche Kennzeichnung die hohe Strafe bis zu 2000 M. oder 6 Monaten Gefängnis angelegt; es ist aber auch zu wünschen, daß die Gerichte in der Beurteilung solcher Umgehungsversuche die nötige Strenge anwenden und den Unternehmern ein für allemal die Lust dazu nehmen.

Gerichts-Beitrag.

Unzulässigkeit der Wahl des Stadtverordneten Theodor Bloch. Unser Parteigenosse Bloch ist seiner Zeit in 44. Wahlbezirk der III. Abteilung mit 1860 Stimmen gegen 1634 Stimmen, die auf den Antikandidaten fielen, gewählt worden. Die Wahl hatte in einem einzigen Lokal, dem Artushof, stattgefunden, und zwar hatte der Magistrat folgendes angeordnet: Zur Stimmabgabe seien auch die Personen zugelassen, die wegen Raummangels das Wahllokal nicht betreten konnten und sich um 8 Uhr abends noch außerhalb desselben im Vorraum (Flur, Hof, Garten) befänden; nach 8 Uhr von der Straße hinzukommende Personen seien nicht mehr zugelassen. — Die Wahl wurde nun im Klagewege angefochten. Der Kläger machte in der Hauptsache geltend, daß es noch nach 8 Uhr Wählern möglich gewesen sei, das Wahllokal zu betreten und ihre Stimmen abzugeben. Der Bezirksauschuss nahm nach umfangreicher Beweiserhebung als erwiesen an, daß um 8 Uhr ein genügender Abschluß nach der Straße zu nicht erfolgt wäre und daß es wahrscheinlich sei, daß zu spät gekommene Personen zu Unrecht ihr Wahlrecht noch ausübten und damit das Wahlergebnis beeinflusst hätten. Auf Grund dieser Feststellung erklärte das Gericht die Wahl für ungültig. — Auf die Verurteilung der Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich nun gestern der zweite Senat des Ober-Verwaltungsgerichts mit der Angelegenheit. Die Stadtverordneten-Versammlung, die die Gültigkeit der Wahl ausgesprochen hatte, in dem Prozeß also die Beklagte war, ließ sich durch den Rechtsanwalt Hugo Sachs vertreten, während Rechtsanwalt Ulrich den Kläger, einen Gerichtsbeamten, vertrat.

Nach mehr als zweistündiger Verhandlung und Beratung befürwortete der Senat die Beseitigung. Aus den Urteilsgründen ist hervorzuheben: Wenn, wie hier, Anfang und Ende der Wahlzeit festgelegt ist, dann müßten Vorkehrungen getroffen werden, die verhindern, daß nach Schluß der Wahlzeit (hier 8 Uhr abends) noch jemand zum Wahllokal Zutritt habe. Es könne im vorliegenden Fall dahin gestellt bleiben, ob der Magistrat, wie er getan, die Vorkammern des großen Saales für die Zeit eines eventuellen Raummangels als mit Wahllokal gehörig bestimmen dürfe. Denn der Bezirksauschuss sei auf Grund verschiedener Zeugenaussagen der Ansicht, daß das eigentliche Wahllokal, der große Saal, um 8 Uhr noch für 200 Personen Raum geboten hätte! Aufgabe des Wahlvorstandes wäre es deshalb gewesen, um 8 Uhr die Wahlhandlung zu unterbrechen und die Thüre des engeren Wahllokals, des Saales schließen zu lassen und nicht noch Leute von denen herein zu lassen, die sich draußen aufhielten. Das sei erst nicht geschehen und dann sei die Schließung, nachdem sie erfolgt war, nicht aufrecht erhalten worden, da es nach einigen Zeugenaussagen dann noch einer größeren Anzahl Personen gelungen sei, in den Saal einzudringen. In diesen Umständen sehe das Gericht eine erhebliche Unregelmäßigkeit, die bei geordnetem Verfahren nicht hätte vorkommen dürfen.

Ein eigentümlicher Diebstahlsfall wird in diesen Tagen vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt. Die Eheleute Ried werden beschuldigt, ein jetzt 83 Jahre altes Fräulein Luise Dölling, das sie auf Empfehlung des Pastors Diestelkamp zu sich genommen und versorgt haben, durch Diebstahl nach und nach um ihr ganzes Vermögen gebracht zu haben. Der Beihilfe sind angeklagt die Tochter des Ehepaars, Marie Ried, und die Obsthändlerin Alwine Just geb. Richter. Das alte Fräulein Dölling war eine sehr mißtrauische Dame, die auch eine instinktive Abneigung gegen die Ried gehabt zu haben scheint, denn in einem Testamentsentwurf hat sie verlangt, daß im Falle ihres Todes ihr Leichnam sezert werde, da sie fürchtete, daß sie vergiftet werden würde. Das alte Fräulein war außerordentlich sparsam und ihr ziemlich bedeutendes Vermögen vergrößerte sich durch Zinszuschlag von Jahr zu Jahr. Sie hatte ein Depot von 50.000 Mark auf der Reichsbank. In einem Kasten ihrer Kommode bewahrte sie ein Sparfaßchen über circa 1500 M., außerdem besaß sie zwei Hypothekendokumente über 25.000 M. und 7000 M., die sie in einem Geheimfach eines Schrankes aufbewahrte.

Dieses gesamte Vermögen der Dölling, mit Ausnahme der Hypothek über 7000 M., soll die Angeklagte Ried dem alten Fräulein gestohlen haben. Nur die 7000 M. soll sie später in das Zimmer der Dölling zurückgetragen haben, weil sie dieselben nicht verwerten konnte. Die Hypothekendokumente hat die Angeklagte Luise Ried, wie sie auch gesteht, gestohlen. Sie hat die Hypothek von 25.000 M. lombardiert, wobei sie angab, sie brauche das Geld zur Unterfütterung ihres angeblichen Neffen, eines Polizeilieutenants. Da sie bei diesen Hypothekengeschäften auch eine notarielle Urkunde gefälscht hat, so wird sie sich dieserhalb am 3. Oktober wegen schwerer Urkundenfälschung vor dem Schwurgericht zu verantworten haben.

Die Frau Ried leugnet in ziemlich plumper Weise, das alte Fräulein bestohlen zu haben, doch erscheint sie durch die gestrige und vorgestrige Verhandlung überführt. Montag soll der Fall weiter verhandelt werden.

Versammlungen.

Eine öffentliche Glaschleifer-Versammlung tagte am Mittwoch im Gewerkschaftshaus. Gribig, der Vorsitzende des Glasarbeiter-Vereins, hielt einen Vortrag über den Generalkonflikt der Glaschleifer und schilderte zunächst das Entstehen und den Verlauf desselben. Der Redner wies besonders die Vorwürfe zurück, die von einigen Seiten den Glaschleifern gemacht worden sind, und sprach seine Überzeugung dahin aus, daß, wenn es den Glasarbeitern möglich gemacht worden wäre, den Streik noch bis Anfang Oktober fortzuführen, die Unternehmer hätten nachgeben müssen. Des weiteren verurteilte der Redner den bekannten Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung“, der zwar die Ausständigen nicht vollständig gemißbilligt habe, wohl aber ihren Kredit bei den Gewerkschaften geschädigt habe, und schildert dann das Verhalten der Unternehmer, die jetzt an mehreren Orten in brutalster Weise gegen die Besiegten auftreten. Die Maßnahmen des Unternehmens seien doch nicht im Stande, den Verband zu vernichten. Mit erneuter Kraft müßte nun an der Stärkung der Organisation gearbeitet werden, dann würde man die Folgen der Niederlage bald überwinden.

In der darauf folgenden lebhaften Debatte wurde den Gewerkschaften der Vorwurf gemacht, daß sie die Glasarbeiter nicht genügend unterstützt hätten, und ebenso wurden die Generalkommission und die Gewerkschaftskommission wegen ihrer Haltung zum Streik angegriffen. Einige Redner traten für den Austritt aus diesen beiden Korporationen ein, andre für die Gründung eines Lokalvereins der Glaschleifer, weil sie der Ansicht waren, daß diese Branche von der Leitung des Zentralverbandes benachteiligt werde. Ein Antrag, einen Vortrag über Zentral- und Lokalorganisation halten zu lassen, wurde dem Vorstande überwiesen. — Wegen der vorgerückten Zeit wurden die übrigen Punkte der Tagesordnung auf eine spätere Versammlung verschoben.

In der wilkürlichen Milchbereiterung nahmen am Donnerstag nunmehr auch die Altdorfer Genossinnen und Genossen Stellung. Die von der weiblichen Vertrauensperson eubersene Volksversammlung, die bei Griebler, Bergstraße, tagte, war gut besucht. Auch hier referierte Genossin Martha Tieg. Ihr Aufruf zum Kampf gegen die in der Milchzentrale vereinigten märkischen Milchproduzenten fand, wie der starke Beifall bewies, lebhaftesten Anklang. Es entspann sich darauf eine rege Debatte. Einzelne Redner und Rednerinnen glaubten zwar, den Milchpächtern auch nicht viel mehr Sympathie als den Agrariern entgegenbringen zu sollen, indessen ging doch im allgemeinen die Anschauung fast aller Redner dahin, daß die Arbeiterschaft um des eignen Interesses willen die Milchhändler in dem augenblicklichen Kampfe unterstützen müsse. — In einer Resolution verpflichteten sich die Versammelten, die wirtschaflichen und gemeindefählichen Pläne zur Milchverwertung mit allen zulässigen Mitteln zu bekämpfen und namentlich dafür zu sorgen, daß die Frauen des arbeitenden Volkes die Geschäfte meiden, in denen Ringmilch zum Verkauf gestellt wird. — Man machte dann noch darauf aufmerksam, daß durch Plakate, die den Schemel des Vereins der Milchhändler tragen, die Geschäfte kenntlich gemacht werden würden, wo es ringfreie Milch giebt.

Eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung für Schöneberg fand unter starker Beteiligung am Mittwochabend in Ochs's Festsaal statt. Stadtv. Dr. Freudenberg stellte in seinem Referat zunächst fest, daß in diesem Kampfe um die Kommunalvertretung der dritten Abteilung der Socialdemokratie eine aus verschiedenen Vereinigungen zusammengesetzte bürgerliche Partei entgegensteht, die sonst in wohl allen Fragen des öffentlichen Lebens weit auseinandergehen, und daß ein solchergestalt zusammengewürfeltes „Programm“ in der Wahlperiode gar oft gewechselt wird, im Gegensatz zu dem auf festen Füßen stehenden einheitlichen Programm der Socialdemokratie. Und wie die freisinnige Mehrheit der hiesigen Körperschaft seine kommunalen Pflichten erfüllt und seine bei jeder Wahl gegebenen Versprechungen hält, das zeigt sich am besten bei der Frage zum Wahlrecht, beim Ausbau von Schulen und am allerbesten in der hiesigen Krankenhausfrage, daß eine Stadt von beinahe 100.000 Einwohnern noch weit hinter dem kleinsten Orte Deutschlands zurückbleibt. Auf dem Papier sieht sich das Wahlprogramm ganz gut an, was soll es aber heißen, wenn z. B. da steht: „Stärkere Heranziehung des wachsenden Wertes des Grund und Bodens zur Steuerbelastung“ und man hinterher sieht, daß auch die — Haus- und Grundbesitzer ein solches Programm unterzeichnet haben. Welche Ironie! Der Referent schließt mit der Aufforderung an die Versammelten, am Tage der Wahl nur dem Kandidaten der Socialdemokratie ihre Stimme zu geben. — Nachdem sich verschiedene Redner in demselben Sinne ausgesprochen hatten, schritt man zur Aufstellung der Kandidaten. Da die dritte Abteilung neun Vertreter zu stellen hat, von denen vier Hausbesitzer sein müssen, wurden für den 1., 2., 4. und 9. Bezirk Genosse Obit, für den 1. Bezirk Wolleermann, für den 5. Bezirk Kötter, für den 6. Bezirk Wämmer, für den 9. Bezirk Hoffmann und für den 10. Bezirk Däumig einstimmig als Kandidaten aufgestellt. Die Zugehörigkeit der Strohen zu den einzelnen Bezirken wird an anderer Stelle bekannt gegeben. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, den Magistrat zu ersuchen, in Anbetracht der großen Ausdehnung der Wahlbezirke und da ein großer Teil der Wähler außerhalb Schönebergs beschäftigt ist, die Wahlzeit bis abends 9 Uhr zu verlängern.

Der Verband der Portefeuillen (Ortsverwaltung Berlin) beschäftigt sich in seiner am 17. d. Mts. abgehaltenen Generalversammlung mit der Angelegenheit des Mitgliedes Arno Schulze, die schon aus einem früheren Versammlungsbericht bekannt ist. Hierauf wurden folgende Wahlen vollzogen: Ortsverwaltung: C. Müller, 2. Bevollmächtigter: Braum erster, Günter, zweiter Schriftführer: Beschlig, Weithier; Kassier: Kaczmarek, Revisor: Agitationskommission: Killion, Munder, Gebrode, Gustav Schönfeld. — Arbeitsnachweis-Kommission: Baumgart, Schwalbad, Krebs. — Rechtschutz-

Kommission: A. Hauptmann, Henschel, Ernst, Müller und Teubener. Den Glasarbeitern wurden 15 M. und den Tabakarbeitern 10 M. bewilligt.

In **Pankow** tagte am Dienstag eine Volksversammlung, in der Genosse Krone einen Vortrag über den Wert der Konsumgenossenschaften hielt. Es soll, wenn möglich, am 1. Januar eine Verkaufsstelle des Konsumvereins Berlin Nord in Pankow errichtet werden. Um die Aufnahme von Mitgliedern zu erleichtern, wurden

außer bei Frau Werner, Berlinerstr. 78, noch Pankow bei Hoffmann, Pankowstr. 25, und bei Blaurod, Wollanstr. 113, errichtet.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 29. September, vormittags 10 1/2 Uhr, in Kellers großem Festsaal, Kopenstr. 29: „Feier der Jugendaufnahme.“ (Konfirmation.) Die Festrede hält Herr Dr. Bruno Wille. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. S. 29 Hamburg), Filiale 7. Sonntag, den 29. September, vormittags 10 Uhr, bei Bergmann, Pankowstr. 3: Mitglieder-Versammlung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 28. September. Opernhaus. Die Jandertste. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Der kommende Mann. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Oper-Theater (Stoll). Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr. Im Trianon-Theater: „Lebende Leber“. Anfang 8 Uhr. Schiller. Jugend. Anfang 8 Uhr. Deutsches. Die Hoffnung. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Die Goldgrube. Anfang 7 1/2 Uhr. Lessing. Plachsmann als Erzieher. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Sein Doppelpänger. Vorkler: Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Das ewig Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr. Westen. Martha. Anfang 7 1/2 Uhr. Secessionsbühne. Detlev Lillencron's Bunte Welt. Anfang 8 Uhr. Central. Giroflé-Giroflá. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr. Luise. Der Goldbauer. Anfang 8 Uhr. Carl Weisk. Berliner Nangen. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelm-Königsches. Die Sandknecht. Anf. 7 1/2 Uhr. Veste-Miliane. Talolo. Anfang 8 Uhr. Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 7 1/2 Uhr. Passage-Theater. Damen-Kampfe. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr. Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Rosenmontag. Anfang 8 Uhr. Urania. Tautenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken. Jubiläumstraße 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: **Ueber den Wolken** Invalldenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum.

Friedrichstr. 165. Neu! Neu! Neu! **Der künstliche Mensch!** Die sensationellste Erfindung der Neuzeit: Der „Clon“ der Pariser Welt-Ausstellung. Vorstellungen: 12 Uhr mitt., 3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

Zoologischer Garten.

Täglich nachm. 4 Uhr: **Grosses Konzert.** Bei ungünstiger Witterung im Saal. Entree 1 Mk.; ab 6 Uhr nachmittags 50 Pf., Kinder die Hälfte. Vom 1. Oktober ab 5 Uhr nachmittags 50 Pf. Entree.

Metropol-Theater.

Schön war's doch! Gr. Berliner Ausstattungsgeselle mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern. **Emil Thomas a. G. Joseph Josephi a. D. H. Bender. G. Kaiser. Else de Veré a. D. Frid-Frid. F. Georgette.** Gastspiel: **Saharet!** Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater). Sonnabendabend 8 Uhr: **Jugend.** Ein Liebesdrama in 3 Aufzügen von Max Halbe. Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Wilhelm Tell.** Sonntagabend 8 Uhr: **Helmat.** Montagabend 8 Uhr: **Jugend.**

Central-Theater.

Heute Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 8. Male mit ganz neuer Ausstattung an Kostümen, Dekorationen u. Requisiten. **Giroflé-Giroflá.** Operette in 3 Akten von Secoca. Hauptdarsteller: Mia Berger, Henry Widner, Louise Albes, Edmund Kuschel, Carl Schulz, Emil Sondermann. Morgen, nachmittags 3 Uhr: Vollständige Vorstellung zu halben Preisen. Zum 78. Male: **Die Geisha.** Abends 7 1/2 Uhr: Giroflé-Giroflá.

Thalia-Theater.

Dresdenstr. 72. Heute u. folg. Tage: **Ein tolles Geschäft.** Große Ausstattungsgeselle mit Gesang und Tanz in 4 Bildern. Paula Worm in 8 Verwandlungen. Guido Thiescher in 11 Verwandlungen. Fritz Helmerding als Wolzogen. Junkermann, Boßé. Anfang 7 1/2 Uhr. **Carl Weiss-Theater** Große Frankfurterstr. 132. Nachmittags 4 Uhr Kindervorstellung: **Aschenbrödel.** Kindermärchen mit Gesang in 6 Bildern von W. v. Zahn. Preise der Plätze sehr klein: 10, 20, 30 und 50 Pf. Abends 8 Uhr! Abends 8 Uhr!

Berliner Nangen!

Große Ausstattungsgeselle mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern v. W. Albert. Musik von H. Leonard. Sonntagnachmittag 3 Uhr bei kleinen Preisen: **Nathan der Weise** von Lessing, unter Mitwirkung hervorragender Kräfte. Abends 7 1/2 Uhr: Berliner Nangen.

Casino-Theater

Lothringerstrasse 37. **Steidl.** Berlin N. — Berlin W. Anf. wochent. 8, Sonntag 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 29. September, nachmittags 3 Uhr, zu kleinen Preisen, Soubrette und Schiller habe Preise: **Nathan der Weise** von Lessing, unter Mitwirkung hervorragender Kräfte.

Palast-Theater

fr. Fern-Palast, Burgstr. 22. Direction: Winkler u. Fröbel. Täglich: Unbeschreiblicher Erfolg des Sensations-Programms. Hochinteressantes **Künstler-Perfomel.** **William Neuberti. Karl Braun.** Endlich allein. Der Komponisten-Weitkreit. Direktor **Wilhelm Fröbel** in der abendlich bejubelten Gesangsreihe **Rosen Sonntag** Lebende Nissen-Photographien. Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr. Billet-Verkauf von 11-1 Uhr. **Chordamen** können sich melden im Bureau von 11 bis 1 Uhr.

Cirkus Albert Schumann.

Renz-Gebäude, Karlstrasse. Sonnabend, den 28. September, abends präc. 7 1/2 Uhr: **I. Grands Solrés High-Life. Galaprogramm.** U. a. zum 3. Male: **Das Schulferd** in **Feuer und Flammen.** Ganz neue Erfindung des Dir. **Alb. Schumann.**

Ferner: Die phänomenalen Amerikaner 5 Johnsons. Frau Kathilde Rens. Herr E. Rens. Fr. Dora Schumann. Die beiden Chinesen Garry und Maria. Die einzigen dressierten 3 Reharad, vorgeführt von den Franziskanerinnen Marie Blanche, Marie Rita Maria u. Rosa. Sauvet. 8 Engländer. Koloph u. Coco. Weibel-wel-Marisch. 100 Damen etc. Sonntag, den 29. d. Mts., nachm. 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr 2 gr. brill. Vorstellungen. Nachm. 1 Kind frei.

Cirkus Busch

Bahnhof Börse. **Gala-Premiere** Heute Sonnabend, den 28. September. Anfang 1/2 Uhr.

An die Mitglieder des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Sonntag, den 29. September, vorm. präc. 10 Uhr:

Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung

im **Cirkus Schumann, Karlstraße.**

Tages-Ordnung: **1. Berichterstattung der Tarif-Vertreter über den Verlauf der Tarifverhandlungen.**

2. Diskussion. **Werte Kollegen!** In Erwägung, daß die Bedeutung dieser Versammlung von jedem Mitgliede erkannt wird, nahm der Vorstand Veranlassung, den größten Saal Berlins zur Abhaltung dieser Versammlung zu mieten, um somit jedem Mitgliede Gelegenheit zu geben, an dieser hochwichtigen Versammlung teilnehmen zu können. Der Vorstand erwartet daher nicht nur, daß alle Mitglieder zur Stelle sind, sondern rücht auch um äußerst pünktliches Erscheinen, damit die Verhandlungen durch Nachzügler nicht gehindert werden.

Außerdem werden die Vertrauensleute ersucht, den Mitgliedern per Cirkular von dieser Versammlung Kenntnis zu geben und es denselben zur Pflicht zu machen, ohne Ausnahme sich daran zu beteiligen.

Die Vertrauensleute nehmen in der Manege Platz. Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand: Albert Massini, Vorsitzender.** [35/11*

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 30. September, abends 8 Uhr, Friedrichstr. 11: **Versammlung.**

Tages-Ordnung: **1. Uebersicht über den Stand der Organisation** früher und jetzt. **2. Wahl. 3. Bericht über die Angelegenheiten von Friedrichsberg, Lichtenberg, Friedrichsfelde und Rummelsburg** werden erlutet, pünktlich zu erscheinen.

Wittwoch, den 2. Oktober, abends 7 Uhr: **Sitzung der Vertrauensmänner.**

Für Süd-Ost: Zschalherstr. 59 bei Metzner. Ost: Friedrichsbergstr. 11 bei Urban. Norden: Zwinmunderstr. 26 bei Irmer.

Da eine neue Geschäftsstelle angelegt werden soll, müssen sämtliche auch die kleinen Werkstätten vertreten sein. [147/17

Sonnabend, den 5. Oktober, Kopenstr. 29: Stiftungs-Fest.

Auftreten des Berliner **Mus-Trio.** — Festrede vom Kollegen G. Meuter. Während der Vorstellung im kleinen Saal, nach derselben in beiden Sälen **TANZ.** Billets: Herren 50 Pf., Damen 30 Pf., sind heute in den Pankow bei Hoffmann zu haben.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Am Mittwoch, den 25. d. M., verstarb unser Mitglied **Emil Haberland.**

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, auf dem Friedhof der Gemeinde „Zum heiligen Kreuz“ in Mariendorf statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. (Osten.)

Am Dienstag, den 24. September, starb unser langjähriges Mitglied, der Schmieb **Martin Zehner.**

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Marien-Andreas-Kirchhofs in Wilhelmsherg aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet **Der Vorstand.** 296/3

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Centralverwaltung Berlin. **Todes-Anzeige.** Am Mittwoch, den 25. d. M., verstarb unser langjähriges Mitglied, der Wärtler **Emil Haberland.**

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des heiligen Kreuz-Gemeinde in Mariendorf aus statt. **Die Centralverwaltung.**

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse. **Wochentags 7 Uhr.** Nur erstklassige **Specialitäten. J. M. Hatt.** Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung.

J. Brünn,

(Bahnhof Börse) **Haarischer Markt 4**

Nach beendeter Engros-Saison gelangen jetzt im Einzelverkauf große Lagerbestände meiner **Teppiche! Gardinen! Portieren! Steppdecken!** zu sehr billigen Preisen zum

Ansverkauf!!

Einzelne fehlerhafte Exemplare für die Hälfte des Wertes.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. (Osten.)

Am Dienstag, den 24. September, starb unser langjähriges Mitglied, der Schmieb **Martin Zehner.**

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Marien-Andreas-Kirchhofs in Wilhelmsherg aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet **Der Vorstand.** 296/3

Centralverband d. deutschen Schmiede.

Unsern Mitgliedern zur Nachricht, daß am Dienstag, den 24. September, unser braver Kollege **Martin Zehner** nach längerem Stechtum verstorben ist. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. September, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Friedhofes in Wilhelmsherg aus statt. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Central-Kranken-Unterstützungsverein d. Schmiede u. verw. Gewerbe Deutschl.

Todes-Anzeige. Am 24. September starb unser langjähriges Mitglied **Martin Zehner** im Alter von 33 Jahren an der Proletariatskrankheit.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofs in Wilhelmsherg aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand, Zahlstelle Berlin I.**

Socialdemokrat. Wahlverein Nowawes-Neuendorf.

Am Mittwoch, den 29. d. M., verstarb plötzlich infolge eines Unglücksfalles unser langjähriges Mitglied, der Genosse **Wilhelm Gebauer.**

Wir werden seiner stets in Ehren gedenken. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. d. M., nachmittags 3 Uhr, statt. Die Parteigenossen werden gebeten, sich recht zahlreich zu beteiligen und sich im Vereinslokal um 2 Uhr zu versammeln. **Der Vorstand.** 203/10

A. Stippekohls Restaurant Köpenick, Schauerländerstr. 5.

Arbeiter-Bekehrungslokal. Für gute Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt.

Dr. Schönemann,

Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. Sprechstunden: 1/2-12-1/2, 1/6-1/2.

Achtung!

Gesangverein **Kreuzberger Harmonie.** Treffpunkt der Sänger 3 1/2 Uhr auf dem St. Kreuz-Kirchhof. (Siehe obige Annonce.) 7538

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Leberhose **Herkules** tragen. Klein-Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hinten u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Nieftdyse u. Rappnähte. Keine Leber-Blot-Falten, Große Hüften umsonst. Die Hofe

bei Entnahme von 4 Mf. 50

Seit blaues Monteur-Jackett 1 M. 90
Seit blaues Monteur-Hose . . . 1 M. 50
Seit blaues Monteur-Jackett Prima Körper-Gewebe . . . 2 M. 50
Seit blaues Monteur-Hose Prima Körper-Gewebe . . . 2 M. 10
Prima Manschet Hose 9.—, 5.50, 4.25
Gesättigt. Ranche-Jackett 13.—, 9.—
Operations-Mantel f. Kerzte 4.75—3 M. 40
Raler-Rittel . . . 3.—, 2.50, 2 M.
Rechnung-Rittel (braun) 3.—, 2 M. 40
Weißes Leber-Jackett, Preisig gesättigt 7 M. 50
Weißes Leberhose, Prima Ware 3 M. 75

Baer Sohn

En gros. Export. En detail. **Chausseest. 24/25. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.** Die 18. Preisliste der Saison 1901/1902 über gesamte Herren- und Knaben-Bekleidung (Anlage 1 Million) wird kostenlos und portofrei zugesandt. Versand von 20 M. an franco. — Bei Bestellung genügt Angabe der Größt- u. Bundweite u. Schnittlänge. Obige Preise gelten für normale Größen. 1888*

Apollo-Theater.

10 Specialitäten. **Grandel. * Steidl.**

Frau Luna

Luftballett Grigolatis. Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 10. **Begen Privat-Festlichkeit keine Vorstellung.** Sonntag: **Die wilde Raue.**

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Wiederauftritt von **Adolf Hoffmann.** Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag **Hoffmanns Norddeutsche Sänger**

Nach jeder Solree: **Tanz.** Anfang Sonntag 7 Uhr, von 5-7 Uhr Sonert. Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei. Alle anderen Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3. Vornahmt Vergnügungslokal! Täglich: **Internationale Konzerte.** Specialität-Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften. **Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.** Vorsüchtige Küche. Gut gepflegte Biere.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. Herrliche Programme, u. a. „Bosco“. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Carl Helbig, Heilgilde und Waffene

für sämtliche Krankenkassen Berlins (11142*) und Umgebend. **Hfedomstr. 9, Eing. Wollfr. 10, I**

BERLIN C.
Spandauerstrasse 26-30

N. JSRAEL

BERLIN C.
Königstrasse 11-14

Eröffnung
des
Neubaues
am
30. September



HAUPTINGANG DES KAUFHAUSES

Grosse
Ausstellung
in den
Gesamträumen

Möbel kauft man am besten und billigsten im **Fabriklager** des Tischlermeisters **Julius Kiwy, Chausseestr. 51.**

Arbeiter-Bildungs-Schule

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links II.
Lehrplan für das IV. Quartal 1901.

Unterrichtsfach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer	Unterrichts-Abend
Geschichte	Litteratur bei den Urvölkern und im Altertum	Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner	Montag
Natur-Erkentnis	Die Lehre von der Energie	Dr. Robert Haseo	Dienstag
National-ökonomie	Zoll-, Handel- und Verkehrs-Politik	Schriftst. Georg Bernhardt	Donnerstag
Rede-Uebung	Uebungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz	Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner	Freitag

Der Unterricht beginnt in **Geschichte** Montag, den 14. Oktober; **Naturerkenntnis** Dienstag, den 15. Oktober; **National-ökonomie** Donnerstag, den 17. Oktober; **Rede-Uebung** Freitag, den 18. Oktober.
Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige **Bibliothek** ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet.
Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 M. und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.
Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.
Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links II.** und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz, Admiralstrasse 40a; Reul, Barnimstr. 42; Bauer, Rosenthalerstr. 57; Krause, Müllerstr. 7a.**
Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Hermann Lammé, Berlin S. 42, Brandenburgstr. 9, IV.** Geldsendungen an den Kassierer **H. Königs, Berlin S. 59, Hasenheide 50,** zu senden.
4/20 **Der Vorstand**



M. & W. Müllers Nordlicht

ganz alter feiner, vorzüglich à Originalflasche 1 Mk.
schmeckender Getreide-Korn
Zu haben in allen Destillations-, Delikatessen- und Kolonialwaren-Geschäften.

M. & W. Müller, Buckowerstrasse 7

(früher Waldemarstrasse 29).
Einzige Kornbranntwein-Brennerei, Spirit- und Presshofs-Fabrik Berlins, in der täglich bis zu 240 Ctr. Getreide zu Trunkbranntwein verarbeitet werden. **Prämiiert mit goldenen Medaillen und Auszeichnungen.**

Kohlen nach Gewicht

bedeutend billiger als nach Stückzahl und Maß

Heinrich Schneidemühl

Haupt-Comptoir: NW., Quitzowstr. 109.
Größte Bezugsquelle für Einkauf nach Gewicht.
Spezialität:
* Jise Bergbau-Act. Ges. *
* TYHEYE *
* Polierwerke MARIE *
* Polier *
sowie alle Sorten Brennmaterialien billig frei Haus.
Bei Selbstabholung ab Lagerplatz
♦ Bahnhof Moabit, Quitzowstrasse 87/88 ♦
besondere Preisermäßigung.
Handwagen kostenlos zur Verfügung meiner Knechte. (2354L*)



Dr. med. S..... in B... schreibt:
„Wenn in den heißen Monaten der Magen überhitzt ist und nach einem heißen Obst leicht verdaulich man nicht, vorher oder nachher einen

Magendocor

zu nehmen. Ferner empfiehlt es sich, nach dem Genuss von Gurken, Salat, frischem Obst und Gemüsen dem Magen einen

Wurm

anzuführen. Nach meinen Erfahrungen hat sich der wohlgeschmeckende Schüster-Extrakt auch dann, wenn Unvorsichtigkeit und Exzesse von Adien Folgen begleitet waren, vorzüglich bewährt. Verlangen Sie gef. andrücklich **„Wurm“**, weil viel Nachahmungen existieren. General-Depot:
NO. Neue Königstrasse 74.

Wer schnell und zu constanten Bedingungen

Geld!

Darlehen oder Hypothek sucht, verlange unsern Hypotheken- und Darlehens-Nachweis.
H. Bittner & Co., Hannover-Z.

Commerpreije.

Primo Steinberger Brillanté 16 Str. 7
6 Brill. ca. 136 St. nur 90 Pf.
115
Obersteifische Steinlofen Auf II Ctr. 1.15, Scheffel nur 90 Pf. verkauft ab Platz Köcher, Brombergerstr. 14.
Umstände halber mein
großer Saal
Sonabend, den 23. November, frei gegeben, unter constanten Bedingungen zu vergeben.
Gossmann, Kreuzbergstr. 48.

„Geschäfts-Eröffnung.“

Einer geehrten Arbeiterschaft von Berlin zur gefälligen Kenntnisnahme, daß wir mit heutigem Tage unter

I. Friseur- u. Barbier-Geschäft, Grüner Weg 63, eröffnen.
Wir werden durch ein allen hygienischen Anforderungen entsprechend bedienem und promptes Arbeiten die Sympathie unserer Interessenten zu erreichen suchen und bitten daher um gefälligen Zuspruch.
Berlin, den 28. September 1901.

Barbier- und Friseur-Genossenschaft „Vorau“
Paul Liere, Vorstand. (264/15)

Kufekes

BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder

Kindermehl

für Hüte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle findet. (5304L*)
Knabenstrikhüte 0,75-3 2R.
Herrenstrikhüte, weich 1,75-5,25
steif 2,00-5,25
Cylinderhüte 4,00-12,00
Chapeaux elagues 8,00-10,00
im Einzelverkauf bei
Arnold & Eggert
Eut-Engrad-Geischaft
Waldemarstr. 44, part.,
Kein Laden.



Möbel

Solide * Praktisch * Preiswert.
Baar oder Teilzahlung!

Keine Ladenmiete, Geringe Unkosten, Grosser Umsatz, daher:
Reelle Waare, Niedrige Preise, Constante Bedingungen.

Wilhelm Misch, Berlin NO.,
Grosse Frankfurterstrasse 45/46, I.
← Kein Kaufzwang! →

Es empfiehlt sein romantisch gelegenes Lokal zu Landpartien und Ausflügen **Der alte Freund auf Fichtelswerder.** Große elektrische Tanzmusik jederzeit. Gesellschaften und Vereinen Brücken-Nachgang vergütet. (29220L*)
Cigarren billige Bezugsquelle für Händler, Restaurateure etc. Preisliste franco. (23632L*)
H. Preuss, N., Swinemünderstr. 65 I. Fabriklager.

Den werthen Kollegen und Bekannten empfehle mein **Beuthstr. 1** gelegenes Restaurant. Kochkunst vom **Vogelshofer Bier**, hell und dunkel. **Gr. Mittagstisch**. Jeden Freitag, Sonnabend, Sonntag und Montag: **Kühler-Konzert**. Vereinszimmer, 25 Personen fassend, vorhanden. 23647L* **Paul Reinhardt.**

Restaurations,
Weiß- u. Bayerisch-Bierlokal
von
Paul Litfin,
Warschauer-Strasse 61.
Diverse Speisen. Gut gepflegte Biere.
Zwei große Vereinszimmer, 30 und 70 Personen fassend. 23372L*

Neues Klubhaus
72. Kommandantenstr. 72.
Gade noch Sonnabende u. Sonntage im November, Dezember, Januar re. einen größeren Saal zu vergeben.
H. Ebert.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**
Königsplatzstr. 27. Spr. 9-1.4-7.

Eigene Fabrikation.
Fertige Kleider
Enorm billig
praktische reinwoll. **Jackettkleider**
elegante Façons
in **Cocorcoat u. Panosyn**
15 2R, 20 2R,
in feiner Ausführung 30 2R
Reich garnierte
Strassenkleider
elegante Façons
20 2R, 25 2R, 30 2R
Schwarze Kleider in
Hantelgeschößen 20 2R, 25 2R,
Morgenröcke u. Matinees
Blusenhemden, reine
Wolle, entzückende Streifenmuster
4,50 2R, 6,50 2R, 8 2R.
Kostümröcke
elegante Façons
6 2R, 7 2R, 10 2R, 12 2R,
15 2R, aus **Selde** 25 2R,
aus **Alpaca** 4,50 2R, 6 2R,
bis 30 2R, aus **welss** und
crème-Cheviot und **Piqué**
3, 5, 7-15 2R.
Golf-Capes
5,50 2R, 8 2R, 10 2R.
Schwarze, glatte u. bestickte
Capes und Kragen in
Estimo 10 2R, 15 2R.
Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstrasse,
Ede Lindenstrasse.
Mass-Anfertigung.

Heute, Nachmittag 5 Uhr, Eröffnung

unsrer bedeutend vergrösserten und umgestalteten Geschäftsräume.

Am Eröffnungstage erhält jeder Käufer bei einem Einkauf von 50 Pfennig an ein reizendes Geschenk.

Weder Milchnot noch Preiserhöhung der Milch in Berlin und den Vororten!

Die Milchcentrale verkauft ab Bahnhöfen Berlins und folgenden Läden vom 2. Oktober an:

- Schillingstrasse 12, Kottbuser Damm 96, Mohrstrasse 13, Spenerstrasse 33, Dersminerstrasse 28, Charlottenburg, Cauerstrasse 33.

Im Großverkauf an jedermann:

Table with 3 columns: Item (e.g., Vollmilch, Magermilch), Quantity (e.g., 16-18 Liter), Price (e.g., 16-18 Pfennig).

Im Kleinverkauf an jedermann

Table with 2 columns: Item (e.g., 1 Liter Vollmilch), Price (e.g., 20 Pfennig).

Also von Milchvertheuerung keine Rede!

Wohl aber Milchverbesserung, denn wir verkaufen keine Halbmilch, die nur 1,5 % Fett zu haben braucht.

Wer Halbmilch trinken will, kaufe sich 1 Liter Vollmilch und 1 Liter Magermilch und menge sich 2 Liter Halbmilch

a Liter 14 Pfennig.

Die in der Milch-Centrale geeinigten 5000 märkischen Bauern wollen nichts weiter, als 13 1/2 Pfennig für 1 Liter Milch franco Bahnhof Berlin erzielen.

Die Hausfrau soll 20 Pfennig pro Liter Vollmilch zahlen wie bisher, soll aber Vollmilch erhalten, nicht aber Halbmilch mit einem Fettgehalt von 1,5, während die Polizei für Vollmilch 2,7 pCt. Fettgehalt verlangt.

Und das soll Unrecht, das soll begehrlidh sein?

Helft uns den märkischen Bauernstand erhalten, der nichts will, wie sein Recht dem Milchhandel gegenüber.

Centrale für Milchverwertung e. G. m. b. H. Berlin, Köthenerstrasse 39 und vom 1. Oktober an Schillingstrasse 12.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Wörter mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Douthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe. Dekoration zum Inventarpreise zu verkaufen. Restauration wegen Krankheit billig zu verkaufen. Milchgeschäft-Einrichtungen, als Milchfäbrik, Milchsaunen, Milchhebevorrichtung bei Jordan, Kleine Markstrasse 28. Gardinenband Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 737*

Milchmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00 Lieferung nach allen Stadtteilen sofort. Landbergerstrasse 82. 7355

Gehobene Anzüge und Paletots nach Maß liefert gut und sehr billig. Der Stoff hat keine Auszug von 15,00 an. V. Lewowski, Schneidermeister, Alexanderstrasse 22. 8562*

Rechtsbureau, Rechtshilfe, Raterteilung, Andreasstrasse dreieinhalb. 8965*

Achtung. Großer Vereinszimmer mit Pianino, passend für Jubiläen, zu vergeben für 20-40 Personen. Paul Zimmermann, Weberstrasse 40c. 8572*

Schlafstelle. Herrn. Appertmann, Köpenickerstrasse 17b. 7596

Möbelverkauf, neue und gebraucht. Römer, Seebahnstrasse 81. Metallbetten, hochlegant, Patentmatratze 40. Hoppold, Pfingstberg 17, Ouergebäude. 565b

Milchschleiferin, fast neu, Auguststrasse 51, bei Mandt. 761b

Centralverband der Stuccateure, Gipser und verwandter Berufsgenossen. Jahressitz: Vom 1. Oktober Dunderstrasse 83, bei G. Grobler. 786b

Alle Art Malerarbeiten, Firmen-schilder, Rahmenmaler, fertigt billigst Bauer, Alte Jakobstrasse 1a. 741b

Schlafstelle für armenliche Mädchen. Stephan, Strellitzerstr. 58

Ein Lehrling, der Lust hat, die Bergarbeit zu erlernen, verlangt Max Pöter, Reanderstrasse 4. 747b